

Die Ballade der schönen Königin Maria Stuart

Nummer 38 – 17. September 2009 – 77. Jahrgang
Fr. 5.90 (inkl. MwSt.) – Euro 3.90

DIE WELTWOCHEN



Mann ohne Ecken

Wie funktioniert der nette Neuenburger Bundesrat Didier Burkhalter?

Von Urs Paul Engeler, Markus Somm und Stéphane Zindel

Brustvergrößerung auf Krankenkasse

Die unsinnigen Leistungen unseres Gesundheitswesens. Von Pierre Heumann

Glashütte
ORIGINAL

HANDMADE IN GERMANY



Zu Ihren Diensten!

Jetzt unter dem Dach der RBS –
Informationen aus erster Hand



Die Strukturierten Produkte und das kostenlose Monatsmagazin „Märkte & Zertifikate“ von ABN AMRO finden Sie jetzt unter dem Dach der Royal Bank of Scotland – das ist die ideale Verbindung von Erfahrung und Vielfalt. 1727 gegründet, zählt die RBS zu den grossen, international tätigen Finanzdienstleistern – eine Bank, der über 40 Millionen Kunden weltweit vertrauen. Unsere Philosophie „Make it happen™“ prägt unser tägliches Handeln – innovative Anlagemöglichkeiten, exzellenter Service und ein vielfältiges Produktangebot. Jetzt bestellen!



Für weitere Informationen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.
www.rbsbank.ch/markets · markets.ch@rbs.com · Tel. 044 631 62 62

Make it happen™

 **RBS™**
The Royal Bank of Scotland

Intern

Weshalb steigen die Gesundheitskosten? Dafür wird eine ganze Reihe von Gründen genannt. Der Lebensstandard steige, der Fortschritt in der Medizin ermögliche neue (teure) Behandlungsmethoden, die Behandlung der Alten sei kostenintensiv. Doch Zweifel sind erlaubt. Denn das Wachstum der Gesundheitskosten ist kein Naturgesetz. Sie könnten gesenkt werden, ohne dass Abstriche an der Qualität des Gesundheitssystems gemacht werden müssen. Voraussetzung wäre ein Ende der Verschwendung in Apotheken, Arztpraxen und Krankenkassen. Dann könnten auch



Auf Kosten der Kassen: Brustvergrößerungen.

die Prämien reduziert werden. Pierre Heumann zeigt in einem zweiteiligen Beitrag zahlreiche Sparmöglichkeiten auf. **Seite 34**

Aus dem Reisetagebuch unseres Autors Wolfram Knorr, der den deutschen Bundeswahlkampf besuchte: «Freitag, 11. 9.: Kundgebung mit Angela Merkel in Stuttgart. Schien problemlos, die Kanzlerin auf dem Marktplatz. Doch der Platz war abgesperrt, ich brauchte eine Akkreditierung, die ich nicht hatte. «Wo kommen Sie denn her?» – «Aus Zürich.» – «Habt ihr nicht eigene Probleme?» Musste Identitätskarte abgeben, weil Herren vom BKA meine Sicherheit überprüfen mussten. Dauerte eine halbe Stunde. Samstag, 12. 9.: Rauf nach Nürnberg. Wo ist Merkendorf bei Gunzendorf? Nach langen Erkundungen mit Bahn und Bus hingefunden. Bei Gutenberg keine Akkreditierung nötig, äusserst freundlicher Empfang. Sonntag, 13. 9.: Zu Seehofer in Aubing, 11 Uhr, der Fotograf und ich waren eine halbe Stunde früher im Zelt. Ich setzte mich auf eine Bank,

eine Blaskapelle spielte, und schon wurde mir eine Mass Bier vor die Nase gedonnert. «Moment, könnt ihr mir ein Kleines bringen?» Der



Wahlkampf: Horst Seehofer in Aubing.

junge Mann in Lederhose, weissem Hemd und Wadenhaltern glotzte mich an: «A Hoalbs? Age, wo kommst'n her?! Hier gibt's nur a Mass. Aus Züri kummst? Ja mei.» Damit zog er von dannen; an der Theke sprach er mit einer Kollegin im Dirndl und deutete auf mich: Ein seltenes Exemplar, vermutlich nicht einmal «a Preiss».» **Seite 44 und 56**

Als *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur im Februar 2007 Margrit Zopfi erstmals traf, ahnten beide noch nicht, dass sie eine Lawine lostreten würde. Emotionslos erzählte Zopfi, damals Controllerin beim Zürcher Sozialamt, über die desolaten Zustände im Fürsorgealltag. Doch Baur brauchte konkrete Fälle – die ihm Zopfi nach längerem Zögern schliesslich lieferte, in anonymisierter Form. Die Berichte lösten ein Erdbeben im Fürsorgebereich aus, gaben den Anlass zu tiefgreifenden Reformen und führten zum Rücktritt der Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker (GP). Nun stehen Margrit Zopfi und ihre Kollegin Esther Wyler vor Gericht, weil sie das Amtsgeheimnis verletzt hätten. Sie bestreiten das nicht, fordern aber trotzdem einen Freispruch. Warum es so weit kommen musste, lesen Sie auf **Seite 26**.

Um aktuell über die Bundesratswahl berichten zu können, haben wir den Redaktionsschluss etwas verschieben müssen. Deshalb kann es sein, dass diese Ausgabe teilweise verspätet im Briefkasten liegt. Wir bitten unsere Abonnentinnen und Abonnenten, die verzögerte Auslieferung zu entschuldigen.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 203.– (inkl. MwSt.)

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Markus Somm

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehrig, Philipp Gut (Leitung Kultur und Gesellschaft), Carmen Gasser, Pierre Heumann, Andreas Kunz, Peter Keller, René Lüchinger (Leitung Wirtschaft), Kai Michel (Wissenschaft), Daniela Niederberger, Beatrice Schlag (Los Angeles), Eugen Sorg, Mark van Huissing

Versicherungen
Vorsorge
Risikomanagement



Zurich HelpPoint®

Rechnen Sie mit einer Autoversicherung, die höchsten Standards gerecht wird: Ihren.

Zurich HelpPoint® ist für Sie da, wenn Sie mehr als nur eine Versicherung brauchen.

Deshalb bieten wir Ihnen einen Versicherungsschutz, der Ihre hohen Erwartungen erfüllt. Bei einem Schadenfall lassen wir die Reparatur von ausgewählten Garagen ausführen, geben Ihnen darauf eine lebenslange Garantie (gemäss Garantiepass) und stellen sicher, dass Sie während der Reparatur mobil bleiben.

Erfahren Sie mehr bei Ihrem Versicherungsberater,
unter 0800 80 80 80 oder auf www.zurich.ch/helppoint

Weil Sie uns wichtig sind.

 **ZURICH®**

Because change happenz®

Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG

Zu grosse Banken

Die wichtigste Lehre der Krise:
Alles, was zu gross ist, um
bankrottzugehen, ist zu gross.
Von Roger Köppel

In einer erstaunlich kritischen Würdigung wirft die NZZ der Bankenaufsicht Finma vor, die Aufseher hätten versagt bei der Früherkennung der Finanzmarktkrise. Anlass ist ein von der Finma diese Woche präsentierter Bericht, in dem mit bemerkenswerter Offenheit die Bankenkrise noch einmal hergeleitet und beleuchtet wird. Wer das Papier liest, staunt über die harten Worte der Zeitung, die unseres Wissens die Krise ebenfalls nicht vorausgesehen hat. Im Unterschied zur kritisierten Behörde allerdings unterliess es die NZZ, ihren Kunden darüber Rechenschaft abzulegen.

Das Blatt liegt aber auch in der Sache falsch. Die Pointe der Finma-Darlegungen besteht ja gerade darin, dass die Finanzkrise tatsächlich wie ein globales Erdbeben alle Beteiligten überraschte. Man mag mit rückwirkender Absolutgewissheit behaupten, man hätte es doch kommen sehen müssen. Tatsache bleibt: Weder die Bankmanager noch die Verwaltungsräte, weder die Aufsichtsbehörden noch die Journalisten, weder die Chefökonomien noch die NZZ waren in der Lage, die gewaltige Komplexität des Finanzsystems und seiner Risiken zu überblicken. Für die Banken war es ein Blindflug auf höchstem Niveau, mit erfahrenen Kapitänen und raffinierten Navigationsmodellen, die von Mathematikern aus den besten Universitäten ersonnen worden waren. Die Finma klingt überzeugend, wenn sie selbstkritisch darauf hinweist, dass alle, auch sie selbst, auf dem falschen Fuss erwischt wurden. Wenn es eine Lehre aus der Finanzmarktkrise gibt, dann ist es die: Die Finanzmärkte überforderten ihre Lenker. Die Systeme waren wegen ihrer Grösse nicht mehr steuerbar.

Was ist jetzt zu tun? Die Kritik zielt ins Leere, Aufsichtsorgane wie die Finma seien zu Frühwarninstrumenten im Dienst der Banken aufzurüsten. Die unternehmerische Verantwortung hat auch in Zukunft bei den Firmen zu liegen. Wer seine Risiken nicht sieht, muss scheitern. So will es das Gesetz der freien Märkte. Es kann nicht die Aufgabe der Finanzmarktaufsicht sein, die Finanzinstitute vor sich selber zu beschützen. Eine Behörde wie die Finma soll die Anleger, die Konsumenten und am Ende auch die Bürger vor Unheil bewahren, indem sie, gegebenenfalls im Rückblick, Missstände analysiert und die richtigen Schlüsse zieht. Sie hat mit ihren Regeln



Gewaltige Finanz-Leviathane.

dafür zu sorgen, dass die Märkte funktionieren und am Ende nicht der Steuerzahler seinen Geldbeutel hinhalten muss, wenn in den Banken falsch entschieden wurde. Die Finma ist kein verlängerter Arm der bankinternen Risikokontrolle.

Mächtige Stimmen, auch die Finma, rufen nach noch mehr Regulierung. Einiges mag ja sinnvoll sein, aber ob sich die Komplexität komplexer Systeme durch die Hinzufügung von noch komplexeren Regeln verringern lässt, ist fraglich. Präsident Obama spricht von Steuererhöhungen und «vernünftigen» Regulierungen, was immer das sein soll. Im politischen Betrieb werden vor allem Lohn- und Bonusbegrenzungen gefordert, weil sich das am leichtesten vermitteln lässt. Das zentrale wirtschaftspolitische Problem ist ein ganz anderes, und wir haben es in diesem Blatt schon mehrfach angesprochen. Es lässt sich auf die Formel bringen: «Too big to fail» – die Banken sind zu gross, um unterzugehen.

Das ist die entscheidende Erkenntnis der Krise: Die Finanzmärkte galten als Inbegriff des ungehemmten Kapitalismus. Sie waren das Sinnbild der freien Marktwirtschaft, die sich in Sekundenschnelle über alle geografischen Grenzen hinwegsetzt. Heute wissen wir, dass wir einer kollektiven Täuschung aufgesessen sind: Das internationale Finanzsystem war die ganze Zeit über und ist noch, schreibt der Historiker Niall Ferguson im *Spiegel*, «nicht mehr als eine Parodie eines wirklich

freien Marktes». Solange es Banken gibt, die zu gross zum Sterben sind, können Risiken eingegangen werden, für deren Kosten im Konkursfall der Steuerzahler aufkommt. Banken müssen pleitegehen können, sonst sind sie keine privatwirtschaftlichen Betriebe mehr. Man muss das Existenzrecht dieser Firmen in Frage stellen. Mehr Marktwirtschaft auf den Finanzmärkten, lautet die Devise.

Das sind keine Bagatellen. Die massiven staatlichen Investitionen haben das Problem verschärft. In den USA entstanden mit Hilfe der öffentlichen «Bailout»-Milliarden gewaltige Finanz-Leviathane mit noch grösseren Systemrisiken als vor der Krise. JP Morgan schnappte sich zum subventionierten Discountpreis die Investmentbank Bear Stearns und ist um mehr als ein Drittel gewachsen. Die Bank of America verdoppelte ihr Volumen, indem sie Countrywide und Merrill Lynch schluckte. Wir wollen nicht das Rad der Globalisierung zurückdrehen und Privatfirmen generell vorschreiben, wie gross sie zu sein haben. Aber hier sind die feinen Unterschiede entscheidend: Wenn es eine Google oder eine Nestlé «lupft», so bedauerlich das sein mag, werden neue Firmen in die Bresche springen. Den Steuerzahler berührt es nicht. Wenn Finanzriesen der angesprochenen Grösse auseinanderkrachen, kann der Faden der Weltwirtschaft reissen, und ganze Volkswirtschaften gehen unter. Die Manager hantieren mit Risiken, für die sie nicht mehr geradestehen können. Das durch den Philosophen Hans Jonas mit Blick auf die Umwelt berühmt gewordene «Prinzip Verantwortung» ist auch und gerade auf den Finanzmärkten wieder einzuführen. Die Grossbanken dürfen nicht mehr so gross sein, dass sie im Konkursfall ganze Länder in den Abgrund reissen.

Es ist verständlich, dass die Chefs der Finanzkonzerne die Sache etwas anders sehen. Als Vertreter ihrer Branche setzen sie sich für deren Interessen ein. Dennoch gewinnen die übergeordneten Argumente allmählich an Terrain. Nur die Medien sprechen von einer «unheiligen Allianz», wenn sich der SP-Chef Christian Levrat, SVP-Stratege Christoph Blocher und der Unternehmer Nicholas G. Hayek gemeinsam hinstellen, um wie der Harvard-Historiker Niall Ferguson richtig darauf hinzuweisen, dass Bonusregelungen und neue Eigenkapitalvorschriften vielleicht hilfreich, aber längst nicht so bedeutend sind wie das Problem zu grosser Banken. Nicht die Qualität der Allianzen ist entscheidend, sondern die Qualität der Ideen. Wem Blocher, Hayek oder Levrat zu heimatlich vorkommen, der kann sich an die deutsche Kanzlerin Angela Merkel halten. Oder an den ehemaligen Chefökonomien des Internationalen Währungsfonds, Simon Johnson: «Alles, was zu gross ist, um bankrottzugehen», sagt er, «ist zu gross.»

Breitling kreiert den Chronografen **par excellence**

Perfekte Formgebung, Ausnahmemotor: Breitling startet mit einem hochexklusiven Instrument zum Höhenflug, das unter den mechanischen Chronografen neue Maßstäbe setzt. Ein markantes Design, einzigartig, aufs Wesentliche reduziert. Eine brillante Präsenz am Handgelenk, ein gelungener Mix von Performance und Eleganz. Ein authentisches, mit aufwändigster Detailpflege fabriziertes und endgefertigtes Pardestück. Die Chronomat B01 ist auf maximale Robustheit, Funktionalität, Effizienz und Glanzleistung getrimmt, geschaffen von bestausgewiesenen Könnern für Kenner hochkarätiger Mechanik. Im durchtrainierten Zeitmesser tickt das Kaliber B01, ein automatisches, vollumfänglich in den Breitling Werkstätten entwickeltes und gefertigtes Chronografenwerk. Dieser architektonisch innovative Originalmotor ist zuverlässig, präzise, leistungsstark und wie alle Breitling Werke Chronometer-zertifiziert. Raffinierte Ästhetik und Performance pur: Mit der Chronomat B01 interpretiert Breitling den mechanischen Chronografen neu.



WWW.BREITLING.COM





INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



CHRONOMAT B01



Kritische Geister: Zopfi (l.), Wyler. Seite 26



Kinospektakel: Regisseur Herbig (r.). Seite 50



Schnelles Geld: Vermögensverwalter. Seite 40



«Erfinder der Schweiz»: Ochsenbein. Seite 52

Aktuell

- [5 Editorial](#)
- [11 Kommentar zur Bundesratswahl](#)
- [12 Die Wahl in Bern](#)
Hintergründe, aktuelle Einschätzungen und ein Porträt des neuen Bundesrats
- [14 Goldgrube für Jungunternehmer](#)
Die IV ist ein grosses Geschäft – auch Zulieferer profitieren
- [15 Die Gehirnwäscher greifen an](#)
So schwindelt der Bundesrat vor der IV-Steuer-Abstimmung
- [16 «Wir waren auf einem Auge blind»](#)
Finma-Chef Haltiner über Konsequenzen aus der Krise
- [18 Personenkontrolle Giezendanner, Bigger, Brunner, Geiger](#)
- [21 Bankgeheimnis Die Kapitalismus-Verbesserer](#)
- [22 Wirtschaft Wundersame Vermehrung](#)
- [25 Kalter Krieg Windschiefe Geschichtsschreibung](#)
- [26 «Ich würde es wieder tun»](#)
Zwei Ex-Mitarbeiterinnen stehen vor Gericht, weil sie Missstände im Zürcher Sozialamt öffentlich machten
- [28 Wissenschaft Schrecken der Gentechnik](#)
- [30 Mörgeli Stalins Statthalter](#)
- [30 Bodenmann Der fortlaufende Erfolg](#)
- [31 Medien «High Noon» im Studio](#)
- [31 Wortkontrolle «Boykott» im Sandkasten](#)
- [32 Leserbrief](#)

Hintergrund

- [34 Brustvergrösserung auf Rezept](#)
Die hohen Krankenkassenprämien sind logisch – nirgends wird so viel verschwendet wie im Gesundheitswesen
- [35 Sparpotenzial Wege aus der Kostenfalle](#)
- [38 Grauzonen einer Partnerschaft](#)
Die Verflechtungen bei der Schweizer Entwicklungshilfe
- [40 Ins Töpfchen langen](#)
Wie man mit fremdem Geld Millionen verdient
- [42 Mut zum Scheitern](#)
Die Schweizer Universitäten könnten besser sein
- [43 27 Variationen der Vorhand](#)
Roger Federer und das «beste Spiel aller Zeiten»
- [44 «Ran an den Speck»](#)
Eindrücke von Wahlkampfveranstaltungen in Deutschland
- [46 Querdenker Der letzte Mohikaner](#)
- [48 Die Ballade der schönen Königin Maria](#)
Mit «Maria Stuart» startet die neue Zürcher Theaterdirektorin Barbara Frey ihr Programm. Ein Zufall?
- [50 Dreissig Gags pro Minute](#)
Michael Herbig ist der erfolgreichste deutsche Regisseur
- [52 Der vergessene Gründervater](#)
Die biografische Rehabilitation des grossen Schweizer Staatsmanns Ulrich Ochsenbein (1811–1890)



«Die Schweiz könnte Impulse geben: Wirtschaftsminister zu Guttenberg. Seite 56

Interview

56 «Gerüttelt Mass an Bodenhaftung»

Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist der Aufsteiger des Jahres in der deutschen Politik. Der liberale Aristokrat plädiert für Bescheidenheit und Marktwirtschaft

Stil & Kultur

60 Stil & Kultur Die Sünderin

62 Namen Shakira und Nicole Scherzinger

63 MvH Ich, der Nachhaltige

64 Im Gespräch Filmarchitekt Sir Ken Adam

65 Luxus Die Swinging Sixties: Yeah, yeah, yeah

66 Auto Dodge Challenger SRT-8

67 Objekte B&O-Soundsystem im Aston Martin DBS

67 Wein Sancerre Les Tuilières 2007

68 Bestseller

68 Verzauberungsprozess der Literatur

Warum Marcel Proust der grösste Schriftsteller des 20. Jahrhunderts ist

70 Jazz Dave Douglas

70 Film «Up»

71 Sachbuch Tatort Zürich

71 Pop Saurer Blues der alten Herren

72 Doppelpass Hochzeitspläne: Folge 42 des Fortsetzungsromans

74 Hochzeit Nina Larcher und Rachid Benmakhlouf

Autoren in dieser Ausgabe

Andreas Kunz



Mit einem druckfrischen Buch über Roger Federer kehrte *Weltwoche*-Redaktor Andreas Kunz aus den USA zurück. Auf Seite 43 schreibt er über «Strokes of Genius» von L. Jon Wertheim. Es liefert erfrischende Einblicke in das «beste Spiel aller Zeiten», das Wimbledon-Finale 2008.

Michael Maar



Der Literaturkritiker lebt in Berlin und hat unter anderem Bücher über Thomas Mann und Vladimir Nabokov geschrieben. Aus Anlass seiner jüngsten Publikation über Marcel Proust schreibt Michael Maar, warum er den französischen Romancier für den Grössten hält. Seite 68

www.weltwoche.ch

Diskutieren Sie mit!

Sie wollen uns widersprechen oder beipflichten? Ihrer Freude oder Ihrem Ärger über den Ausgang der Bundesratswahl Ausdruck verleihen? Mit anderen Lesern diskutieren? Auf unserer Homepage können Sie zu jedem beliebigen Artikel einen Kommentar verfassen. Starten Sie jetzt gleich unter www.weltwoche.ch/inhalt

Dossier: Bundesratswahl

Sämtliche Artikel, Kommentare, Porträts und Videos über die Ersatzwahl für Bundesrat Pascal Couchepin. Dazu die wichtigsten Hintergrundtexte über die Vorgänge bei Bundesratswahlen seit der Abwahl von Christoph Blocher 2007. www.weltwoche.ch/brwahlen

Platin-Club

Spezialangebot: Weltwoche-Abonnenten profitieren von 15 % Rabatt auf vier Konzerte von Obrasso Classic Events: Swiss Folk Music & Swing, The Four Seasons by Candellight, Stringfever und Furbaz Nadal
Spezialangebot: 20 % Rabatt auf den Schlafphasenwecker von aXbo. Fr. 287.– statt Fr. 359.–
Produkt des Monats: 33 % Rabatt auf die Videokamera Panasonic HDC-SD10EG-K, Full-HD Flash Camcorder. Fr. 599.– statt Fr. 901.–
Mehr auf www.weltwoche.ch/platinclub

Die neue Adora SLQ: Waschen mit Weltneuheiten.



PUBLICIS

Das wildeste Wasser der Schweiz: Der Rheinfall. Das sanfteste Wasser der Welt: ZUGer WetClean.



Die neue Adora SLQ: Der erste und einzige Waschautomat mit den Weltneuheiten ZUGer WetClean und Dampfglätten. Mit ZUGer WetClean können Sie auch Ihre heikelsten Kleider dem Waschautomaten anvertrauen. Und das Programm Dampfglätten macht das Bügeln meistens überflüssig. www.vzug.ch



A+ Energie-Effizienz

A Waschwirkung

A Schleudervirkung



Führend in Küche und Wasraum

Auf rechten Beinen

Von Markus Somm — Didier Burkhalter ist als Bundesrat gewählt. Auf die SVP war Verlass. Vielleicht findet der Freisinn jetzt wieder zu sich selbst.



Netter Mann aus Neuenburg: Bundesrat Burkhalter.

Als vor der Wahl die freisinnige Fraktionschefin Gabi Huber mit bleierner Stimme den Anspruch ihrer Partei auf einen zweiten Bundesratssitz vertrat – und dabei zu Recht die Linke angriff, aber ebenso die SVP, die einzige Verbündete der FDP –, da beschlich einen das Gefühl, einer Grabesrede beizuwohnen auf den grossen alten Freisinn. Arroganz paarte sich mit Naivität, so schien es. Sicher wird der Freisinn seinen Sitz verlieren. Am Ende stellte sich heraus: Huber hatte offenbar alles richtig gemacht – und mit ihr Fulvio Pelli, der Parteipräsident. Eine hochriskante Strategie war aufgegangen, und im vierten Wahlgang triumphierte Didier Burkhalter, der überaus nette Mann aus Neuenburg, was keineswegs ironisch gemeint ist. Nur ins Solarium, so möchte man ihm empfehlen, sollte der Mann etwas seltener gehen.

Verschwörer und Verbündete

Dass die FDP ihren Sitz verteidigen konnte, verdankt sie der Loyalität der SVP und dem Verrat der Linken, welche die CVP hängenliess. Ihre eigenen Bundesratssitze im Kopf, hatten ein paar Linke Burkhalter gewählt. Ob sich die FDP der Hilfe der SVP bewusst ist, wird die Zukunft schon bald zeigen. Im Kanton Zürich muss SVP-Regierungsrätin Rita Fuhrer ersetzt werden. Martin Bäumle, der Grünliberale mit

bürgerlichem Habitus, kandidiert. Sollten die freisinnigen Wähler erneut den Vertreter der SVP verschmähen und Bäumle wählen, würde sich bestätigen, was viele Leute in der SVP dem Freisinn vorhalten: Als «Stimmvieh» ist die Rechte willkommen, aber nur als solches.

Burkhalters Wahl verändert die generelle politische Ausrichtung des Bundesrates nicht. In manchem tickt er mehr oder weniger gleich wie sein Vorgänger Pascal Couchepin. Nur dessen Charisma, aber auch dessen Egomane ist ihm nicht eigen. Entscheidend ist: Das Parlament hat das Prinzip der Konkordanz bestätigt. In Zukunft dürften Bundesratswahlen wieder berechenbarer werden. Das ist aus Sicht des Journalisten vielleicht bedauerlich, für die Stabilität des Landes aber unabdingbar. Vielleicht setzt sich dann auch wieder der alte Brauch durch, dass die Fähigkeiten eines Kandidaten mehr im Vordergrund stehen als dessen Biogsamkeit, die heute erforderlich ist, um eine Mehrheit zu erhalten. Früher haben die Parteien intern ihre besten Leute selektioniert, um sie dann im Parlament absegnen zu lassen, heute muss es ein Kandidat den Bauern, den Frauen, den Grünen, den Europhilen, den Klimarettern und so weiter recht machen.

Es ist nicht höhere Einsicht, die zur Konkordanz führte, sondern sie entsprang schon immer der reinen Machtpolitik von vier Parteien,

deren Spitzen sich bewusst sind, dass sie auf mindestens zwei andere Parteien angewiesen sind, wenn sie einen eigenen Vertreter in den Bundesrat bringen wollen. Dass ausgerechnet die CVP, die einst die Zauberformel erfunden hatte und die so lange so meisterhaft konkordant agierte, jetzt so brutal abgestraft wurde, entbehrt nicht der Ironie. Die Partei hatte 2007 Blocher abgewählt und damit mit dem Feuer gespielt, nun hat sie sich verbrannt.

Aufgeschobene Erneuerung

Im Gegensatz zum zweiten FDP-Kandidaten Christian Lüscher wird Burkhalter dem Freisinn kaum neue Impulse verleihen. Der seit langem schwelende Konflikt zwischen links und rechts innerhalb der Partei wurde vertagt. Ein rechter Bundesrat wie Lüscher hätte diesen überfälligen Entscheid vielleicht beschleunigt. Möglicherweise hätte auch ein Sitzverlust an die CVP der FDP gutgetan und sie zur Erneuerung gezwungen, doch ebenso vorstellbar ist, dass die Partei dann erst recht ins Bodenlose gefallen wäre. Aus einer bürgerlichen Sicht, und im Interesse des Landes, wären das unerfreuliche Aussichten gewesen, trotz allem.

Zwei Dinge müsste die FDP nach dieser Wahl beherzigen. Erstens – bei allen geschmacklichen Vorbehalten, die die FDP anbringen mag –, auf die SVP ist Verlass. Zweitens, wenn der Freisinn die Konkordanz so ernst nimmt, wie Gabi Huber das am Mittwoch vor der schweizerischen Öffentlichkeit verkündete, dann muss er dafür sorgen, dass die Konkordanz vollständig wiederhergestellt wird. Eveline Widmer-Schlumpf, Vertreterin einer Partei mit sechs Bundesparlamentariern, muss abgewählt werden.

Welche Aussichten hat die SVP? Im Nachhinein war es richtig, keinen eigenen Kandidaten zu bringen. Zwar hat Lüscher entgegen offiziellen Beteuerungen von Seiten der FDP sich zurückgezogen, dennoch hat die SVP die Gewissheit, dass Burkhalter gut beobachten konnte, wer ihn in die Regierung getragen hat. Nicht die SP, nicht die Grünen, sondern die vereinigte Rechte. Seine Politik müsste dem Rechnung tragen. Vielleicht darf man sogar darauf hoffen, dass der Freisinn endlich sein SVP-Trauma überwindet und sich in posttraumatischer Gelassenheit gegenüber der rechten Konkurrenz einrichtet. Der Anti-SVP-Reflex hat die Partei Wähler, Profil und nun fast einen Bundesratssitz gekostet.

Die FDP habe sich endgültig in den «Rucksack der SVP» gesetzt, kritisierten enttäuschte Christdemokraten. Mag sein, doch die CVP hat der FDP diese Sitzgelegenheit aufgezwungen. Vielleicht traut sich die FDP irgendwann wieder einmal zu, nicht von der Rechten getrieben und gestützt zu werden, sondern auf eigenen – rechten – Beinen zu stehen.

Mehr zum Thema: Seite 12

Die verratenen Verräter

Von Urs Paul Engeler — So absehbar die Wahl von Didier Burkhalter war, so gravierend sind die langfristigen Folgen der Ausmarchung. Das neue Prinzip heisst: Jeder gegen jeden.



Wildwest im Bundeshaus: CVP-Fraktionschef Schwaller, SP-Fraktionschefin Wyss.

Versprechen die Fraktionen hoch und heilig, bei einer Bundesratswahl keine Spiele zu betreiben, dann finden diese im Vorfeld statt, vorzugsweise mit den Hearings. Wenn Politiker, die seit Jahrzehnten politisieren, Politiker befragen, die seit Jahrzehnten politisieren, kann der Zweck der Veranstaltung nicht die Beschaffung neuer Erkenntnisse sein. Und weil das Publikum draussen bleibt, wird auch keinerlei Transparenz geschaffen. Im Gegenteil.

Tatsächlich dienen diese Anhörungen allein dazu, den Vorwand für eine bestimmte Entscheidung zu konstruieren, vor allem in politisch brisanten Situationen. Exakt in dieser ungemütlichen Lage befanden sich die Linken und Grünen. Sie sassen vor dem Wahltag tief in der Falle, in die sie sich mit der Abwahl von SVP-Bundesrat Christoph Blocher (2007) und der fast erfolgreichen Verhinderung von Ueli Maurer vor Jahresfrist manövriert hatten. Die CVP, die beide Intrigen mitgespielt hatte, forderte jetzt das Gegenrecht und die Unterstützung für ihren Fraktionschef Urs Schwaller ein. Das taktische Kalkül für spätere Ersatzwahlen hingegen verbot es der Linken, aus der Konkordanz auszubrechen.

Um sich aus dieser Not herauszuwinden, werden Hearings anberaumt. So flöteten am Abend vor der Wahl SP-Fraktionschefin Ursula

Wyss wie die Obfrau der Grünen, Maya Graf, fast wörtlich den gleichen Spruch in die Mikrofone. Die Hearings mit den drei offiziellen Kandidaten Urs Schwaller, Didier Burkhalter (FDP, NE) und Christian Lüscher (FDP, GE) seien «von zentraler Wichtigkeit» (Wyss) respektive «von zentraler Bedeutung» (Graf), weil es sich «nicht um eine Parteienwahl, sondern eine Personenwahl» handle. Da stünden Inhalte und Antworten der Bewerber «an erster Stelle».

Unzuverlässige Rot-Grüne

Faktisch waren die Verhöre indes die Kunstgriffe, um genau das Gegenteil zu kaschieren. Die Roten und die Grünen versuchten sich im Duett das billige Alibi zu organisieren, um aus der Konkordanz auszuscheren, ohne es weder mit der CVP noch mit der FDP zu verderben. Denn ohne die Hilfe der beiden Mitteparteien sind sie verloren im Bundeshaus. Mit den massvollen Mehrheiten für Urs Schwaller und den achtbaren Minderheiten für Didier Burkhalter, die interne Abstimmungen ergeben haben sollen, glaubten sie, eine geschickte Balance zu halten.

Dass beide Parteien sich bereits am Wahltag widersprachen und nicht länger eine Personen-, sondern nun eine Richtungswahl für mehr Sozialstaat und noch weiter gehende

ökologische Zwangsmassnahmen forderten, ist nur nebenbei zu vermerken. Fundamental ist, dass die Ratslinke nicht nur den letzten Schein der Konkordanz zerstört, sondern überdies den Verbündeten bei allen Ränkespielen, die CVP, verraten hat. Rot-Grün hat sich als in jeder Hinsicht unzuverlässig erwiesen, auch gegenüber der FDP.

Als linke Ränkeschmiede den Putsch gegen Christoph Blocher anzettelten und die Wahl von Ueli Maurer verhindern wollten, wären die wilden Pläne ohne die Autorität von Urs Schwaller (der stets beteuert hatte, die CVP wähle keine amtierenden Bundesräte ab!) nicht über das Anfangsstadium hinaus gediehen. Erst der Schwenk des Freiburgers gab den Kabalen gegen die SVP Aussicht auf Erfolg.

Die Zerstörung Schwallers

Nun verlangten die Linken und Grünen vom ersten Mann der CVP-Fraktion noch mehr: Wohl gegen eine Mehrheit seiner Parteibasis versprach der verzweifelt um den Einzug in die Landesregierung Ringende fast alles: keine neuen AKWs, höhere CO₂-Abgaben, Mindestlöhne von 3300 Franken, staatliche Familienfinanzierung, Ausbau des Sozialstaates. Und er musste gar mit anhören, wie die Fraktionsführerinnen Ursula Wyss (SP) und Maya Graf (Grüne) triumphal seine gesammelten Kapitulationen und Anbiederungen, die einem sozialdemokratischen Programm entsprechen, vor dem Rat und vor dem Fernsehpublikum vorlasen. Die Linke hat Schwaller nicht nur nicht in den Bundesrat getragen; sie hat ihn eigentlich zerstört, gedemütigt, ungläubwürdig gemacht.

Die CVP selbst, die sich bis zur Selbstaufgabe auf die Linke verlassen hat, wird in Erinnerung behalten, dass ihre Allianzpartner ihr Wort nicht gehalten haben. Die Verräter wurden, wie es die Geschichte längst lehrt, auch in diesem Falle selbst verraten.

Gewonnen hat die Linke damit nichts. Sie hat es auch mit der andern Mittepartei, der FDP, verdorben. Der letztlich ganz magere Sukkors für den FDP-Kandidaten Didier Burkhalter von fünfzehn bis zwanzig Stimmen sind keine Vorleistung für die absehbaren Fälle, dass die SP ein Regierungsmitglied ersetzen muss oder die Grünen einen Anspruch auf Einzug in den Bundesrat anmelden. So absehbar die Wahl Burkhalters war, so einschneidend sind die langfristigen Folgen dieser Ausmarchung: Die Konkordanz gibt es (auch zum Schein) nicht mehr; Ansprüche aufgrund der Wählerstärke sind nichts mehr wert; Allianzen über den Tag hinaus gelten nichts mehr; es herrscht Wildwest im Bundeshaus.

Diese neue Epoche, in der jeder mit jedem gegen jeden kämpft, hat sich mit dem Widerstand gegen die jüngsten SVP-Kandidaturen bereits abgezeichnet. Nun ist sie, wichtig für die nächsten Wahlen, für alle sichtbar. ○

Die Mitte der Mitte

Von Stéphane Zindel — Er gilt als anständig, sachorientiert, genau, aber zu wenig selbstbewusst. Der Neuenburger FDP-Bundesrat Didier Burkhalter tritt als Klimaverbesserer in die Regierung ein.

Didier Burkhalter wäre als Chefbeamter eines grösseren Bundesamtes sicherlich eine sehr valable Besetzung. Er ist gründlich, pragmatisch, umgänglich, wendig, tüchtig, lösungsorientiert. Konkrete Projekte voranzutreiben und kreative Lösungen zu finden, das macht ihm Spass, und das kann er auch gut. Das hat er sowohl in der Neuenburger Stadtregierung (1991–2005) als auch im eidgenössischen Parlament (seit 2003) gezeigt.

Zum guten Bundesrat allerdings könnten ihm noch ein paar wichtige persönliche Eigenschaften fehlen, gerade wenn unruhiges Wetter aufkommt. Burkhalter ist in seiner politischen Laufbahn nie ernsthaft gefordert worden. Er musste nie ellbögen, um sich nach oben zu kämpfen. Er hat keine Feinde, was in der Politik doch eher unüblich ist. Und er scheint keine Absicht zu haben, dies zu ändern. Seine Kandidatur für den Bundesrat begründete er bezeichnenderweise mit dem Argument, er könne dazu beitragen, im Gremium ein besseres, kollegialeres Klima zu schaffen.

Kampfbühne der Clans

Sollte ihm das nicht gelingen, würde der sensible Neuenburger darunter leiden. Burkhalter hasst die Konfrontation. Zudem ist er grundsätzlich ein ungeduldiger, ja fast hyperaktiver Mensch. Wenn ein Projekt nicht vorwärtskommt, wirkt er – auf seine leise Art – schnell gereizt oder sogar leicht arrogant. Burkhalter fordert Vertrauen und Respekt.

Dass es Burkhalter mit dieser Einstellung überhaupt so weit gebracht hat, ist nicht selbstverständlich. Der Neuenburger Freisinn war jahrelang von heftigen internen politischen wie persönlichen Rivalitäten geprägt. Seit die zwei lokalen Alphas, Claude Frey und Thierry Béguin, die beide auch in Bundesbern vertreten waren, sich aus der Politik zurückgezogen haben, hat sich die Lage vor Ort mehr oder weniger normalisiert.

Didier Burkhalter konnte sich aus den Intrigen heraushalten, obwohl er am Anfang automatisch dem Clan Frey zugeordnet wurde, da er seinen Aufstieg Claude Frey verdankt. In einem ersten Schritt wurde Burkhalter mit 28 Jahren nach Bundesbern katapultiert, wo er 1988 bis 1991 als «secrétaire romand» im Generalsekretariat der nationalen FDP wirkte. Dann übernahm er 1991 die Nachfolge von Frey in der Regierung der Stadt Neuenburg (die damals nicht vom Volk, sondern durch die

städtische Legislative gewählt wurde). Dort amtierte er vierzehn Jahre als Vorsteher der Polizei- und Infrastrukturdepartemente, bevor er 2003 wieder den Sitz von Frey erbte, diesmal im Nationalrat.

Eigentlich hätte Burkhalter schon früher auf eine höhere Stufe berufen werden wollen. Langeliebäugelte er mit der Kantonsregierung. 1997 bot sich ihm eine Chance. Als er bemerkte, dass ihn Claude Frey hauptsächlich ins Rennen schicken wollte, um seinen Erzfeind Thierry Béguin zu verhindern, wurde es dem Aufsteiger unwohl. Er verzichtete.

Irgendwo in der Nähe von Couchepin

Burkhalter macht es Mühe, persönliche Interessen zu vertreten. Er ist fast zu nett und zu korrekt. Was nicht heisst, dass er keine politische Linie hätte. Ähnlich wie Couchepin gilt er als wirtschaftsliberal. Umverteilung betrachtet er skeptisch. Der Staat aber soll in seinen Augen durchaus eine lenkende Funktion in gesellschaftlichen Fragen ausüben. Und die Schweiz soll sich pragmatisch öffnen. Burkhalter wurde nach dem EWR-Nein 1992 bei der NEBS Mitglied, verliess sie aber wieder «rasch», weil sie ihm zu missionarisch war.

Burkhalter tat sich schwer, als es darum ging, ob er Nachfolger von Couchepin werden

sollte. Er hatte sich mit dieser Frage nie ernsthaft auseinandergesetzt, bis der Walliser Bundesrat im Juni seinen Abgang ankündigte. Er habe diese Frage völlig verdrängt, sagt er – obwohl er seit Jahren als Favorit für die Nachfolge galt. Um ein Haar hätte er auf eine Kandidatur verzichtet. Er zweifelte daran, bei der Parteispitze als Kandidat erwünscht zu sein (was wohl bei Parteichef Pelli zutrifft, der sich eigene Hoffnungen auf den Sitz machte). Vor allem hatte seine Familie – die Burkhalter alles bedeutet – grosse Bedenken.

Wo ist sein Ego?

Mit der Medienwelt weiss er nichts anzufangen – die «Show» habe obsiegt, sagt er etwas resigniert. In den letzten Wochen zog er sich fast zurück: Das Westschweizer Fernsehen wollte alle Kandidaten für die Nachfolge Couchepins in einer Telefonkabine befragen. Burkhalter machte als Einziger nicht mit, weil ihm dies «künstlich» vorkam. Er betrete ja auch sonst nie eine Telefonkabine. *Le Matin* hatte vor, eine Serie darüber zu schreiben, was die Kandidaten tun, wenn sie «abschalten». Auch da weigerte sich Burkhalter und bot stattdessen an, einen Artikel über die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Leben im Boulevardblatt zu publizieren. Einem Kommunikationsbüro, das ihm gratis seine Dienste angeboten hatte, erteilte er ebenfalls eine Abfuhr. Seine Familie helfe ihm, sich vorzubereiten und zu organisieren. Das genüge, meinte er.

Mit einem schwer zu beherrschenden Ego kommt man politisch nur schlecht vorwärts, wie der Fall Couchepin zeigt. Ein unterdrücktes Ego ist auch nicht hilfreich. Zumindest in der Politik, wo es um Macht geht. ○



Wendiger Pragmatiker: Neu-Bundesrat Didier Burkhalter.

Goldgrube für Jungunternehmer

Von Alex Baur — Beim Milliardenbusiness IV verdienen Zulieferer kräftig mit. Zum Beispiel die Software-Firma Axensis. Pseudoprivate Strukturen verhindern Transparenz und Konkurrenz.



Als sich das IV-Budget verdoppelte: Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Amtsleiter Otto Piller.

Die Axensis AG mit Sitz in Dietikon ist ein aussergewöhnlich erfolgreicher Newcomer in der Software-Branche. Die Firma schrieb vom ersten Tag an schwarze Zahlen und erwirtschaftete mit drei bis vier Angestellten in nur fünf Jahren ein Vermögen von 1,18 Millionen Franken. Auch letztes Jahr wies die IT-Bude trotz Verlusten an der Börse vor Steuern und Abschreibungen einen Gewinn von 277 914 Franken aus. Dabei sind die Löhne (insgesamt 606 000 Franken plus Sozialleistungen) grosszügig bemessen. Die Ausgaben für Miete und Verwaltung (44 102 Franken) fallen dagegen kaum ins Gewicht. Dazu kommen allgemeine Spesen (45 717 Franken) und Werbung (16 714 Franken).

Wofür die Axensis AG, die nicht einmal eine eigene Website betreibt, Werbung braucht, ist rätselhaft. Bislang hatte die Computerbude einen einzigen Kunden: das OSIV, eine privatrechtliche Unterorganisation der staatlichen Invalidenversicherung (IV). Die kleine Firma ist auf absehbare Zeit völlig ausgelastet, wie Mitinhaber Michael Lüber bestätigte. So gesehen, kann man sich fragen, ob die Axensis, die vertraglich an das OSIV gebunden und der IV auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, überhaupt als eigenständige Firma durchgeht.

Tatsächlich gelten die Gesetze des Marktes für die Axensis AG kaum. Als sich die beiden Besitzer 2004 selbständig machten, führten

sie dieselbe Arbeit fort, die sie seit Mitte der 1990er Jahre als Arbeitnehmer geleistet hatten – allerdings auf eigene Rechnung. Für die beiden «Firmengründer» hat sich das auf jeden Fall gelohnt. Ihr (faktisches) Jahreseinkommen dürfte sich gemäss Erfolgsrechnung auf 250 000 bis 300 000 Franken belaufen. Das unternehmerische Risiko ist dagegen minimal. Konkurrenz ist faktisch ausgeschlossen.

Ohne Ausschreibung und unbegrenzt

Die Axensis beschränkt sich auf das Programmieren und passt die Software des OSIV ständig den neusten Entwicklungen an. Da sich die Invalidenversicherung in einem steten Umbau befindet, sind die Aufträge auf Jahre hinaus gesichert. Das OSIV («Open System»-Invaliden-Versicherung) wiederum ist ein Verein, den sieben Kantone unter der Führung von Basel-Stadt gegründet haben. Sein Zweck ist der Aufbau und Unterhalt eines gemeinsamen Computersystems zur Verwaltung der IV-Leistungen, die den Kantonen obliegt. Finanziert wird das OSIV aber im Wesentlichen durch den Bund, der auch die Oberaufsicht innehat.

Der Auftrag, den das OSIV vor fünf Jahren an die Axensis vergab, ist von unbeschränkter Dauer und wurde nie ausgeschrieben. Das Volumen beläuft sich, je nach Aufwand, auf rund 1,3 Millionen Franken pro Jahr. Lizenzen wer-

den separat verrechnet. Wie Rolf Schürmann, der Leiter der Stadtbasler IV-Stelle und Chef von OSIV, auf Anfrage erklärte, funktioniert das System tadellos und sei vergleichsweise preisgünstig. IV-Chef Alard du Bois-Reymond und Andreas Dummermuth, Leiter der IV-Stelle Schwyz und ein ausgewiesener Kenner der Branche, teilen diese Einschätzung.

Axensis-Betreiber Lüber führt seine saftigen Gewinne darauf zurück, dass sein Team «fast Tag und Nacht» arbeite. Neid sei fehl am Platz, entscheidend sei letztlich das Resultat. Damit hat er zweifellos recht. Nur spricht dies nicht unbedingt für die IV. Weil das Projekt nie ausgeschrieben wurde, fehlen Vergleichswerte. Als Privatunternehmen ist die Axensis auch nicht verpflichtet, ihre Buchhaltung offenzulegen – obwohl sie als Exklusivpartner eines faktischen Staatsbetriebs nicht dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Zum anderen stellt sich die Frage, wie hoch die Gewinnmargen bei den Zulieferern der IV denn generell liegen, wenn die Axensis preisgünstig ist.

Als die elektronische Datenverarbeitung in den 1990er Jahren Einzug hielt, erlebte die IV gerade einen historischen Boom. Unter der Führung der «SP-Troika» (Bundesrätin Ruth Dreifuss, Amtsleiter Otto Piller und seiner Vizechefin Beatrice Breitenmoser) waren die Finanzen beim Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) kein Thema. Die Invaliditätsrate und das Budget der IV verdoppelten sich innerhalb eines Jahrzehnts. Zwischen 1990 und 2008 explodierten die Verwaltungskosten der IV von 18,9 auf 360,7 Millionen Franken. Bei solchen Beträgen fallen die einzelnen Millionen nicht mehr ins Gewicht. So leistete man sich unter anderem den Luxus, schweizweit parallel drei Computersysteme für die Verwaltung der IV aufzubauen – OSIV ist eines davon –, die letztlich alle denselben Zweck haben.

Den Deal mit der Axensis unterzeichnet noch Paul Meier, der langjährige IV-Leiter von Basel, ein Sozialpolitiker der alten Schule. «Missbrauch», «Zwangsabgaben», «Balkanisierung» oder «Scheininvalidität» sind für ihn Unwörter, die, wie Meier im Jahresbericht 2008 der IV-Stelle schreibt, zu ignorieren sind. Die Milliardendefizite der IV finden in seinem feurigen Plädoyer für Solidarität und wider die Ausgrenzung keine Erwähnung.

Beim BSV hat der Wind allerdings gedreht. Wie Alard du Bois-Reymond auf Anfrage erklärte, habe man vor zwei Jahren bereits eine Vereinheitlichung der drei Parallelsysteme überprüft. Dabei stellte sich aber heraus, dass sich diese in der Zwischenzeit derart verselbstständigten, dass eine Zusammenführung mit einem riesigen Aufwand verbunden wäre. In Anbetracht dringlicherer Reformen wurde das Vorhaben vertagt. Firmen wie der Axensis werden die goldenen Verträge damit noch eine Weile erhalten bleiben. Immerhin: Paul Meier ging im letzten Frühling in Pension. ○

Die Gehirnwäscher greifen an

Von Urs Paul Engeler – Vor der IV-Steuer-Abstimmung bleibt den Bürgern nichts erspart: Der Bundesrat schwindelt. Und die Wirtschaft verstärkt ihren Indoktrinationsfeldzug.

Jahr für Jahr treibt der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, die eigentliche Propagandazentrale des Landes, zehn Millionen Franken ein, um seinen Fonds für Politikampagnen zu äufnen. Gemäss internem Schlüssel müssen die Banken dreissig Prozent beisteuern, wobei die staatlich gestützte UBS (weiterhin) den Hauptanteil leistet. In Franken: rund 1,5 Millionen fürs laufende Jahr! (Stehen gewichtige Abstimmungen der «Kategorie A» an, fordert der Verband jeweils gegen 15 Millionen Franken ein; entsprechend erhöhen sich die Abgaben der Unternehmen.)

Den Urnengang vom 27. September über zusätzliche Steuern fürs Schlamassel der Invalidenversicherung stufen die Herren der Politreklame in Zürich als Vorhaben der «Kategorie B: mittlere Priorität» ein. Für eine B-Abstimmung wirft Economiesuisse jeweils eine Million Franken auf. Wobei in diesem Fall, wichtig zu wissen, die Funktionäre der Wirtschaft die neue Fiskalbelastung nicht etwa bekämpfen, sondern den Schweizerinnen und Schweizern die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf acht Prozent beliebt machen wollen.

Der Effekt der ungewöhnlichen Politaktion «Die Wirtschaft kämpft für Ihre höheren Steuern!» scheint allerdings noch nicht ganz durchzuschlagen. Die Zustimmung von 51 oder 50 Prozent, wie es Umfragen prognostizieren, ist den Beeinflussungsprofis zu dünn; dieser Wert reiche nicht aus, um das notwendige Ständemehr zu erreichen, heisst es in einem internen Papier des Schweizerischen Versicherungsverbandes (SVV) (vollständiger Text auf www.weltwoche.ch). Hinzu komme, klagt Autor Lucius Dürr, SVV-Direktor und langjähriger Zürcher CVP-Kantonsrat, «dass die Abstimmungs-«Arena» des Deutschschweizer Fernsehens für die Befürworter eher negativ ausgegangen ist». Daher müsse unbedingt «Gegendruck» aufgebaut werden, was kurzfristig nur mit einer Offensive «im gekauften Raum (Inserate)» möglich sei. «Die Economiesuisse hat deshalb beschlossen», fährt Dürr fort, «ihr Kampagnenbudget von 1 Million Franken auf 1,4 Millionen zu erhöhen. Im Weiteren hat sie über den Präsidenten Gerold Bühler und den Quästor Rolf Dörig (VRP der Swiss Life) den SVV angefragt, ob dieser bereit wäre, im Sinne einer Vorleistung für die Kampagne zur Senkung des Umwandlungssatzes 300 000 Franken aus dem SVV-Kampagnenfonds zu leisten.»

Der Wirtschaftsdachverband versprach, den gleichen Betrag einzuschliessen. Dürr unter-

stützte dieses Ansinnen und machte sich dafür stark, dass auch der Versicherungsverband zahle: Ein Ja zu den neuen IV-Steuern, so Dürschwer nachvollziehbare Logik, werde die von den Versicherern verlangte Senkung des Umwandlungssatzes für die Pensionskassengelder, also die Kürzung der Renten, über die wohl im März 2010 abgestimmt wird, akzeptabler machen.

Parteipolitisches Schleudertrauma

Mit dem nachgerade absurden Slogan für mehr Staat («Die Versicherungswirtschaft macht sich für gesunde Sozialversicherungen stark!») hätte dem Volk der Kopf vollends verdreht werden sollen. Bislang hatten die privaten Versicherungen private Lösungen favorisiert und überdies bis vor kurzem über den grassierenden Missbrauch der IV geklagt. Denn fast jeder IV-Fall löst automatisch Rentenzahlungen der Zweiten Säule aus. Nun verzichten die Versicherer darauf, den Druck auf die IV-Behörden aufrechtzuerhalten. Entweder leiden sie mittlerweile selbst unter einem Schleudertrauma; oder sie argumentieren nicht ökonomisch und nicht im Sinne der Branche, sondern (wie die freisinnig beherrschte Economiesuisse) rein parteipolitisch.

Immerhin beschlossen die Chefs der Assekuranzfirmen, keine zusätzlichen Gelder in

den Abstimmungskampf zu werfen. Ob Economiesuisse allein die Kosten für den Endspurt bezahlt, lässt der Verband offen: Betriebsgeheimnis.

Parallel zum Steuerfeldzug der Wirtschaft verteilen die Behörden das sogenannte Bundesbüchlein, ein Produkt aus der Propagandaküche Bern, das wichtige Fakten unterschlägt und Behauptungen verbreitet, die als Lügen bezeichnet werden können. So beginnt die Schrift mit den Sätzen: «Mit diesem wichtigen Schritt im Sanierungsplan kann dem Defizit und der enorm anwachsenden Verschuldung der IV Einhalt geboten werden. Zudem wird die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) endgültig davon befreit, für das Defizit der IV aufkommen zu müssen.» Der geneigte Leser kann die Passage nur so verstehen, dass mit den neuen Steuern a) die Schulden der IV, die bis Ende 2010 gegen 16 000 Millionen Franken betragen werden, abgebaut werden und b) die AHV von dieser Altlast befreit wird.

Die Tatsachen, die in der amtlichen Propagandabroschüre nirgends erscheinen, jedoch sind: Mit der Steuererhöhung können nicht einmal die jährlich weiterhin auflaufenden Defizite ganz gedeckt werden. Und die gewaltige Altlast der IV von 16 Milliarden Franken belastet die AHV weiterhin. Sie werden im AHV-Fonds zwar noch als Guthaben geführt, für die die IV geradezustehen hat. Faktisch sind die verschwiegene roten Milliarden aber verloren. Zusammen mit den 5 Milliarden, die zusätzlich aus dem AHV-Topf entwendet und der IV geschenkt werden, fehlen der AHV 21 Milliarden Franken; das sind zwei Drittel des jetzigen und rein theoretischen Vermögens! Die IV ist total bankrott, und die AHV wird mit dieser Vorlage noch akuter gefährdet. ○



«Offensive im gekauften Raum»: Gerold Bühler, Präsident von Economiesuisse.

«Wir waren auf einem Auge blind»

Von Carmen Gasser und René Lüchinger — Eugen Haltiner, Chef der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma), gibt zu, dass er die Finanzkrise unterschätzt hat. Dafür sei die Schweiz bei der Verschärfung der Kapitalregeln für Banken so schnell und konsequent wie kein anderes Land vorgegangen.

In Ihrem Bericht über die Erkenntnisse aus der Finanzkrise stellt sich die Finma ein positives Fazit aus. Sind Sie nicht zu unkritisch?

In der Phase der Krisenbewältigung haben wir eine gute Arbeit geleistet. Die Aufsichtsbehörde hat rechtzeitig und entschieden eingegriffen. Die Banken waren zu keinem Zeitpunkt der Gefahr mangelnder Liquidität oder einer Insolvenz ausgesetzt. Der Staat musste zwar Hilfestellung leisten. Aber die Bedingungen, die der Bank auferlegt wurden, waren harte, marktgerechte Bedingungen.

Inwiefern?

Überall sonst wurden staatliche Garantien zu Vorzugskonditionen gesprochen. Die UBS hatte zwölf Prozent Zins zu zahlen. Der Bund konnte sich zurückziehen mit einem ansehnlichen Gewinn. Diese grösste globale Krise hatte für den Steuerzahler keine negativen Effekte.

Dennoch hat die Finma den Ausbruch der Finanzkrise verschlafen.

Wir haben sie nicht verschlafen, wir waren nur auf einem Auge blind. Wir waren zwar gut vorbereitet mit Handlungsoptionen für Krisen. Die Krise selbst haben wir aber nicht vorhergesehen. Das makroökonomische Wissen fehlte uns.

Haben Sie dieses Wissen heute?

Wir sind daran, diese Kompetenz aufzubauen. Bereits haben wir erste Volkswirtschaftler eingestellt, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Zudem arbeiten wir heute eng mit der Schweizerischen Nationalbank zusammen. Früher gab es kaum Kontakte.

Wie steht es um die Gesundung der Banken?

Es gibt sehr unterschiedliche Einschätzungen. Der Internationale Währungsfonds sagt, es wäre erneut eine gigantische Rekapitalisierung des Finanzsektors notwendig. Andere meinen, wir seien über das Größte hinweg. Aus meiner Sicht hat sich der Finanzsektor deutlich stabilisiert. Aber in Sachen Kapitalaufstockung der Banken gibt es sicher noch Handlungsbedarf.

Wie scharf sind die neuen Schweizer Regulierungen im Vergleich zum Ausland?

Wir haben 2007 und 2008 Sofortmassnahmen ergriffen, als wir die Aufstockung von Eigenmitteln forderten. Zusammen mit den beiden Grossbanken haben wir neue Liquiditätsanforderungen erarbeitet. International hingegen stellen wir fest, dass Entscheidungen noch immer nicht getroffen



«Das Ziel ist, Probleme bei Grossbanken ohne Staatshilfe zu lösen»: Finma-Chef Haltiner.

sind. Wir fühlen uns wohl, da wir im internationalen Vergleich im Vorsprung sind. Man zeigt wenig Mut, jetzt die Kapitalregeln zu verschärfen.

Was hat das mit Mut zu tun?

Ängste bestehen, dies könnte negative Rückkoppelungen auf die zaghafte Gesundung der Weltwirtschaft haben. Unsere Meinung ist klar, dass wir heute festlegen müssen, wohin die Reise geht. Wir offerieren den Banken aber Übergangsfristen.

Der Schweizer Finanzplatz hat somit den internationalen Benchmark gesetzt?

Das ist so. Die Diskussionen im Basler Ausschuss gehen in die Richtung, die wir vorge-spurt haben.

Ein «too big to fail» ist nicht mehr möglich?

Dieses Thema ist noch vertiefter zu bearbeiten. Heute kann ich feststellen, dass die Verschärfung der Eigenkapital- und Liquiditätsregeln die Krisenresistenz deutlich verbessert hat. Das federt ein allfälliges Schadenspotenzial erheblich ab.

Es gibt also keinen zweiten Fall UBS mehr?

Ich würde das nicht als einen Fall UBS bezeichnen. Es gibt immer ein Restrisiko eines Schadens, inklusive eines Kollapses. Mit Grösse sind jedoch auch Chancen verbunden. Im Zuge der Immobilienkrise Anfang der neunziger Jahre konnten von den Grossbanken dank deren Stärke sehr viele Regionalbanken übernommen und damit gerettet werden.

Es lässt aufhorchen, wenn SP-Politiker gemeinsam mit Christoph Blocher und Nicolas Hayek fordern, dass Grossbanken organisatorisch neu aufgestellt werden müssen.

Es ist das übergeordnete Ziel, Probleme bei Grossbanken ohne Staatshilfe zu lösen. Wir sind allerdings noch nicht so weit, schlüssige Lösungen zu liefern. Noch ist nicht klar, welche Eingriffe und Konzepte es dazu braucht. Ich begrüsse die Debatte, die das Trio ausgelöst hat, warne aber vor voreiligen Schlüssen.

Es muss doch möglich sein, einer Grossbank derartige Strukturen zu verpassen, dass im Notfall, wie bei der UBS in den USA, eine Tochtergesellschaft liquidiert werden kann?

Das Problem ist, dass Tochtergesellschaften mit Eigenkapital und Liquidität ausgestattet werden müssten. Eine finanzielle Eigenständigkeit von Tochtergesellschaften würde den globalen Kapitalverkehr massiv behindern. Kann das die Lösung sein?

Das fragen wir Sie.

Wir sind mit der Nationalbank daran, mögliche Wege zu prüfen. Heute sind Konzernstrukturen häufig aufgrund von Steuerüberlegungen erstellt. Das wird derart extensiv gemacht, dass wir uns überlegen, ob es nicht Vorgaben braucht, die es ermöglichen, Konzernanteile zu veräussern oder gar liquidieren zu können.

Was heisst das für den Kunden?

Ich schliesse nicht aus, dass Folgekosten entstehen, welche auf Kunden überwältzt werden. Höhere Kapitalausstattungen und erhöhte Liquidität kosten Geld und schmälern die Profite. Das kann auch zu einer Verteuerung des Kreditgeschäfts führen.

Hans-Ulrich Doerig, Präsident der Credit Suisse, beklagte unlängst, dass mittlerweile zu viel reguliert werde. Sehen Sie das auch so?

Nein. Es besteht aber die Gefahr, dass ein Regulierungsdruck aufgebaut wird, der sehr viel weiter gehende Eingriffe zur Folge haben könnte. Vor- und Nachteile sind gegeneinander abzuwägen.

Haben Sie Verständnis für Nestlé-Präsident Peter Brabeck, der sagt, er werde sich überlegen, den Hauptsitz der Firma aus der Schweiz abzuziehen, sollte es zu einer Limitierung der Entlohnung im Topmanagement kommen?

Ich hoffe, dass der Standort Schweiz genügend Vorteile bietet, dass dies nicht geschieht. Es ist aber ernst zu nehmen, wenn ein Peter Brabeck so etwas äussert.

Leidet die Standortqualität der Schweiz unter all diesen Regulierungsbestrebungen?

Noch ist die Schweiz attraktiv. Vor allem, wenn ich sehe, was international an neuen Steuern angedacht wird. Die enormen Staatsgelder, welche in die Wirtschaft gepumpt wurden, sind entweder über höhere Steuern zurückzuführen, oder es muss massiv gespart werden. Dieses Problem haben wir nicht.

Zurück zum Lohnthema. Deutschland und Frankreich fordern Obergrenzen bei der Salariierung. Warum ist die Schweiz dagegen?

Diese Forderung ist populistisch. Was ist ein gerechter Lohn? Das lässt sich nicht absolut entscheiden. Es hängt davon ab, wie gut die unternehmerische Leistung ist. Wenn hohe ökonomische Profite erzielt werden, die Risiken im Griff bleiben und dadurch Steuerleistungen abgeführt werden, ist eine hohe variable Entschädigung durchaus sinnvoll. In der Schweiz haben wir zudem ein Bonus-Malus-System auf der Traktandenliste.

Das heisst?

Für uns ist wichtig, dass Manager auch zgeteilte Vergütungen verlieren können, wenn die Geschäfte nicht mehr laufen. Vergütungen sollen deshalb über mehrere Jahre aufgeschoben werden. Erst wenn der nachhaltige Erfolg sichtbar ist, sollen die Gelder bezahlt werden.

Das Erstaunliche ist, dass man erst jetzt auf diese Erkenntnis gekommen ist.

Heute bestehen noch Hindernisse für solche Modelle, wie das Arbeits- und das Steuerrecht. Hinzu kommt, dass das Steuerregime in jedem Land unterschiedlich ist, und dies stellt an einen global tätigen Konzern besondere Anforderungen.

Müssten nicht konsequenterweise auch alle Boni der Manager zurückgefordert werden,

die das Desaster bei der UBS zu verantworten haben?

Es existiert keine Rechtslage, diese einzufordern. Es gab freiwillige Rückzahlungen dieser Manager, die auf Aufforderung der Bank erfolgt sind.

Schon in geringeren Fällen, beispielsweise im Fall Swissfirst, wurden Rügen an Manager verteilt. Warum nicht im Fall der UBS?

Wir haben aufsichtsrechtliche Verletzungen vorgefunden und das Unternehmen entsprechend gerügt. Wenn Personen ihre Aufgabe nicht erfüllt haben, gibt es eine Gewährsprü-

«Diese grösste globale Krise hatte für den Steuerzahler keine negativen Effekte.»

fung. Da jedoch alle fraglichen Exponenten mittlerweile aus der Bank ausgeschieden sind, stellt sich diese Frage nicht mehr.

Die Herausgabe von UBS-Kundendaten durch die Finma an die US-Steuerbehörden im vergangenen Frühjahr wird heute als Sündenfall taxiert, der das Bankkundengeheimnis zum Einsturz brachte. Würden Sie heute wieder so handeln?

Bei gleichen Verhältnissen würden wir wieder so entscheiden. Eine Strafklage vom U.S. Department of Justice gegen die UBS hätte unkontrollierbare Auswirkungen gehabt. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine derartige Anzeige in aller Regel zu einem Konkurs des Unternehmens führte. Arthur Andersen ist ein Beispiel. Das Revisionsunternehmen ist im Zusammenhang mit dem Fall Enron angeklagt worden und Konkurs gegangen. Dass es am Ende von den Vorwürfen freigesprochen worden ist, hat den Kollaps nicht verhindern können. Eine Strafanzeige gegen die UBS hätte zur Folge gehabt, dass Kunden ihre Gelder in grossem Stil abgezogen hätten und keine Transaktionen mehr getätigt worden wären. Das ist tödlich für eine Bank.

Weshalb wurde das US-Geschäft der UBS nicht einfach liquidiert?

Dann wären die Aktiven der Bank in den USA sofort beschlagnahmt worden. Beide Grossbanken können aufgrund der hohen Mittelzuflüsse diese nicht ausschliesslich in der Schweiz anlegen. Sondern im Ausland, häufig in den USA. Die Verbindlichkeiten fielen in diesem Fall jedoch in der Schweiz an. Im Falle einer Liquidation wäre die Schweiz mit einem grossen Defizit in der Kreide gestanden. Es wären Summen, die selbst der Bund nicht tragen könnte.

Eine Grossbank wurde gerettet, dafür wurde das Bankkundengeheimnis geopfert.

Diese Debatte wäre so oder so losgetreten worden. Die Schweiz wurde ultimativ von der OECD aufgefordert, die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterzie-

hung neu zu beurteilen. Es ist bedauerlich, dass wir erst unter diesem Druck handelten und nicht schon im Vorfeld aus einer Position der Stärke heraus. Dann hätte die Herausgabe der Daten nicht stattfinden müssen.

Die Politik hat das verschlafen?

Ich würde die Schuld nicht einseitig dem Bundesrat anlasten. Es ist primär eine Aufgabe der Marktteilnehmer, das Terrain für den langfristigen Erfolg zu ebnen.

Sind Sie da nicht etwas milde?

Im vierten Quartal 2008 eskalierte alles. Der Bundesrat hatte politisch ganz andere Themen auf der Agenda. Das Stabilisierungspaket musste durchgezogen werden, ebenso die Rekapitalisierung der UBS. Es fehlte die Kraft und auf der Gegenseite der USA eine verlässliche politische Mannschaft. Dort stand der Wechsel der Bush-Administration zu Barack Obama an.

Dessen ungeachtet werden die Banken immer mehr zum Steuereintreiber der ausländischen Steuerbehörden.

Diese Einschätzung teile ich. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Entwicklung weiterginge. Es wäre dornenvoll, wenn eine Bank die Verantwortung dafür übernehmen müsste, ob ein Kunde sich steuerehrlich verhält. Es besteht die Gefahr, dass das Beratungsgeschäft einseitig kriminalisiert wird.

Worauf muss sich der Finanzplatz noch einstellen?

Wir müssen die Fakten anerkennen, dass die Doppelbesteuerungsabkommen eine neue Transparenz schaffen und dass diese Entwicklung weitergehen wird. Im grenzüberschreitenden Geschäft werden höhere Compliance-Anforderungen gestellt, und eine Bank macht sich strafbar, wenn ausländisches Recht nicht eingehalten wird. Bei Beratungen für Steueroptimierung gilt es für einen Banker, vorsichtig vorzugehen. Was heute legal ist, kann es morgen nicht mehr sein.

Mündet dies in den automatischen Informationsaustausch?

Wir wissen, dass die EU dies als ihre Lösung propagiert. Es wird sich zeigen, inwieweit Drittländer gleiche Erwartungen haben. Ich hoffe, dass es noch andere Wege gibt.

Könnten diese Entwicklungen auch Auswirkungen auf die schweizerischen Steuergesetze haben?

Wir haben eine hohe Steuerehrlichkeit in der Schweiz. Man erhält kaum ein höheres Steuereinkommen, wenn man die Gesetze verschärft.

Frankreich behauptet, über Steuerdaten von Kunden bei Schweizer Banken zu verfügen.

Es wurden weder Auskunftsbegehren an uns gerichtet, noch haben wir Hinweise, dass Daten aus der Schweiz den dortigen Behörden zur Verfügung stehen.

Alles nur Bluff?

Daten von Kreditkarteninhabern sind bei-

spielsweise einfach verfügbar. Diese werden kontrolliert, da sie grenzüberschreitende Zahlungen auslösen. So lässt sich ermitteln, wer der Kontoinhaber ist. Mit diesem Wissen kann man sich dann brüsten. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wirklich Kontodaten vorhanden sind.

Rechnen Sie mit weiteren US-Klagen gegen Schweizer Banken?

Gegenwärtig zeichnet sich das nicht ab. Ich bezweifle, ob Grundlagen existieren, um die Banken mit einer Klagewelle einzudecken.

Ihre Abklärungen im Fall Sulzer dauerten knapp zwei Jahre. Wie kann es sein, dass ausländische Aufsichtsbehörden so viel schneller sind?

Wir mussten bei mehreren Banken Hausdurchsuchungen durchführen. Zudem gibt es ausländische Behörden, auf deren Hilfe wir angewiesen sind. Auch gibt es in der Schweiz Parteirechte zu wahren. Die geringste Verletzung führt sofort zu Einsprachen. So können Verfahren extrem in die Länge gezogen werden.

Was ist zu tun?

Es braucht eine Straffung der Verfahrensordnung. Das ist jetzt in Diskussion. Zudem sollte die Finma für einfache Fälle auch Bussen aussprechen können. Die SEC in den USA kann das. Damit wäre eine raschere Disziplinierung der Marktteilnehmer möglich.

Es gibt Leute, die behaupten, die Finma sei eine reine Heimatschutzbehörde.

Die Finma hat nur ein Mandat, nämlich sicherzustellen, dass unsere Gesetze eingehalten werden. Und nicht nur das, was in den Paragrafen steht, sondern auch die damit verbundenen Absichten des Gesetzgebers. Im Fall Sulzer ist es so, dass gewisse Anpassungen im Börsenrecht erst später erfolgten. Dennoch hätte auch im Zeitraum davor der Geist des Gesetzes eingehalten werden müssen, und das bedeutet: Eine Umgehung von Offenlegungspflichten ist nicht erlaubt. Ausländische Investoren sind immer willkommen, aber sie müssen die inländischen Gesetze respektieren.

Weshalb wurde dem Grossaktionär nicht das Stimmrecht entzogen?

Ich bedaure es ausserordentlich, dass bei Sulzer Realitäten geschaffen wurden ohne Klärung des ursprünglichen Sachverhaltes. Wir würden uns wünschen, dass eine Stimmrechtssuspension nicht durch den Zivilrichter ausgesprochen wird, sondern durch die Finma. Das könnte beschleunigend wirken.

Gemäss Finma-Bericht war auch der Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann über Kredite für die Sulzer-Übernahme informiert.

Wieso kommt er so einfach davon?

Wir haben im Falle der Deutschen Bank massive organisatorische Mängel gerügt. Die Rolle von Josef Ackermann war für uns nicht Gegenstand der Untersuchungen. ○

Personenkontrolle

Bigger, Giezendanner, Schwaller, Brunner, Geiger

Die emotionalste Auseinandersetzung führte die SVP-Fraktion nicht zur Taktik bei den Bundesratswahlen, sondern zum Thema «Absenzen». Der St. Galler Nationalrat Elmar Bigger stellte den Antrag, dass Schwänzer künftig mit einer Busse in Höhe eines Taggeldes bestraft werden. Das sind etwa 400 Franken. Dieser Vorstoss brachte den Aargauer Ulrich Giezendanner, einen der Absenzenkönige, derart in Rage, dass er Kollege Bigger als «verdammten Guggelibauer» beschimpfte, der für alles Zeit habe, während er eine Unternehmung zu führen habe. Wohl um sein Argument zu untermauern, stürmte der Transporteur nach seinem Wutausbruch aus dem SVP-Saal. (upe)

Mit der Mehrwertsteuererhöhung wird der Schuldenberg der IV nicht abgetragen, gleichzeitig wird die AHV belastet. Darüber reden die Befürworter der Zusatzfinanzierung heute nicht mehr gerne. Im Dezember 2007 war CVP-Ständerat Urs Schwaller noch gesprächiger: «Persönlich hätte ich es, wie gesagt, vorgezogen, die rund 14 Milliarden Franken, welche die IV der AHV niemals wird zurückbezahlen können, in zwei Jahren direkt und auf einmal abzuschreiben. Wenn wir nämlich ehrlich sind, wissen wir alle, dass dieser Betrag für den AHV-Fonds eine Art Nonvaleur ist. Ich sehe aber ein, dass die vollständige Abschreibung der gesamten Schuld zu Lasten des AHV-Fonds die Erfolgsaussichten für die Volksabstimmung noch mehr belastet hätte.» (mso)

Allzu geschickt agieren die BDP-Parlamentarier nicht, wenn sie den politischen Erzfeind aushorchen wollen, dafür hartnäckig. Als SVP-Präsident Toni Brunner mit einem Journalisten sprach, schlich die Berner BDP-Nationalrätin Ursula Haller derart lange, auffällig und nahe um das Duo herum, bis Brunner enerziert den Platz wechselte. Wenig später tauchte ein neuer BDP-Spion auf, der Bündner Hansjörg Hassler nahm auf dem Stuhl neben Brunner Platz – und blätterte mit angestrengtem Interesse in einer Zeitung. (upe)

Beim *Tages-Anzeiger* vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Redaktor in warmen Worten verabschiedet und in die Frühpensionierung entlassen wird. Nun trifft der Bannstrahl auch die Kolumnisten. Ihren Letzten gegeben haben der Bankenprofessor Hans Geiger und die Professorin für Kommunikation, Miriam Meckel. «Zu wenig massentauglich», heisst es in der Redaktion. «Verlust des geistigen Eigentums bedeutet Verarmung», schrieb Meckel in ihrem letzten Beitrag – eine Anspielung auf ihre eigene «Freistellung»? (rl)



OUTBACK. MEHR DENN JE.

2,5 l mit 167 PS ab Fr. 42'000.–, 3,6 l mit 260 PS für Fr. 57'500.–. Outback Diesel ab Fr. 43'000.–.

Mehr denn je ist die Zeit reif für einen **SUBARU AWD**. Qualität, Sicherheit und Zuverlässigkeit, alles zu konkurrenzlosem Preis – dieses Konzept hat Subaru zum meistverkauften Allrad-PW weltweit und in der Schweiz gemacht.



Symmetrical AWD.

Mehr denn je bietet der **NEUE OUTBACK**. Nach wie vor ist er die ideale Kombination von sportlichem Off-Roader und komfortabler Limousine. Seine Sicherheitsausstattung lückenlos – inklusive Symmetrical AWD für maximale Bodenhaftung und Balance. Sein Preis-Leistungs-Verhältnis unerreicht. Neu ist, dass die neue Generation ein paar Ihrer Wünsche erfüllt, von denen Sie vielleicht noch gar nichts gewusst haben.

Mehr **KOMFORT** denn je. Länger, breiter, höher – der grössere Fahrgastraum für mehr Bein- und Kopffreiheit sowie der erweiterte Gepäckraum machen den Outback AWD noch bequemer und praktischer. Genauso wie Rückfahrkamera (Limited und Executive), Licht- und Scheibenwischer-Automatik und seine völlig neue Aufhängung.



Mehr Raum.



Neu: Lineartronic™.

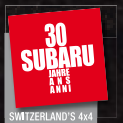
Mehr **FAHRVERGNÜGEN** denn je. Der Outback 2.5i AWD bietet in den Automatik-Versionen die Subaru-Exklusivität Lineartronic™ CVT, ein stufenloses Automatik-Getriebe in Kombination mit AWD. Die Schaltung erfolgt nahtlos, ohne Rucken. Genau im richtigen Moment, was zu einer dynamischeren, ökonomischeren und ökologischeren Fahrweise führt.

Mehr **UMWELTFREUNDLICHKEIT** denn je. Optimierte Motoren sorgen in jedem neuen Outback nicht nur für bessere Beschleunigung, sondern auch für weniger Treibstoffverbrauch. Dank der punktgenauen Schaltung mit Lineartronic™ sind Sie noch umweltschonender unterwegs. Und: Den neuen Outback gibt es auch mit **SUBARU BOXER DIESEL**, der über ein geschlossenes Abgas reinigendes System verfügt.

Energieeffizienz-Kat. D, CO₂ 199/194 g/km (man./Aut.), 8,6/8,4 l/100 km (2.5i Limited, Abb.). Modelle mit 2,0-l-Boxer-Diesel-Motor: Energieeffizienz-Kategorie B, CO₂ 167 g/km, 6,4 l/100 km. Durchschnitt aller angebotenen Neuwagenmodelle: 204 g/km.

Eine **PROBEFAHRT** sagt mehr denn je. Jetzt bei Ihrem Subaru-Vertreter.

SUBARU Schweiz AG, Industriestrasse, 5745 Safenwil, www.subaru.ch, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto inkl. 7,6% MWST.



www.new-outback.ch



Outback Boxer Diesel AWD
5-türig, 2,0 l, 150 PS
Fr. 43'000.– bis Fr. 50'000.–
6,4 l/100 km (gesamt)



Outback AWD 5-türig, man.,
Aut. oder Aut. mit CVT, 2,5 l
und 3,6 l, 167 PS und 260 PS
Fr. 42'000.– bis Fr. 57'500.–



Legacy Boxer Diesel AWD
4-/5-türig, 2,0 l, 150 PS
Fr. 39'000.– bis 48'000.–
6,1–6,4 l/100 km (gesamt)



Legacy 2.0i AWD
5-türig, man. oder Aut. mit CVT
2,0 l, 150 PS
Fr. 35'500.– bis Fr. 45'500.–



Legacy 2.5i AWD
4-/5-türig, Aut. mit CVT
2,5 l, 167 PS
Fr. 41'000.– bis Fr. 49'000.–



Legacy 2.5GT AWD
4-/5-türig, Automat
2,5 l Turbo, 265 PS
Fr. 52'000.– bis Fr. 53'000.–

Die günstige Krankenversicherung ohne Extras.



Jetzt zugreifen und Geld sparen: www.sanitas.com

Wir reduzieren den administrativen Aufwand, und Sie kontaktieren vor jedem Arztbesuch unsere medizinische Hotline. Das Resultat: voller Versicherungsschutz zum Tiefpreis.

Wechseln Sie jetzt einfach und schnell zu Compact One. ☎ 0844 55 00 50

sanitas

erstklassig versichert

Die Kapitalismus-Verbesserer

Von Stefan Brändle — Angeführt von Haushaltsminister Eric Woerth, hat Paris die Jagd auf Steuerflüchtlinge eröffnet. Die Franzosen waren begeistert – bis sie merkten, dass sie selbst im Visier sind.



«Ich bluffe nicht»: Haushaltsminister Woerth (l.), Präsident Sarkozy.

In Finanzkreisen fragt man sich noch heute, wer die Kommando-Operation veranlasst hat. Anfang April enterten zwanzig Uniformierte den TGV von Genf nach Paris. Sie interessierten sich vor allem für die Reisenden im Anzug und mit Krawatte. Ihnen nahmen sie die Blackberys ab und kopierten deren Inhalt auf die mitgebrachten Laptops. Dann verschwanden die Unbekannten spurlos. Seither sind Schweizer Banker, die in Frankreich unterwegs sind, vorsichtig und beugen vor: Sie reisen mit leeren Handys und ohne Visitenkarten ihrer Kunden.

Die französische Zolldirektion behauptet, sie wisse von nichts. Wie bereits in den achtziger Jahren, als sie Landsleute in Genf beim Betreten einer Bank fotografierten und die Autonummern aufschrieben. Tausende von Franzosen brachten damals ihr Geld in Plastiktüten vor der Linksregierung des neuen Präsidenten François Mitterrand in Schweizer Sicherheit.

Heute ist es die Rechte, die den Vermögenden nachstellt. Nicolas Sarkozy will «den Kapitalismus moralischer machen», ebenso sein Haushaltsminister Eric Woerth. Dazu gehört für Woerth auch, gegen die rund 3000 Steueründer so vorzugehen, als seien sie Landesverräter. Es geht aber nicht nur um Moral, sondern auch um sehr viel Geld. Die Summe, die im Ausland versteckt sein soll, ist beacht-

lich. 50 Milliarden Euro sollen es sein, behauptet Woerth. Wobei das vorsichtig geschätzt ist. Ein Schweizer Banker veranschlagt den Betrag gegenüber der *Weltwoche* auf mehr als 100 Milliarden.

Angst vor der eigenen Courage

«Ich bluffe nicht», sagt Woerth nur und droht denjenigen mit der Justiz, die sich bis Ende Jahr nicht freiwillig als Steuerbetrüger angezeigt haben. Von den schätzungsweise 150 000 Kontoinhabern haben das seit dem ersten Aufruf vor einem halben Jahr erst 200 Reuige getan. Darunter waren übrigens einige Journalisten, die die Anlaufstelle anonym testen wollten. Er habe in der Schweiz vor längerer Zeit zehn Millionen Franken geerbt und wolle das nun legalisieren, meldete sich zum Beispiel ein Reporter der *Libération* bei der Steuerzentrale. Die Dame am anderen Ende der Leitung drohte ihm auf der geschuldeten Steuer einen 40-prozentigen Strafaufschlag an, weil er das Erbe nicht deklariert habe. Doch der Staat lässt offenbar mit sich handeln. Im Laufe des Gesprächs reduzierte sie die Strafe bis auf 10 Prozent.

Jetzt kriegen die Franzosen aber Angst vor der eigenen Courage und fragen sich bedrückt: Wohin sollen sie ihre hart verdienten Euros tragen? Letzte Woche wollte die Haupttagesschau des Staatssenders France 2 von

einem Schweizer Banker deshalb wissen, ob man in der Schweiz noch ein Konto eröffnen könne. Durchaus, beruhigte der Genfer Bankier vor versteckter Kamera – und die Steuerflüchtlinge in der Grande Nation atmeten erleichtert auf.

Als Zufluchtsort für französische Vermögen bietet sich die Schweiz seit 1963 an. Denn der Pariser Fiskus nimmt seinen Bürgern durchschnittlich 45 Prozent aller Einkünfte als «prélèvements obligatoires» ab. Bei Gutverdienern erhöht sich der Prozentsatz gar auf 70 Prozent, wie der nach Gstaad emigrierte Rocksänger Johnny Hallyday angeblich erfahren musste.

Mehr als eine Moral

Frankreich kennt freilich nicht nur eine Moral, sondern gleich deren zwei. In Paris erinnert sich heute kaum einer daran, dass der «Kapitalismus-Verbesserer» Sarkozy vor einem Jahrzehnt noch als Geschäftsanwalt Kunden ins Steuerexil nach Genf begleitet hat. Das berichtete jedenfalls 2007 die Zeitung *Libération*, ohne damit aber viel Staub aufzuwirbeln. Jüngst schrieb auch der Internet-Informationsanbieter Rue 89, Anwalt Sarkozy habe damals «dem helvetischen Steuerparadies durchaus Vorteile abgewonnen» und «die Lücken des Finanzsystems benützt». Zum Beispiel habe er dem französischen Tennisprofi Henri Leconte in Genf zu «gnädigeren» Steuerbedingungen verholfen.

Doppelmoral findet sich auch in der Familie von Eric Woerth, dem Haushaltsminister. Er hat zwar weniger Geschäftsbeziehungen am Genfersee als früher Sarkozy. Aber seine Gattin, die Finanzberaterin Florence Woerth, verwaltet das Vermögen wohlhabender französischer Bürger – unter anderem auch auf Schweizer Banken. So etwa dasjenige von Liliane Bettencourt, der Besitzerin des Kosmetik Konzerns L'Oréal und Partnerin von Nestlé. Die reichste Französin schlitterte mit ihrem Investmentfonds unglücklich in die Madoff-Affäre und liess die verbleibenden Aktiva darauf gemäss *Le Monde* auf UBS-Konten überführen.

Vielleicht wissen Sarkozy und Woerth dank dieser Kontakte so genau, wo sie den Hebel ansetzen müssen. Sie wollen in Frankreich ansässige Banken künftig zwingen, sämtliche Überweisungen ins Ausland an die Behörden zu melden. Eine Vorschrift, die weit über OECD-Standards hinausginge.

Es ist davon auszugehen, dass betuchte Franzosen ihr Geld weiterhin in Genf anlegen werden. Gegenüber dem Fiskus waren die Franzosen noch nie um Ausweichmöglichkeiten verlegen. Das befürchtet auch der sozialistische Abgeordnete Didier Migaud, Vorsteher der französischen «Mission d'information sur les paradis fiscaux». Um Steuerflüchtlingen das Handwerk zu legen, schlug er vergangene Woche kurzerhand die Abschaffung der 500-Euro-Scheine vor. ○

Wundersame Vermehrung

Von *Silvio Borner* — Mit Studien lässt sich alles beweisen. Auch dass die Schweizer Stromwirtschaft im grossen Stil CO₂ produziert. Richtig wird diese Behauptung dadurch nicht.



Dreckiger Strom: Kohlekraftwerk im deutschen Niederaussem.

Für den Klimaschutz soll der Ausstoss von CO₂ verringert werden. Der gewählte Ansatz sieht vor, in einem international koordinierten Effort den Ausstoss im Jahre 2020 um x Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dazu muss jedes Land sich zu einer Reduktion verpflichten, was bereits zu schier unlösbaren Konflikten führt, weil Entwicklungs- und Schwellenländer davon nichts wissen wollen. Aber insbesondere die Europäer, einschliesslich uns Schweizer, wollen uns zu Reduktionszielen verpflichten. Beim CO₂ ist wesentlich, dass es sich um den Lehrbuchfall eines negativen und globalen externen Effekts handelt. Es bedeutet, dass es nicht darauf ankommt, wo das CO₂ freigesetzt wird, aber demzufolge auch nicht, wo es reduziert wird.

Besonders simpel ist es bei der Elektrizität, weil der Strom nicht lagerfähig ist, so dass sich Produktion und Konsum jederzeit entsprechen. Wenn wir den CO₂-Ausstoss der Stromwirtschaft beziffern wollen, können wir dies deshalb von der Produktions- oder von der Verbraucherseite her anpacken. Naheliegender ist es, von der Produktion auszugehen, weil in jedem Land mit dem gegebenen Kraftwerkpark die CO₂-Emissionen leicht zu berechnen sind. Wohin dieser Strom fliesst, ist dem Klima völlig egal. In der Schweiz haben wir eine praktisch CO₂-freie Stromerzeugung, mit etwa

60 Prozent aus Wasserkraft und 40 Prozent aus Kernenergie.

Alter Denkfehler

Alles falsch, will uns eine kürzlich publizierte Auftragsstudie von TEP mit dem Titel «CO₂-Intensität des Stromabsatzes an Schweizer Endkonsumenten» weismachen. Es sei nämlich nicht zulässig, den heimischen Produktionsmix zu verwenden. Korrekt sei der Konsummix. Und dieser sei alles andere als CO₂-frei, weil wir dreckigen Strom importieren. Das ist irreführend, weil wir ja nicht nur CO₂-haltigen Strom importieren, sondern, übers Jahr gerechnet, etwa gleich viel CO₂-freien exportieren. Im Winter verzeichnen wir Import-, im Sommer Exportüberschüsse.

Der Denkfehler der Studie liegt darin, die Schweiz – wieder einmal – als Insel zu betrachten und zu Hause unseren Konsummix zugrunde zu legen, während alle anderen Länder gemäss Kioto-Protokoll auf den Produktionsmix abstellen. Unsere Importe wurden bereits den Herkunftsländern «schlechtgeschrieben», während unsere Exporte nirgendwo «gutgeschrieben» werden. Ein einfaches Zahlenbeispiel soll das illustrieren: Angenommen, die Welt bestehe aus den Ländern A (nur Kohlekraftwerke) und B (nur Nuklearanlagen). Jedes Land produziere 100 Einheiten Strom und

das Land A noch zusätzlich 100 Einheiten CO₂. Der Weltverbrauch an Elektrizität beträgt somit 200 und der CO₂-Ausstoss 100. Nun nehmen wir weiter an, dass das Land A im Sommerhalbjahr 50 Prozent des Verbrauchs aus Land B importiere, das Land B im Winter 50 Prozent aus dem Land A. Hat sich am Weltverbrauch von Strom und der Weltemission von CO₂ etwas geändert? Sicher nicht. Es werden nach wie vor 200 Stromeinheiten produziert, und 100 CO₂-Einheiten verpuffen.

Die Schlaumeier der Studie belasten nun dem sauberen Land B die 50 Prozent Kohlestrom-Importe aus dem Land A. Das Land B (also die Schweiz) wäre gemäss der Studie für 50 Einheiten CO₂ «verantwortlich», obwohl es selber kein CO₂ emittiert. Trotz konstanter Weltproduktion von 200 Stromeinheiten wächst die CO₂-Emission von 100 (aus der Produktion in A) auf 150 – 50 aus dem Konsum im Land B. Wir haben so etwas wie eine «wundersame CO₂-Vermehrung» vor uns.

Wer ist der Auftraggeber?

Was im Ansatz falsch ist, kann auch durch pseudowissenschaftliche Berechnungen nicht geheilt werden. Die Studie berechnet drei Varianten, nämlich: (1) Mix Inlanderzeugung plus Bruttoimporte, (2) Mix Inlanderzeugung minus Bruttoexporte plus Bruttoimporte und schliesslich (3) Mix Inlanderzeugung minus Exportsaldo plus Importsaldo. Diese drei Ergebnisse werden dann noch willkürlich gewichtet, und zwar mit 50 Prozent für (1), 40 Prozent für (2) und nur gerade 10 Prozent für (3). Intuitiv ist jedoch offensichtlich, dass (1) für die Schweiz am schlechtesten ist und (3) am besten, weil die dritte Methode am ehesten der einzig richtigen entspricht: Inlandkonsum minus Inlandproduktion. Der Studie kann entnommen werden, dass dieser Saldo leicht negativ ist, weil wir pro Jahr 64,6 Terawattstunden (TWh) produzieren und 63,7 TWh verbrauchen. Man kann es drehen und wenden, wie man will. Die Schweizer Stromkonsumenten belasten das Klima sicher nicht mit CO₂. Wie kann man trotzdem keck das Gegenteil behaupten?

Wem nützt es, die Elektrizität schlechtzureden und zu folgern, dass Elektrofahrzeuge oder Wärmepumpen nicht das Gelbe vom Ei sind? Die Auftraggeber der Studie schaffen Klarheit. Sie wurde von der Schweizerischen Gasindustrie und der Erdölvereinigung in Auftrag gegeben und soll wohl das Bundesamt für Energie beeinflussen, welches Wärmepumpen als umweltfreundlichen Ersatz für fossile Heizungen empfiehlt.



Silvio Borner ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Basel.



55

400TX



TX ▶ 12



Am Tag, an dem George Clooney einen aussergewöhnlichen Grand Cru kreieren kann, kann er Alexis' Job übernehmen.

Wie der Kellermeister bei Wein, riecht Alexis, Green Coffee Manager bei Nespresso, jährlich mehrere Tausend Aufgüsse von leicht gerösteten und gemahlten Kaffees, um die Feinheiten ihrer Ursprünge zu erfassen. Diese kombiniert er dann für die Kreation unserer Grands Crus. Erfahren Sie mehr unter www.nespresso.com/experts

NESPRESSO[®]

Die Seele des Kaffees

Weltwoche-Spezialangebot



Tauchen Sie mit der Weltwoche in die Welt der Klassik und des Entertainments. In Zusammenarbeit mit Obrasso Classic Events profitieren Weltwoche-Abonnenten/-innen von 15 % Spezialrabatt auf allen Ticketkategorien der nachfolgenden Konzerte.



Swiss Folk Music & Swing

Carlo Brunners Superländlerkapelle · Dani Felber Big Band · Maja Brunner · Lisa Stoll

Das swingende Volksmusikkonzert im KKL Luzern bringt zwei Spitzenformationen zusammen, die nicht das Gleiche spielen, aber das Gleiche wollen: beste Unterhaltung bieten. Allein und gemeinsam verwischen sie die Grenzen zwischen Volksmusik und Swing. Carlo Brunners Superländlerkapelle swingt, und Bandleader Dani Felber bläst mit seiner Big Band den Marsch! Zusammen mit der Sängerin Maja Brunner präsentieren sie Swinghits wie «Sing, Sing, Sing» oder «In the Mood», Schlager wie «Das chunnt eus spanisch vor» sowie volkstümliche Gassenhauer. Beim «Börse-Ländler» und bei der «Röschti-Polka» steht die «kleine Swiss Lady aus dem Klettgau» im Rampenlicht: Mit grossem Ton und klarem Klang wird die erst zwölfjährige Lisa Stoll mit Tracht und Alphorn das Publikum begeistern.

KKL Luzern, Freitag, 2. Oktober 2009, 19.30 Uhr
Preiskategorien: Fr. 70.-/62.-/58.-/50.-/45.-/35.-



The Four Seasons by Candlelight

Mozart Festival Orchestra London

Das Mozart Festival Orchestra London versteht es ausgezeichnet, die magische Wirkung des wärmenden Kerzenlichtes zu nutzen, und schmückt die Konzertbühne mit goldenen, kunstvoll geschwungenen Kerzenleuchtern.

In dieser feierlichen Atmosphäre schaffen das Orchester und seine Solisten, gekleidet in originalgetreue Kostüme aus dem Barock, mit Klängen von Antonio Vivaldi, Johann Sebastian Bach, Georg Friedrich Händel und anderen, Momente der Ruhe und Entspannung. Im Zentrum des Programms stehen «Die vier Jahreszeiten», eine Komposition von Antonio Vivaldi, die aus vier Violinkonzerten mit jeweils drei Sätzen besteht. Das Mozart Festival Orchestra London setzt sich aus Musikern der führenden Londoner Orchester wie dem London Symphony Orchestra, dem Philharmonia Orchestra und dem Royal Philharmonic Orchestra zusammen.

Tonhalle Zürich, Freitag, 13. November 2009, 20 Uhr
Preiskategorien: Fr. 135.-/125.-/115.-/75.-/45.-/25.-
KKL Luzern, Samstag, 14. November 2009, 19.30 Uhr
Preiskategorien: Fr. 135.-/125.-/115.-/95.-/65.-/45.-



Stringfever – Die aussergewöhnliche Konzertshow

Stringfever mit den vier Broadbents, Giles, Ralph, Neal und Graham, garantiert eine aussergewöhnliche Konzertshow! Mit ihren elektrischen Instrumenten und der vokalen Perkussion von Neal spielen die vier Briten auf unvergleichliche Art.

Die Instrumente wurden ihnen bereits in die Wiege gelegt. Seitdem steht die Musik im Zentrum ihres Schaffens. Das ausserordentliche Können, die Virtuosität, die Spielfreude, der Charme und der feine britische Humor machen Stringfever zum rund um den Globus bejubelten Poweract.

In ihrem fesselnden Programm löst ein Highlight das andere ab. Den «Bolero» von Maurice Ravel spielen sie zu viert auf einem Cello, ihr Medley mit zwanzig bekannten Filmmelodien lädt zum Mitraten ein, die «History of Music», welche vierzig bekannte Werke in einer mitreissenden Fünf-Minuten-Fassung vereint, löst Begeisterungstürme aus. Schlichtweg ein musikalischer Geniestreich mit unschlagbarem Unterhaltungswert!

Kongresshaus Zürich, Freitag, 4. Dezember 2009, 20 Uhr
Preiskategorien: Fr. 95.-/85.-/75.-/45.-/25.-



Furbaz Nadal

Vor 25 Jahren sangen die Furbaz zum ersten Mal vor Publikum in Graubünden. Sie eroberten mit ihrer Musik innerhalb kürzester Zeit die Herzen unzähliger Menschen im In- und Ausland, vertraten die Schweiz am internationalen Song Contest, gewannen den grossen Prix Walo und erhielten für ihre Weihnachtsmusik eine goldene Schallplatte. Heute zählt die legendäre rätoromanische Gesangsgruppe Furbaz zu den bedeutendsten Acts in der Schweizer Musikszene. Über 60'000 Zuschauer haben bisher eines ihrer Konzerte besucht – auch die grössten und schönsten Säle der Schweiz waren seit ihrem Comeback bis auf den letzten Platz ausverkauft. Zum Jubiläum präsentieren die Furbaz die schönsten Weihnachtslieder der Welt! Marie Louise Werth, Giusep Quinter, Gioni Defuns und Ursin Defuns melden sich mit ihren bekannten Werten zurück.

KKL Luzern, Sonntag, 6. Dezember 2009, 17 Uhr
Preiskategorien: Fr. 90.-/80.-/70.-/60.-/50.-/40.-
Kursaal Bern, Arena, Samstag, 19. Dezember 2009, 19.30 Uhr
Preiskategorien: Fr. 65.-/55.-/45.-/35.-/25.-

Bestellen Sie Ihre Tickets noch heute direkt bei Obrasso Classic Events, Postfach 2637, 6002 Luzern, Tickethotline 041 318 00 55, E-Mail: info@classic-events.ch. Vergessen Sie nicht, Ihre Abo-Nummer anzugeben, um vom Weltwoche-Rabatt zu profitieren.

Alle Informationen zu diesen Konzerten und weitere attraktive Angebote finden Sie zudem auf www.weltwoche.ch/platinclub

Windschiefe Geschichtsschreibung

Von Hansrudolf Kamer — Die Mauer-Nostalgie geht um:
Als es noch zwei Supermächte und einen eisernen Vorhang gab,
sei alles geordneter und einfacher gewesen. Wirklich?



Konzept der «gegenseitig gesicherten Zerstörung»: Breschnjew mit Sowjetführern, 1976.

Nostalgie ist eine merkwürdige Zeiterscheinung. Von ihr bleibt nichts verschont. So auch beim Rückblick auf 1989. Zu den Mythen über den Kalten Krieg gehört die Behauptung, «damals» sei alles geordneter und einfacher gewesen. Die grosse Dichotomie bezog sich auf die Mauer in Berlin, die zwei sehr reale Welten trennte. Es gab zwei Supermächte, die Welt war geteilt in zwei Blöcke. Natürlich, es gab die Blockfreien und die Neutralen, und es gab eine Dritte Welt. Doch das war von untergeordneter Bedeutung. Die nukleare Bedrohung war zwar ungemütlich, aber man hatte gelernt, mit dem Konzept der «gegenseitig gesicherten Zerstörung» zu leben.

In dieser verklärten Sicht war das Patt im Kalten Krieg stabil, berechenbar, eine Lieblingsvokabel der westdeutschen Politik zu jener Zeit. Der Gegensatz zu heute könnte schroffer kaum sein: Unsicherheiten zuhauf. Gescheiterte Staaten, unkontrollierte Verbreitung der Atomwaffen, Iran und Nordkorea, rasanter Aufstieg Chinas, globaler Terrorismus, Piraten, Drogenkriege, Pandemien, Wirtschaftskrise und Kapitalismuskrisis. Keine neue Weltordnung, wie sie Bush Vater beschworen hatte, sondern diffuse Verhältnisse am Abgrund zum Chaos. Wen wundert's, dass Kalter-Krieg-Nostalgie umgeht – nicht nur in Deutschland? Leider oder Gott sei Dank ist dieser Vergleich ziemlich windschief.

Die Geschichte war mit Beginn der Versuche Gorbatschows, das Sowjetregime zu reformieren, in Bewegung geraten. Der junge, energische Parteichef, der auf die kranken alten Männer gefolgt war, wollte nicht den Kommunismus oder den demokratischen Zentralismus abschaffen, sondern die Sowjetunion modernisieren. Die Ereignisse beschleunigten und überstürzten sich schliesslich, liefen aus dem Ruder. Doch war es denn vor «Gorbi» so ruhig und sicher, dass man jene Epoche zurückhaben möchte?

Wie viele Kriege hat es denn seit der Kapitulation Deutschlands und Japans 1945 bis zum Zerfall der Sowjetunion 1991 gegeben? An einer Hand jedenfalls lassen sie sich nicht abzählen. Die Kriege, die damals ausgefochten wurden – in Asien, im Mittleren Osten, in Afrika und in Lateinamerika –, waren alle blutiger und härter, ohne Präzisionswaffen, mit mehr Opfern, militärischen und zivilen, als jene seit dem Ende des Kalten Kriegs.

Das nukleare Inferno und Armageddon wurden zwar vermieden, doch die Spekulationen über einen möglichen Nuklearschlag als Folge einer Fehlkalkulation füllen Bibliotheken. Seit der Implosion der UdSSR wurde nuklear abgerüstet. Es gibt heute gesamthaft eine bessere Kontrolle über die Nuklearwaffen als zu Zeiten der Sowjetunion, die ihr Arsenal über weitere Gebiete verteilt hatte.

Was die neu veröffentlichten britischen Dokumente über die turbulente Übergangszeit zeigen, ist vor allem, wie sehr sich Frankreich und Grossbritannien zunächst gegen die grossen Veränderungen sperrten. Premierministerin Thatcher und Präsident Mitterrand rätselten darüber, was die Russen wirklich im Schilde führten. Warum war Moskau nicht eingeschritten, um die deutsche Vereinigung schon Monate vor dem Ingangkommen jener schwer kontrollierbaren Entwicklung im Keime zu ersticken? Briten und Franzosen in Regierungstellung hatten Alpträume, und Jacques Attali soll einmal erklärt haben, er liesse sich auf den Mars schiessen, um dort zu leben, falls es zur Wiedervereinigung komme.

Es lag sehr wohl im westlichen Interesse, eine einheitliche Front zu bewahren, um Moskau zum Einlenken in der deutschen Frage zu bringen, so, dass die Russen dem Beitritt der DDR auch zur Nato zustimmen konnten. Die Allianz hatte unmissverständlich klargemacht, dass die kollektive Sicherheitsgarantie sich auch auf Ostdeutschland erstrecken werde und das Versprechen einer Nichtstationierung von Nato-Truppen sich nur auf eine Übergangszeit beziehe. Die uneingeschränkte Souveränität Deutschlands und das Erlöschen der Rechte der vier Siegermächte waren die Ziele. Revisionisten, die behaupten, dem Kreml sei damals etwas anderes versprochen worden, haben unrecht.

Vergleiche zwischen Unvergleichbarem mögen reizvoll sein. War die Sowjetführung unter Breschnjew vertrauenswürdiger, als es heute Irans Präsident Achmadinedschad oder der selbende Kim Jong Il in Nordkorea sind? Das nun von Präsident Obama beschlossene Eingehen auf die Verhandlungsofferte Teherans und die Wiederaufnahme der Sechser-Gespräche mit Pjöngjang sind Indizien, dass der Westen immer noch nicht richtig weiss, wie er das Problem der nuklearen Proliferation angehen soll.

Traditionalisten sehen die weltweite Waffenkontrolle auf der Kippe. Im nächsten Frühling sollen die Unterzeichnerstaaten des Vertrags zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) zusammenkommen, um zu «retten, was zu retten ist». Dieser Vertrag hatte eine Bremsfunktion, die Weiterverbreitung hat er nicht verhindert. Auch Amerikaner und Russen haben ihre bilateralen Abrüstungsverträge stets mit Friedens- und Stabilisierungsrhetorik angepriesen. Trotzdem haben sie ihre Waffenarsenale stets weiterentwickelt, und zwar so, dass sie bei allen zahlenmässigen Reduktionen ihre Wirkungskraft eher steigerten. Auch hier kein Grund, sich den Kalten Krieg zurückzuwünschen.



Hansrudolf Kamer

Dr. phil., Experte für internationale Sicherheitspolitik. Ehemals Korrespondent in Stockholm, Jerusalem, Moskau und Washington sowie Auslandchef und stellvertretender Chefredaktor der NZZ.

«Ich hatte keine Wahl – ich würde es wieder tun»

Von Alex Baur — Margrit Zopfi und Esther Wyler stehen vor Gericht, weil sie die Misswirtschaft beim Zürcher Sozialamt publik machten. Sie bestreiten nicht, das Amtsgeheimnis verletzt zu haben – und verlangen dennoch einen Freispruch. Die Zeit hat den beiden Frauen längst recht gegeben.



Hartnäckige Kritikerinnen: Margrit Zopfi, Esther Wyler.

Kürzlich hat das Zürcher Verwaltungsgericht die Asylorganisation Zürich (AOZ) wegen einer illegalen Kündigung zur Zahlung von 28 500 Franken Schadenersatz an einen ehemaligen Mitarbeiter und zur Übernahme der Gerichtskosten verknurrt. Der 58-jährige Mann, nennen wir ihn Max Kander, hatte im April 2007 seine oberste Chefin, die damalige Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker (GP), schriftlich auf gravierende Missstände bei der AOZ hingewiesen. Unter anderem ging es um einen wegen Betrugs einschlägig vorbestraften Vorgesetzten, der in Deutschland erneut zur Verhaftung ausgeschrieben war. Doch statt den Vorwürfen auf den Grund zu gehen, leitete Stocker das vertrauliche Schreiben an die Vorgesetzten des aufmüpfigen Mitarbeiters weiter. Kander wurde in der Folge fristlos entlassen – obwohl (oder gerade weil) sich seine Vorwürfe als zutreffend erwiesen.

Zwei Jahre nach der missbräuchlichen Entlassung hat Max Kander vor Gericht nun zwar recht bekommen. Nur nützt das nicht mehr viel: Niemand wird ihm seinen Job zurückgeben, niemand wurde für die missbräuchliche Entlassung zur Verantwortung gezogen, den Schaden übernimmt der Steuerzahler. Der Fall Kander ist damit eine Warnung an kritische Mitarbeiter und zeigt, wie in der Ära Stocker beim Zürcher Sozialamt mit Kritik umgegangen wurde: Interne Missstände sind zu ignorieren – wer sich nicht an diese Regel hält, riskiert seinen Job.

Margrit Zopfi, die als Controllerin die Sozialhilfedossiers überprüfte, wusste das. Sie reklamierte trotzdem, zuerst in ihrem Amt, und als es nichts nützte, ging sie an die Öffentlichkeit. Auch ihr Engagement endete mit einer fristlosen Entlassung und einer Anklage wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses. Diese Woche steht sie zusammen mit ihrer Kollegin Esther

Wyler in Zürich vor Gericht. Zur Debatte steht eine bedingte Strafe wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses.

Im Zuge einer Recherche über die Zustände im Zürcher Sozialamt kam dem Schreibenden Anfang 2007 der Name von Margrit Zopfi zu Ohren. Die Controllerin galt als hartnäckige Kritikerin in Monika Stockers Reich. Was Zopfi in einem Hintergrundgespräch unter vier Augen über ihren Alltag berichtete, übertraf alle Befürchtungen. Nur war mit der anonymen Aussage einer Insiderin journalistisch nicht viel anzufangen.

Nach anfänglichem Zögern übergab Margrit Zopfi der *Weltwoche* einen kleinen Stapel von anonymisierten Protokollen, die sie in Bearbeitung hatte und die einen ungeschminkten Einblick in den Fürsorgealltag gewährten. An sich waren es unspektakuläre Dutzendfälle, doch sie zeugten von einem erschreckend lockeren Umgang mit Steuergeldern.

Frau Zaki braucht ein Dienstmädchen

Die Fallbeispiele zeigten vor allem auf, dass gerade Immigranten von der Fürsorge unter dem Strich und unter Berücksichtigung aller Extras (von der Steuerbefreiung bis zum Zahnarzt) oft viel mehr Geld erhalten, als sie mit Arbeit vernünftigerweise verdienen würden. Budgets von 6000 Franken netto im Monat für eine vierköpfige Familie sind nichts Aussergewöhnliches. Mit den grosszügigen Sozialrenten steigen die Ansprüche ins Absurde, Kontrollen gibt es kaum, Hinweise auf Missbräuche – teure Autos oder Liegenschaften im Ausland – werden systematisch ignoriert.

Der Bericht unter dem Titel «Frau Zaki braucht ein Dienstmädchen» schlug im Sozialarbeitermilieu ein wie eine Bombe, wurde aber von den anderen Medien weitgehend ignoriert. Monika Stocker reagierte mit einer Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung und verhängte eine Informationssperre gegenüber der *Weltwoche*. Darüber hinaus lancierte sie zusammen mit Walter Schmid von der Dachorganisation Skos via Schweizer Fernsehen eine «Gegenkampagne».

Stocker und Schmid vermieden es allerdings, auf die Vorwürfe der *Weltwoche* einzugehen, die mit neuen Fallbeispielen nachzog. Das Ablenkungsmanöver war anfänglich ein voller Erfolg. Anstelle des «Gebrauchs» eines üppigen Angebotes, den die *Weltwoche* im Visier hatte, wurde der «Missbrauch» in den Mittelpunkt gerückt. Statt über das System «debat-

tierte» man in zwei Sendungen des «Clubs» über hypothetische Dunkelziffern. Und am Schluss waren sich eigentlich alle einig, dass es ein paar «schwarze Schafe» halt immer und überall gebe und dass man das Thema natürlich trotzdem ernst nehme.

Dabei wäre es wohl geblieben, wäre im Mai nicht der «BMW-Skandal» explodiert: Die *Weltwoche* berichtete über eine Fürsorgebezügerin aus Tunesien, die sich während Jahren Luxuskarossen im Wert von bis zu 100 000 Franken geleistet hatte. Die Zürcher Stadtpolizei hatte Monika Stocker persönlich mehrfach über den verschwenderischen Lebenswandel der Tunesierin orientiert, doch die Sozialvorsteherin ignorierte die Rapporte. Gehandelt wurde erst, nachdem die *Weltwoche* den Skandal publik gemacht hatte: Statt unverzüglich Strafanzeige einzureichen, informierte man die Frau über die Polizeirapporte.

Eine Kaderfrau aus Stockers Entourage

Die Akten zum BMW-Fall stammten nicht von Margrit Zopfi, sondern von Esther Wyler – einer Kadermitarbeiterin aus der (politischen) Entourage von Monika Stocker. Wyler, die wie Zopfi seit über einem Jahrzehnt beim Sozialamt arbeitete und sich zeitweise ebenfalls mit dem Controlling befasste, war mit den lockeren Sitten im Amt bestens vertraut. Sie konnte die empörten Dementis des Sozialamtes auf die *Weltwoche*-Berichte schlicht nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren.

Als Monika Stocker auch noch den BMW-Fall zu vertuschen versuchte, brachen die Dämme. Esther Wyler übergab der *Weltwoche* in der Folge mehrere Falldossiers mit handfesten Hinweisen auf Betrügereien, die nun nicht mehr anonymisiert waren. Einige Fälle waren dem Schreibenden von Dritten zugetragen worden, andere hatte Wyler selber im Amt entdeckt. Erst jetzt rückte das Thema Betrug im engeren Sinn – und der fehlende (politische) Wille, diesen zu bekämpfen – in den Mittelpunkt der *Weltwoche*-Berichte.

Margrit Zopfi und Esther Wyler waren sich bewusst, dass der Verdacht früher oder später auf sie fallen musste. Amtsintern waren die beiden Frauen wegen ihrer kritischen Haltung schon lange aufgefallen. Auf die Verdachtsmeldung einer Kollegin hin wurden die beiden im Oktober 2007 verhaftet und freigestellt. Konkrete Beweise hatte die Polizei bis dahin keine, erst die Hausdurchsuchung brachte verdächtige Unterlagen zutage.

In der Sache ist die Anklage der Staatsanwaltschaft unbestritten. Und trotzdem verlangen die beiden Frauen einen Freispruch. Was die anonymisierten Fallbeispiele anbelangt, stellt sich die Frage, ob überhaupt ein Delikt vorliegt. Schliesslich schützt das Amtsgeheimnis nicht Missstände in einem Amt, sondern die Privatsphäre des Bürgers. Und diese blieb durch die Anonymisierung der persönlichen

Daten gewahrt. Keiner der betroffenen Fürsorgebezüger – die meisten von ihnen haben die Berichte kaum zur Kenntnis genommen – meldete irgendeinen Schaden an.

Etwas anders liegen die Dinge bei den nicht mehr eingeschwärzten Akten von Esther Wyler zu den Betrugsfällen. Hier macht die Verteidigung einen «übergesetzlichen Rechtfertigungsgrund» geltend, der den Gesetzesverstoss zur Bürgerpflicht macht. Von Gesetzes wegen waren die beiden Controllerinnen verpflichtet, Missstände aufzudecken und zu melden. Das war ihre Hauptaufgabe. Doch an wen sollten sie sich wenden – wo sie doch genau wussten, dass ihre Vorgesetzten weder willens noch in der Lage waren, Missbräuche zu bekämpfen?

Der weitere Verlauf der Affäre hat Margrit Zopfi und Esther Wyler recht gegeben. Die bei-



BMW-Skandal: Luxus für Fürsorgebezüger.

den Frauen hatten grosse Erwartungen in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Zürcher Gemeinderates gesetzt, welche die Misswirtschaft bei Stockers Sozialdepartement im Sommer 2007 aufarbeiten sollte. Die Hoffnungen zerschlugen sich im Januar 2008, als die GPK ihren Gefälligkeitsbericht veröffentlichte, den das Sozialamt zum Teil selber verfasst hatte und der wesentliche Kritikpunkte ausklammerte. Die eigentlichen Betrugsfälle wurden von der GPK schlicht übergangen.

Wenig später doppelte die Stadtregierung mit der «Blitzexpertise Arbenz» nach, gemäss der die Fürsorgefälle «zu 99,9 Prozent korrekt» abgewickelt würden. Die beiden Pseudountersuchungen zeigen das kafkaeske Dilemma, in dem die Controllerinnen steckten: An welche Amtsstelle sie ihre Kritik auch gerichtet hätten – sie hatten keine Chance gegen das System, das im Zentrum ihrer Kritik stand. Die Öffentlich-

keit war der einzige Ausweg. Doch die Debatte, die Zopfi und Wyler auslösten, kann keiner mehr rückgängig machen. Wenn heute offener über die Tabus der Sozialhilfe – Ausländer, falsche Anreize, Kosten – debattiert wird, so ist dies zu einem guten Teil ihr Verdienst. Die Zeit hat den beiden recht gegeben. Eine Untersuchung der Universität St. Gallen hat die eklatanten Mängel beim Controlling in Zürich bestätigt. In Bern förderte eine unabhängige Untersuchung eine Missbrauchsquote bei der Fürsorge von bis zu 30 Prozent zutage. Monika Stocker und in der Zwischenzeit auch Rosann Waldvogel, die Chefin der Sozialen Dienste, mussten demissionieren. Die Erfolge der neu eingestellten Sozialdetektive übertreffen alle Erwartungen, die Sozialen Dienste wurden personell aufgestockt, die Sozialbehörde soll



Missstand im Sozialamt: Monika Stocker.

neu organisiert werden. Die Fürsorgequote der Stadt Zürich sank im Vorjahr (trotz Krise) von 4,3 auf 3,8 Prozent, die Ausgaben sanken um 2 Millionen Franken. Dank der Indiskretionen von Zopfi und Wyler wurden in mehreren Fällen Zahlungen eingestellt und Strafverfahren eröffnet, die noch pendent sind.

Für die Stadt Zürich hat sich das Engagement der beiden Frauen allemal gelohnt. Doch wie sieht es für die Betroffenen aus? Die beiden Controllerinnen traten gegen einen übermächtigen Gegner an, Margrit Zopfi und Esther Wyler waren zeitweise in ihrer Existenz bedroht. Nach bald zwei Jahren der Ungewissheit ist das Schlimmste überstanden. Beide haben wieder eine Stelle gefunden. Doch es hätte auch anders kommen können. Trotzdem stellt sich für sie die Sinnfrage nicht. «Wir konnten gar nicht anders handeln», sagt Esther Wyler im Rückblick, «ich würde es wieder tun.» ○

Schrecken der Gentechnik

Von Alex Reichmuth — In Deutschland darf kein genveränderter Mais mehr angebaut werden. Forscher haben das Verbot unter die Lupe genommen. Das Ergebnis ist wenig schmeichelhaft für die Politik.



«Einzelstudien selektiert»: Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner.

«Meine Entscheidung ist entgegen anderslautenden Behauptungen keine politische Entscheidung, es ist eine fachliche Entscheidung.» So verteidigte die deutsche Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner im April das Verbot des gentechnisch veränderten Bt-Maises Mon 810. Als Grund für das Verbot führte die Politikerin an, die vom amerikanischen Saatgutkonzern Monsanto entwickelte Maissorte stelle gemäss aktuellen Forschungsergebnissen eine Gefahr für die Umwelt dar. Bei diesen Resultaten handelt es sich tatsächlich um solche neueren Datums: In einer Studie wurde beobachtet, dass Köcherfliegen-Larven langsamer wachsen und Wasserflöhe eher sterben, wenn sie im Labor mit Bt-Mais gefüttert werden. In einer anderen Studie zeigten Marienkäfer-Larven eine erhöhte Sterblichkeit, wenn sie sich mit den vom Genmais produzierten Bt-Toxinen ernährten. Für das deutsche Landwirtschaftsministerium war das Beweis genug, dass diese Maissorte mit ihrem Protein nicht nur wie beabsichtigt dem Schädling Maiszünsler den Garaus macht, sondern auch anderen Tieren und Organismen gefährlich werden kann.

Gleich nach dem Verbot folgte heftige Kritik aus wissenschaftlichen Kreisen. «Die Entscheidung von Frau Aigner ist aus wissenschaftlicher Sicht absolut ungerechtfertigt», meinte etwa Hans-Jörg Jacobsen, Pflanzenexperte an

der Universität Hannover. Und Rudi Balling, Präsident des Verbandes Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland, fand, aus den Ergebnissen der angeführten Studien könnten keineswegs Gefährdungspotenziale abgeleitet werden: «Diese neuen Versuchsansätze sind aus meiner Sicht nicht sehr realitätsnah und wenig dazu geeignet, Aussagen über Umweltrisiken im Freiland zu machen.»

Die Arbeit einer französischen Forschergruppe bringt nun die Behauptung Aigners, das Genmais-Verbot sei wissenschaftlich gut begründet, völlig zum Einsturz. Publiziert wurde sie vor kurzem in der renommierten Wissenschaftszeitschrift *Transgenic Research*. Angeregt durch das deutsche Verbot, sichteteten die Forscher systematisch die seit 1996 publizierte wissenschaftliche Literatur zu den Auswirkungen von Bt-Mais und legten dabei besonderes Augenmerk auf die seit 2008 veröffentlichten 41 Studien zu diesem Thema. Sie kommen zum Schluss, dass die beiden von Deutschland für das Verbot massgeblich angeführten Studien die einzigen sind, die einen Effekt auf andere Organismen als den Schädling zeigen. Dazu seien die Beeinträchtigungen auch in diesen zwei Studien nicht durchgängig beobachtet worden. Es gebe in keiner der seit 1996 publizierten fast 400 Arbeiten zu Bt-Mais einen klaren Hinweis auf eine unbeab-

sichtigte Schädigung von Organismen. Die von den deutschen Behörden berücksichtigte Literatur sei dazu unvollständig.

Marcel Kuntz, Forschungsdirektor am Nationalen Forschungszentrum in Grenoble und Co-Autor der in *Transgenic Research* erschienenen Arbeit, stellt in einem Interview dem deutschen Landwirtschaftsministerium ein miserables Zeugnis aus. Die Begründung für das Genmais-Verbot sei unausgewogen und zeuge von einem geringen Respekt gegenüber wissenschaftlichen Fakten. «Die deutschen Behörden haben für ihre These Einzelstudien selektiert, die ihrer Argumentation dienlich waren. Hätten sie das gesamte verfügbare Wissen berücksichtigt, müssten sie zu einem anderen Ergebnis kommen.»

Wissenschaftliches Rosinenpicken

Kuntz' Vorwurf ist also der des wissenschaftlichen Rosinenpickens: Man geht mit einer vorgefassten Meinung an die Arbeit (Bt-Mais ist schädlich) und sucht sich aus der breiten Palette wissenschaftlicher Forschung diejenigen Resultate heraus, die den eigenen Standpunkt stützen. Alle anderen lässt man aussen vor. Kuntz richtet diese Kritik auch an die französischen Behörden, die den gleichen Bt-Mais bereits 2008 verboten haben.

Das deutsche Landwirtschaftsministerium lässt sich nicht auf Diskussionen über wissenschaftliche Redlichkeit ein. Man beurteile das Umweltrisiko des Bt-Maises eben anders als die französischen Wissenschaftler, schreibt das Ministerium auf Anfrage. Doch selbst wenn Genmais tatsächlich die Entwicklung von gewissen Tieren und Organismen schädigt, ist ein Verbot keinesfalls zwingend: Vergessen geht oft, dass Landwirtschaft immer einen massiven Eingriff in die Natur darstellt und die Artenvielfalt beeinträchtigt. Bei Gentechpflanzen wird dies im Gegensatz zu konventionellen Pflanzen aber meist als unannehmbar hingestellt. Vergessen geht, dass bei genverändertem Mais deutlich weniger Insektizid eingesetzt werden muss als bei herkömmlichem Mais. Die französischen Forscher betonen, dass Bt-Mais geringere Auswirkungen auf die Umwelt hat als eine Insektizidbehandlung.

Die Schweiz kann von diesem Vorteil nicht profitieren: Mit dem fünfjährigen Moratorium für den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bleibt auch Mon 810 vorderhand verboten. Das Verbot soll gemäss Bundesrat um weitere drei Jahre verlängert werden, bis 2013.

In Deutschland sind die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen Gentechnik in der Landwirtschaft eher noch grösser als in der Schweiz. Gemäss einer Umfrage im Hinblick auf die Bundestagswahlen im September sprechen sich 76 Prozent aller Kandidaten für einen vollständigen Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft aus. ○



GELD DRUCKEN?

50%

WENIGER DRUCKKOSTEN

**MIT DEM
HP OFFICEJET PRO**

GEGENÜBER LASERDRUCKERN.

Die neuen HP Officejet Pros liefern professionelle Farbdrucke für bis zu **50% geringere Kosten pro Seite** und **50% weniger Energie** verglichen mit Laserdruckern.

Mehr dazu unter hp.com/ch/printmoney

hit **PRINT**
AFFORDABLY



Stalins Statthalter

Von Christoph Mörgeli

Buchhändler, Kommunist, Querdenker». So der Titel der aufwendigen Ausstellung über Theo Pinkus (1909–1991) in der Zentralbibliothek Zürich. Die bühnendeutsche Pinkus-Laudatio obliegt Alt-Stadtpräsident Josef Estermann. Die zugehörigen sechsteiligen Pinkus-Abende bezahlt das Präsidialamt der Stadt Zürich. Über Vergangenes, Bleibendes, Utopisches bei Pinkus diskutiert der Alt-Marxist Jakob Tanner. Und ein Berliner Alt-Professor namens Altvater plaudert in seiner Pinkus-Gedenkstunde über eine «solidarische Ökonomie» als Chance in der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Nun würde es sich gewiss lohnen, über den verbohrteten Stalinisten Theo Pinkus nachzudenken. Ein politischer Irrläufer seines Kalibers verdiente es, der Nachwelt als Beispiel zu dienen – wenn auch als schlechtes. Aufgewachsen in einer Villa am Zürichberg, schmiss Pinkus das Privatschulhaus und wurde Kommunist. Der konkursite Vater entflohen den Gläubigern nach Albanien mit dem Ausruf: «Vive la révolution!» Die Ladengeschäfte in Berlin behandelte der junge Pinkus nach dem Grundsatz: «Was trennt uns von den guten Sachen? Die Fensterscheiben.»

Nach der Rückkehr wurde Pinkus «ergebnisches Mitglied» der Kommunistischen Partei der Schweiz. Er verteidigte die Moskauer Schauprozesse ebenso fanatisch wie den Hitler-Stalin-Pakt samt Überfall auf Polen und den sowjetischen Einmarsch in Finnland. Mittlerweile PdA-Aktivist, befürwortete Pinkus die antisemitischen Slansky-Prozesse, die erfolgten Selbstanklagen, die Todesurteile, die Millionen Umgebrachten. 1953 hielt er im Zürcher Volkshaus eine Gedenkrede auf Stalin. Hinter dem Ungarnaufstand von 1956 mit Tausenden von Toten witterte er «antikommunistische Kräfte». Den Bau der Berliner Mauer fand Pinkus 1961 gut, ihre Beseitigung fand er 1989 schlecht. Seine Kinder genossen eine «kommunistische Erziehung» mit DDR-Kinderliteratur. Später durften sie Militärdienst leisten, denn die Eltern meinten: «Den Klassenkampf können wir schlussendlich nicht gewaltfrei führen.»

Es gehört zu den unfassbaren Realitäten, dass es hierzulande problemlos gelingt, einen Anhänger des totalitären Terrors mit öffentlichen Geldern zu preisen. Wer Ausstellungen für den Stalin-Nachbeter Theo Pinkus veranstaltet, könnte genauso gut den Hitler-Nachbeter Wilhelm Gustloff abfeiern.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Der fortlaufende Erfolg

Von Peter Bodenmann — Die nutzlose Schweizer Armee müsste sich auf Waldbrände, Pandemien und Stromausfälle vorbereiten.



Nischen besetzen: junge Soldaten.

Die bessere Hälfte der Jugend sind Frauen. Kein Prozent von ihnen leistet Militärdienst. Gut ein Drittel der jungen Männer sind Ausländer. Sie dürfen beim Militär nicht mitmachen. Von der verbleibenden Minderheit der Schweizer Männer ist mehr als ein Drittel untauglich. Von 100 Jugendlichen müssen nur 20 Prozent Dienst leisten. Und von diesen 20 Prozent haben immer mehr die Nase gestrichen voll von der angeblich besten Armee der Welt. Sie sind bereit, statt 300 Tage Militärdienst 450 lange Tage Zivildienst zu leisten.

Helikopter gegen Katastrophen

Wenn gute Mitarbeiter davonlaufen, stellen sich Manager die Frage: Was machen wir falsch? Anders Ueli Maurer und André Blattmann. Sie jammern im parastaatlichen Fernsehen über Unteroffiziere, die lieber Rollstühle statt Sonntagswachen schieben. Sie wollen deshalb wieder bürokratische Gewissensprüfungen einführen. Nach dem bewährten Motto: Mehr Staat und weniger Freiheit.

Die SVP versprach uns während der letzten 15 Jahre die Wiederauferstehung der Réduit-Armee zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Jetzt will Ueli Maurer Panzerbrigaden verschrotten und die schwere Artillerie weitgehend stilllegen. Und für Hans-Ueli Ernst, für die einstige graue Eminenz des EMD, sind selbst «neue Kampfflugzeuge gar nicht nötig». Genauso wie Schweizer Süsswassermatrosen vor Somalia.

Die Armee hat keine Funktion mehr, obwohl sie immer noch – richtig berechnet – Staat und Wirtschaft acht Milliarden Franken im Jahr kostet. Das VBS ist nicht einmal in der Lage, Nischen zu besetzen.

Nische 1: Die Schweiz wird in den nächsten zwei Jahrzehnten – wie zurzeit Kalifornien – von grossen Waldbränden heimgesucht werden. Entscheidend im Kampf gegen Waldbrände sind leistungsfähige Helikopter wie der russische Mi-26, der jüngst Bertarellis «Alinghi» von Bouveret nach Genua flog.

Nische 2: Der Bundesrat liess den Schweizer Impfstoff-Produzenten Berna ausbluten. Bei der ersten ernstzunehmenden Pandemie kann die Schweiz keine eigenen Impfstoffe fristgerecht herstellen. Entsprechende Eierbatterien könnte man im weltweit renommierten militärischen Labor Spiez einrichten.

Nische 3: Im Katastrophenfall braucht es neben Helikoptern und weiter funktionierenden Mobilfunknetzen dezentrale Stromproduktion in jedem Dorf und jedem Weiler. Die Lösung: VW-Golf-Motoren in den Kellern aller Schul- und Gemeindehäuser, installiert vom VBS.

Die Schweiz ist eine lebendige direkte Demokratie. Die Jugend entscheidet mit den Füssen. Wer keine Projekte hat, den bestraft der fortlaufende Erfolg.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

«High Noon» im Studio

Von Kurt W. Zimmermann — TV-Duelle können Wahlen entscheiden. Nur die Schweizer lassen den Colt im Halfter.

Die Premiere, vor knapp fünfzig Jahren, war zugleich der legendäre Höhepunkt des Genres. Am 26. September 1960 stieg im CBS-Studio das erste Fernsehduell der Medien-geschichte. 66 Millionen schauten zu.

Senator John F. Kennedy trat gegen Vizepräsident Richard Nixon an. Nixon war bleich und auffallend schlecht rasiert. Sein grauer Anzug hob sich im Schwarzweiss-TV kaum vom Hintergrund ab. Kennedy war perfekt sonnengebräunt. Er trug ein dunkles Jackett und schaute unverwandt in die Kamera. Er gewann die TV-Debatte haushoch und danach hauchdünn die Wahl.

Seit diesen ersten *presidential debates* ist das Duell das Standardformat für die grosse Live-Politshow. Mahmud Achmadinedschad tritt im iranischen Fernsehen genauso gegen Widersacher Hussein Mussawi an wie Australiens Premier John Howard gegen Nachfolger Kevin Rudd.

Das Streitgespräch spiegelt die Stärke des Mediums wie kein anderes Format. Es ist ritualisiert, hautnah und intim. Ein Pickel im Gesicht kann Wahlniederlage, eine Pointe an der richtigen Stelle die Präsidentschaft bedeuten. Fernsehduelle sind die Königsdisziplin im politischen TV-Journalismus. Sie sind die einzige Form von politischem Journalismus, die Wahlen direkt entscheiden können. Zeitungen und Zeitschriften können das nicht. Das beste neuere Beispiel ist Polens Staatschef Donald Tusk. Er war ein blasser Oppositionspolitiker, bis er 2007 im TV-Duell gegen Präsident Jaroslaw Kaczynski unerwartet zu grandioser Rhetorik aufstieg. Überraschend deutlich gewann Tusk dann auch die Wahl.

Der Grund für die Brisanz des Zweikampfs liegt in seiner Breitenwirkung. Schon Tage zuvor heizen die Medien den kommenden Showdown an. Hinterher wird er tagelang analysiert. Umfragen ermitteln Sieger und Verlierer. Auch wer nicht zuschaut, weiss genau, wer besser und wer schlechter war.

Das wurde 2007 der Sozialistin Ségolène Royal zum Verhängnis. Sie ging mit geballter Aggression auf den Choleriker Nicolas Sarkozy los, doch der blieb wider Erwarten eiskalt. Zum Schluss verzieh er ihr gar generös, dass sie ihre Redezeit weit überzogen hatte – und Royal war tot.

Als sich am letzten Sonntag Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier gegenüberstanden, wussten sie genau um diese fatalen Fallstricke und blieben darum extrem vorsichtig. Die Journalisten fanden das langweilig. Die



Königsdisziplin: Merkel vs. Steinmeier.

Kenner des Genres goutierten es als taktischen Leckerbissen.

In der Schweiz stiegen die grossen Duelle in den neunziger Jahren in der «Arena». Die höchste Einschaltquote, mit 46,9 Prozent, erreichte 1995 der emotionale Streit zwischen David de Pury und Christoph Blocher zum Thema EU-Beitritt. Unvergessen bleibt auch die «Arena» zur Alpeninitiative, als 1994 der Urner Landammann Hansruedi Stadler Bundesrat Adolf Ogi demonstrierte.

Dann zogen frustrierte Politiker gemeinsam mit der ängstlichen TV-Spitze der Sendung die Zähne. Die «Arena» wandelte sich vom aggressiven Duell zum gruppenspezifischen Debatteklub. Nur einmal noch kam «High Noon» auf. Als sich 2008 Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und der beleidigte Vorgänger Blocher über die Einbürgerung stritten, schauten 810 000 zu, der Rekord aller Zeiten.

Wie flau das Schweizer TV-Duell geworden ist, zeigte sich auch vor den Bundesratswahlen. Die FDP-Kandidaten mieden die «Arena», und Parteipräsident Fulvio Pelli begründete den Verzicht damit, das Fernsehen habe heimlich ein «Streitgespräch» geplant.

Das sagte «Arena»-Moderator Reto Brennwald doch tatsächlich vor laufender Kamera: «Herr Pelli, wir hätten kein Streitgespräch organisiert.» Die richtige Antwort wäre gewesen: «Herr Pelli, natürlich haben wir ein Streitgespräch organisiert – was denn sonst?»

«Boycott» im Sandkasten

Von Peter Keller

Die grossen menschlichen Tragödien passen auch in einen kleinen Sandkasten. Die Kinderchen streiten sich um einen Bagger (Macht und Besitz); weinen, weil ein Spielgefährte die grössere Schaufel hat (Neid); sie schmolten (verletzte Ehre); schliessen Kameraden aus (Liebesentzug) oder tragen ihren Konflikt mit Händchen, Füsschen und anderen Hilfsmittelchen aus (Gewalt).

Auch in der Weltpolitik spielen sich Dramen ab. Nur die beteiligten Kinder und der Sandkasten sind etwas grösser. Dass der Wüstensohn Muammar Gaddafi in diesem Sandkasten über einen gewissen Heimvorteil verfügt, hätte unser Appenzellersohn Hans-Rudolf Merz wissen können. Zu spät: Gaddafi schmolzt (verletzte Ehre) und drischt mit der grösseren Schaufel und den kleineren Hemmungen auf unseren Bundespräsidenten ein. Denn im Sandkasten rächt der grössere Bruder den kleineren. Weil die Genfer Kantonspolizei Gaddafis Sohn Hannibal verhaften liess (wegen Verdachts auf Misshandlung seines Dienstpersonals), bestraft nun Libyen die Schweiz mit Liebes- und Milliardenentzug: Gaddafi räumte seine Genfer Bankkonten und setzte zwei Schweizer Geschäftsleute fest.

Das Grundgesetz des Sandkastens lautet: Wie du mir, so ich dir. Libyen hat das Glück, dass unter seinen Wüsten Öl liegt. Sogar ziemlich viel. Darum verkauft Gaddafi sein Öl auswärts. Zum Beispiel über die rund 330 Schweizer Tamoil-Tankstellen, die dem libyschen Staat gehören. Weil Gaddafi den Öl-Hahn für die Schweiz zugekehrt hat, verkauft Tamoil jetzt nichtlibysches Benzin.

Der Sandkastenkonflikt geht in die nächste Runde. Am Wochenende marschierte die Junge SVP Luzern mit Plakaten vor Gaddafis Tankstellen auf: «Achtung! Hier können Sie nur libyschen Most tanken! Boykottieren Sie Tamoil!» Womit wieder einmal der Engländer Charles C. Boycott zu zweifelhafter Ehre kam. Boycott behandelte Ende des 19. Jahrhunderts seine irischen Pächter so schlecht, dass sie jede wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Gutsverwalter verweigerten. Mit Erfolg. Nun steht sein Nachname als internationales Synonym für friedlich organisierten wirtschaftlichen Widerstand. Das Gute daran ist: Auch im Arabischen heisst «Boycott» Boycott. So können sich Gaddafi und die Junge SVP wenigstens in dieser Frage verständigen.

Im Internet

www.weltwoche.ch/wortkontrolle

«Auf die verwendeten Brandsätze folgten in der Geschichte oft auch Brandbomben.» *Stefan Padberg*



Die grösste Zuwanderung seit 1921: Weltwoche-Titelbild der letzten Woche.

Um die Sachfrage geht es nicht

Nr. 37 – «Grenzen des Wachstums»; Andreas Kunz und Markus Somm über das Bevölkerungswachstum in der Schweiz

Viele der Aussagen des Artikels lassen sich entweder durch die Migrationsforschung gänzlich widerlegen oder zumindest sehr ernsthaft in Frage stellen. Doch um die Sachfrage scheint es Ihnen auch nicht zu gehen. Sie verwenden das Bild vom vollen Boot und vom Volk ohne Raum. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die hi-

storischen und aktuellen Kontexte bekannt sind, von denen diese Bilder stammen bzw. in denen sie verwendet werden. Mithin kann es also ausschliesslich um Meinungsmache gehen. Dass Sie dazu in Bild und Wort Brandsätze verwenden – auf die in der Geschichte oft auch Brandbomben folgten –, bestürzt und empört mich zutiefst. *Stefan Padberg, Zürich*

Wo Schweiz draufsteht, muss auch Schweiz drin sein. Nachdem der Bundesrat die Definition der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) übernehmen will, nämlich dass überall mindestens 80 Prozent «Schweiz» drin sein muss, müssen sich Bundesrat und Parlament dann schon fragen, was mit dem Kreuz auf dem Schweizer Pass und der Schweizer Fahne passieren soll. Seit 2000 beträgt der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung über 20 Prozent. Heute sind es 22 Prozent (ohne Sans-Papiers und Asylanten). Die SKS nennt die Nichterfüllung dieser Regel den «Schweizer-Kreuz-Bschiss». Da ein neuer Pass ansteht, ist noch Zeit zu reagieren. Da wird es im Bundeshaus ein Dilemma geben.

Erwin Sigrist, Stans

Von der einen in die andere Abhängigkeit

Nr. 37 – «Missbrauch auf höchster Stufe»; Carmen Gasser über Entwicklungshilfe

Blicken wir zurück in die Vergangenheit auf die beiden EU-Gründungsväter François Mit-

terrand und Helmut Kohl. Grösser, stärker, besser und sicherer sollte das neue vereinte Europa werden. Die Bilanz heute ist ein Fiasco. Deutschland muss mit Hartz IV drakonische Massnahmen anwenden, während Länder wie Bulgarien und Rumänien vollwertige EU-Mitglieder wurden. Von der lächerlichen Wahl der Elena Basescu ganz abgesehen, ist auch in Österreich die EU-Euphorie längst verfliegen. Als die Idee eines vereinten Europas geboren wurde, hing der gesamte Ostblock noch an der Brust der Sowjetunion. Heute ist die EU für den Osten – mit Ausnahme von Russland – lediglich ein Wechsel von der einen in die andere Abhängigkeit. Sicher ist nur die Tatsache, dass Brüssel den Osten als fanatische EU-Anhängerschaft für sämtliche Wahlen dringend nötig hat. Ein Fanatismus, der, berücksichtigt man die dorthin verschobenen Arbeitsplätze und Entwicklungsmilliarden, äusserst verständlich ist.

Frédéric-Marc Flühmann, Dübendorf

Die SVP hat keine Argumente

Nr. 37 – «Völkerwanderung»; Roger Köppels Editorial

Moderne Werbung muss sich auf das Nötigste beschränken, damit auch ein Autofahrer beim Durchfahren auf einen Blick das Wichtigste erkennt. Bei einer Volksabstimmung sowieso: Da reduziert sich alles auf ein Ja oder Nein – Argumente sind nicht gefragt. Für die SVP hat das im Ringen um die Zusatzfinanzierung der IV einen Vorteil: Sie hat keine Argumente. Denn auch wenn man die verschwindend wenigen Missetäter beim unrechtmässigen Bezug einer Rente ausfindig machen könnte, würde damit das Loch bei der IV nie gestopft. Darum bitte ich als (schuldlos erkrankter) IV-Rentner: Stimmen Sie mit Ja zur Zusatzfinanzierung. *Niklaus Schubert, Davos Dorf*

Roger Köppel und diverse Leserbriefschreiber haben recht: Die IV wird missbraucht. Allerdings datiert der Missbrauch seit Mitte der 1990er Jahre, als Unternehmen und Arbeitgeber Tausende von älteren Arbeitnehmern in die Frühpensionierung zwingen bzw. an die IV abschaukelten. Die Gewinne zu privatisieren und Verluste dem Staat und den Bürgern zu überlassen, hat nachgerade Tradition. Jetzt rufen die Brandstifter von damals «Fürio» und spielen sich als Feuerwehrleute und Retter auf. Déjà-vu? Das strukturelle jährliche Defizit der IV betrug vor der 5. Revision 1,7 Milliarden Franken. Jetzt, nach Leistungsabbau und Sparmassnahmen, sind es jährlich 1,4 Milliarden. Die IV-Bezüger leisten sehr wohl ihren Beitrag an die Sanierung. Umgekehrt liegen die drei grossen Kostentreiber – die demografische Entwicklung, der medizinische Fortschritt, die härtere Arbeitsumwelt – nicht im Kontrollbereich der Leistungsempfänger. Der vierte Kos-

BERGBAHNEN, SPA-WELLNESS INKLUSIVE!

DAS «GROSSE, STILLE LEUCHTEN»

im spätsommerlichen Engadin erleben.
Grosser SPA-POOL-BEAUTY & Therapie-Bereich –
Kinderclub – Tennis (kostenlos) – Wandern – Golf –
Reiten – Surfen – Biken ...

Zimmer/Frühstück ab CHF 140.– pro Person
Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 18. Oktober 2009

CP CRESTA PALACE
CELERINA HOTEL - SPA

Cresta Palace Hotel CH-7505 Celerina/St. Moritz
Tel. 081 836 56 56, Fax 081 836 56 57, www.crestapalace.ch
H.P.+ E. Herren

tentreiber, der Missbrauch durch IV-Bezüger, stellt mit geschätzten 60 bis 80 Millionen Franken pro Jahr einen geringen Anteil am Defizit dar, muss aber dennoch bekämpft werden. Deshalb darf nun auch auf der Einnahmenseite etwas unternommen werden. Die IV-Abgaben wurden – welch Zufall – seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr erhöht. Die befristete Zusatzfinanzierung sowie die Entkoppelung von der AHV mit der Schaffung eines IV-Ausgleichsfonds sind zum jetzigen Zeitpunkt absolut notwendige Schritte zur Stabilisierung der Ersten Säule. *Andreas Herren, Urdorf*

Auf der Suche nach Realität

Nr. 37 – «Personenkontrolle»; Urs Paul Engeler über Hans Ulrich Jost

Schon 1997 forderte Professor Hans Ulrich Jost im *Tages-Anzeiger*: «Die Schweiz muss sich auflösen.» Historiker Jost hat sich wenig bemüht, die Schweizer Geschichte möglichst objektiv zu betrachten. 1991 verschwand er nach Neapel, kehrte aber bald wieder braungebrannt ins verschmähnte «Vaterland» zurück. «Ein Aufklärer – gewissermassen ein sozialer <Controller> – auf der Suche nach Realität» sei er, wie damals berichtet wurde. Bei der Analyse seines Mirage-Absturzes mochte er sich aber nicht akribisch mit der Wahrheit auseinandersetzen. Diesem liege kein Piloten-, sondern Wartungsfehler zugrunde. Die Fakten sind jedoch eindeutig: Der Flugzeugwart hat vergessen, die Zusatztanks (2 mal 50 Liter) aufzufüllen. Das Fehlen dieser Treibstoffmenge konnte der Pilot jedoch auf der Entleerungsanzeige im Cockpit auf jeden Fall ab Triebwerkstart feststellen. In einem solchen Fall die Ursache nur an die Wartung abzuschieben, ist für jemand, der sich offensichtlich für unfehlbar hält, nicht untypisch.

Agnes Böhm, Oberrieden

Der Kluge friert im Zuge

Nr. 37 – «Ende der Gemütlichkeit»; Blake Alcott und Kai Michel über Sparlampen

Am 9. Sept. 2009 habe ich im *Boten der Urschweiz* von dieser rot-grünen NR-Kommission gelesen, die in diesem affigen vorausseilenden EU-Gehorsam, der in unseren Regierungskreisen so üblich ist, fordert, dass jetzt auch noch Halogenglühkörper verboten werden sollen – und

zwar früher als in der EU! Da bin ich am 9. und 10. September losgepilgert und habe mich entsprechend mit Glühbirnen eingedeckt, sodass ich in diesem Leben nie eine Energiesparbirne kaufen muss. Übrigens: Die Migros gebärdet sich am rot-grünsten. Die hat schon heute praktisch keine herkömmlichen Glühbirnen mehr im Angebot. Bei der «See-Gfröni» im Winter 1962/1963 war ich bei Escher-Wyss angestellt. Um Energie zu sparen, hat die Geschäftsleitung die Gangbeleuchtungen und die Lifte ausgeschaltet, aber keinen der fünf grossen Elektrogiessereiöfen. Gleichzeitig schaltete die SBB

weigere ich mich, sie einzusetzen. Ein erneuter hirnloser Ukas. *Hans-Rudolf Bänziger, Zürich*

Programmierte Skandale

Nr. 37 – «Schrecken ohne Ende»; Daniel Ammann über das Holenweger-Verfahren

Bundesanwalt Valentin Roschacher ist zurückgetreten. Bundesstaatsanwalt Thomas Wyser ist abgehauen. BKP-Chef Kurt Blöchliger wurde als Ramos-Geschädigter gefeuert. Ernst Roduner wurde gefeuert. Und jetzt erfahren wir dank der *Weltwoche*, dass der leitende Staatsanwalt des Kantons St. Gallen und Untersuchungsrichter Thomas Hansjakob die Ramos-Akten unterdrückt hat. Das Bundesstrafgericht prüft, ob ein Strafverfahren eingeleitet wird. Die nächsten Skandale sind programmiert.

Markus Grütter, Zürich

Untersuchungsrichter Thomas Hansjakob «hat seine guten Gründe, die Ramos-Akten nicht in die Verfahrensakten zu integrieren». Hansjakob hat die Akten unterdrückt und sich strafbar gemacht, um seine Kollegen Valentin Roschacher und Erwin Beyeler zu schützen. Roschacher schmuggelte Ramos in die Schweiz. Der jetzige Bundesanwalt Beyeler war damals Chef der Bundeskriminalpolizei und am Entscheid beteiligt. Wer hat in der Schweiz die Kraft, das Verfahren gegen den Bankier einzustellen und aus der Bananenrepublik wieder einen Rechtsstaat zu machen? *Hans Ulrich Meier, Zürich*

Korrigenda

Beim Artikel «Im Haifischteich» (*Weltwoche* Nr. 37/09) kam es zu einer unglücklichen Bildverwechslung. Auf Seite 39 zu sehen ist nicht, wie angeschrieben, der Filmproduzent Thierry Spicher, sondern dessen Cousin Philippe

Spicher. Wir entschuldigen uns bei den Betroffenen für diesen Lapsus.

Beim Artikel von Peter Hartmann über den Grasshopper Club Zürich («Grounding der Heuschrecken», *Weltwoche* Nr. 37/09) wurde irrtümlicherweise der erste Satz entfernt. Diesen reichen wir hier nach: «Immer, wenn der Klub mit den zwei Buchstaben in der Krise steckt, und das ist eine Art masochistischer Dauerzustand, wird GC als der notleidende «Nobelklub» vorgeführt.» *Die Redaktion*



«Wichtiger als der Wille zur Karriere ist der Wille zur richtigen Ausbildung.»

Isabelle Homberger Gut, lic. iur.,
dipl. Steuerexpertin,
Senior Manager, KPMG AG, Freiburg

Isabelle Homberger Gut geb. 1967 | verheiratet und Mutter von zwei Kindern | 1998 dipl. Steuerexpertin | Spezialistin im Fachbereich MWST | Mitglied des Kompetenzzentrums MWST der Treuhand-Kammer | ehemalige Mitarbeiterin bei der ESTV | über 10 Jahre Erfahrung in der MWST-Beratung | sie spielt Geige in einem Sinfonieorchester |

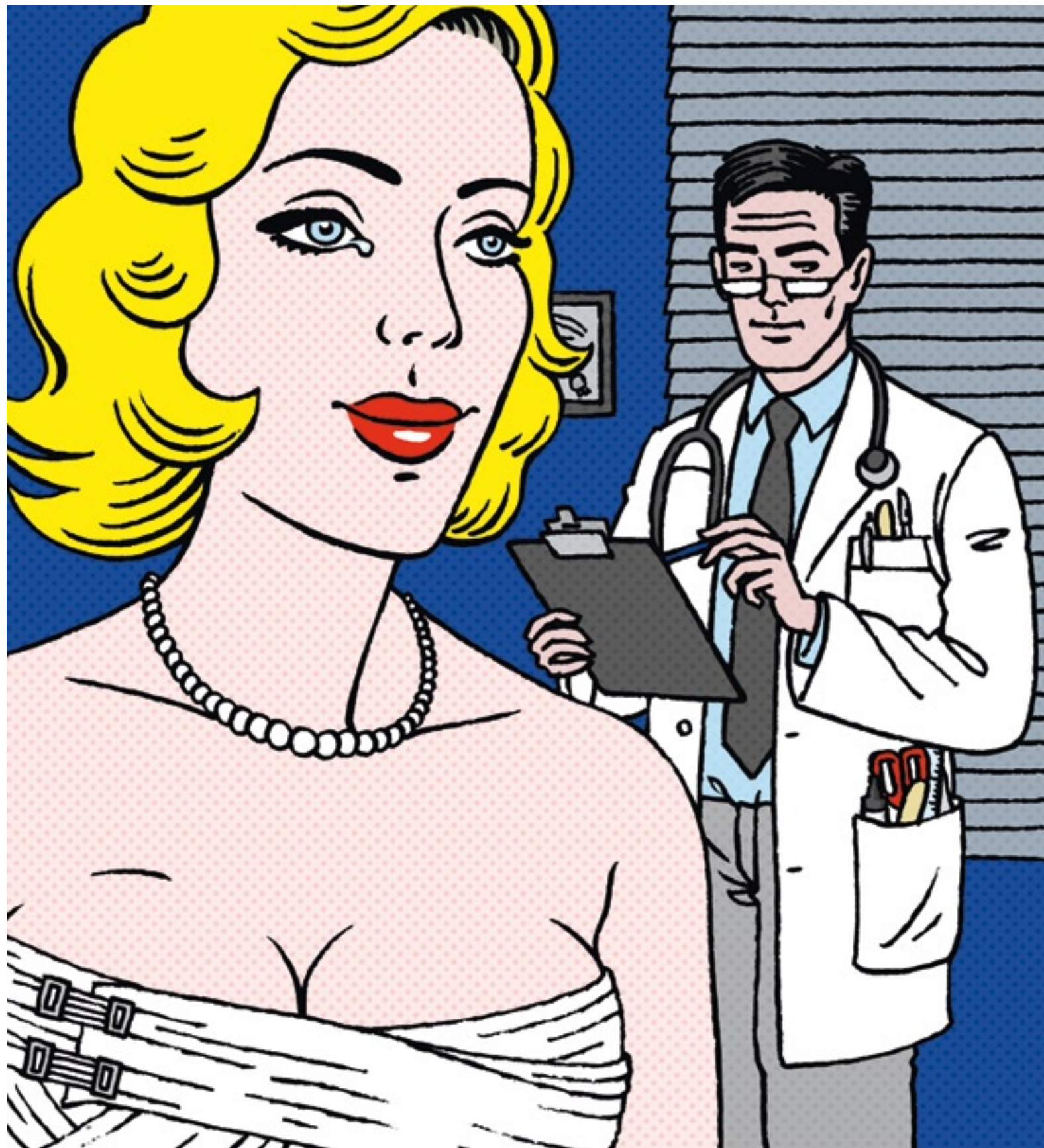
Steuerberatung. Wo Karrieren ihren Anfang nehmen. www.treuhand-kammer.ch

die Heizung in den Waggons ab. Da wir zu jener Zeit noch keine Leuenbergerei im öffentlichen Verkehr hatten und die SBB noch echte Werbung für sich machte, wurde denn auch der damalige Werbespruch der SBB abgeändert in: «Der Kluge friert im Zuge!» *Peter Michel, Sisikon*

Ich habe seit elf Jahren Energiesparlampen im Treppenhaus. Für Wohnräume sind diese unbrauchbar; sie spenden ein Licht, das einem Leichenschauhaus angepasst ist. Solange nicht die gewohnte warme Qualität erreicht wird,

Brustvergrößerung auf Rezept

Das Jammern über die hohen Krankenkassenprämien ist Heuchelei. Nirgends werden so viele Milliarden verschwendet wie im Gesundheitswesen. Mit einfachen Massnahmen könnten Prämien und Kosten gesenkt werden, ohne wirkliche Leistungseinbussen. *Von Pierre Heumann und Tim Dinter (Illustration)*



«20 bis 30 Prozent der Kosten müssen als Vergeudung bezeichnet werden»: Brustoperationen schlagen pro Jahr mit 13 Millionen Franken zu Buche.

Jahr für Jahr wird sie teurer, die Krankenversicherung. Doch die eigentliche Kostenexplosion steht uns erst noch bevor. Denn das Gesundheitssystem ist so angelegt, dass viele von der massiven Teuerung profitieren. Es gibt zu wenig Anreize, um die immens hohen Kosten herunterzufahren.

Im nächsten Jahrzehnt könnten die Gesundheitskosten deshalb 16 Prozent und Mitte der vierziger Jahre sogar ein Viertel des Sozialproduktes beanspruchen – heute sind es «bloss» 11 Prozent.

Das rasante Wachstum der Gesundheitskosten und der Prämien ist allerdings kein Naturgesetz. Ein identisches Niveau der Gesundheitsversorgung wäre deutlich billiger zu haben. Dann könnten die Prämien gesenkt werden.

In kaum einem Wirtschaftszweig rollen die Franken so ineffizient und unkontrolliert wie im Gesundheitssektor. In Spitälern, bei Ärzten, beim Einsatz medizintechnischer Apparate, in den Krankenkassen und in Apotheken schlummert ein Sparpotenzial, das in die Milliarden geht. «Im Gesundheitswesen werden 15 bis 20 Prozent falsch eingesetzt», sagt Felix Gutzwiller, Direktor des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich. Andere halten das Volumen der unnötigen Aufwendungen für noch höher. 20 bis 30 Prozent der Gesundheitskosten müssten als Vergeudung bezeichnet werden, meint Peter Oberender, der die Forschungsstelle für Sozialrecht und Gesundheitsökonomie an der Universität Bayreuth leitet. Würde das Sparpotenzial realisiert, liessen sich die Gesundheitsausgaben in der Schweiz um mindestens 10 Milliarden Franken reduzieren. Die Prämien müssten dann nicht erhöht, sondern könnten sogar gesenkt werden. Pro Kopf könnte sich eine Entlastung von jährlich 1400 Franken ergeben.

Verschwendung 1: Absurde Leistungen

Krankenkassen bezahlen für Behandlungen, auch wenn deren medizinischer Wert fragwürdig ist. So übernehmen sie Auslagen für Haarimplantationen (1500 Franken pro Fall), Beinverlängerungen (5000 Franken), Fett-schürzenoperationen (5000 Franken) oder in bestimmten Fällen auch für Fettabsaugen. Diese Posten dürften laut Branchenschätzung mit rund 2,5 Millionen Franken zu Buche schlagen. Noch tiefer in die Tasche greift die Assekuranz im Bereich der Schönheitschirurgie. Die Rechnungen von vielen kosmetischen Operationen landen am Ende auf dem Tisch des Kassenwartes, obwohl sie aus purer Eitelkeit durchgeführt wurden. Einzige Bedingung: Der behandelnde Arzt muss sie als «medizinisch notwendig» bezeichnen. So kann zum Beispiel der Patient eine Nasenverschönerung als Korrektur einer Septumdeviation (Nasenscheidewandverkrümmung) der Kasse verrechnen. Seit den neunziger Jahren übernehmen Versicherer auch die Kosten für legale

Sparpotenzial

Wege aus der Kostenfalle

Um die Gesundheitskosten in den Griff zu kriegen, müssen neue Anreize für Ärzte, Kassen und Patienten her.

1. Prioritäten setzen

Die Kassen müssen Prioritäten setzen. Leistungen von zweifelhaftem Wert gehören gestrichen. Was dem Patienten nicht nachweislich nützt, soll von der Grundversicherung ausgeschlossen werden. Es muss ausgeschlossen werden, dass Patienten Kassenleistungen beanspruchen, die lediglich aus Bequemlichkeit oder, dem Trend der Mode folgend, nachgefragt werden. Die Frage, was von Kassen übernommen werden soll und was nicht, müsste im Rahmen einer öffentlichen Diskussion angegangen werden. Die Debatte muss auch thematisieren, welche Leistungen privat abgedeckt werden sollen.

2. Kostentransparenz

Nur wenn Patienten und Politiker wissen, wie viel die einzelnen Leistungen tatsächlich kosten, verfügen sie über Informationen, um vernünftige Entscheide zu fällen. Die Anbieter medizinischer Leistungen sollen den Patienten die Kostenfolgen der Entscheide mitteilen. Die Subventionen für Prämien verfälschen die Wirklichkeit und sind zu streichen. Statt Prämien künstlich zu verbilligen, sollte die Kostenbeteiligung der Kassen abhängig vom Einkommen gemacht werden. Das ist zwar administrativ aufwendig. Aber die prozentuale Staffelung hat zur Folge, dass die finanzielle «Betroffenheit» des Medizinikonsyms für alle – ob arm oder reich – vergleichbar ist.

3. Arztgeheimnis

Das Arztgeheimnis ist heute zu eng definiert. Der Austausch von Patientendaten müsste unter Medizinern möglich sein. Dazu sollte jeder Kassenkunde mit einer Mediacard ausgerüstet werden, die er bei jedem Arztbesuch vorzuweisen hätte. Das würde der Praxis einen Riegel schieben, pro Krankheitsfall mehrere Ärzte zu konsultieren. Die administrative Abwicklung von Krankheitsfällen wäre ebenfalls billiger. Die Digitalisierung der Information hätte ausserdem eine Reduktion von Übertragungsfehlern zur Folge. Die Benutzung der Mediacard würde selbstverständlich die Zustimmung des Patienten voraussetzen.

4. Eigenverantwortliche Patienten

Damit Patienten mehr Eigenverantwortung übernehmen, muss ihr Verhalten vermehrt über die Preise gesteuert werden. Wie effizient die «Steuerung via Portemonnaie» ist, zeigt das Beispiel der Zahnmedizin. Weil dort die Rechnungen nicht von der Krankenkasse übernommen werden, nutzen Patienten bestehende Preisgefälle oft aus. Sie lassen sich zum Beispiel Kronen in Ungarn aufsetzen oder die Füllung in Süddeutschland einsetzen, um Geld zu sparen. Zudem investieren sie grossflächig in die Vorsorge, um ihre Behandlungskosten zu reduzieren.

5. Effizienz in Arztpraxen

Einzelne Praxen sollten sich zum Verbund zusammenschliessen. Das böte enorme Vorteile – vom gemeinsamen Einkauf medizinischer Produkte über die Softwarebeschaffung bis hin zur Ferienplanung. Der Kosteneffekt ist ansehnlich. Es liessen sich bis zu 200 Millionen Franken pro Jahr einsparen, schätzen Experten. Zudem sollen Kassen an Ärzte, die unwirtschaftlich arbeiten, Rückforderungen stellen. Im Medizinstudium sollte auch unterrichtet werden, wie ein Arzt sein «Unternehmen Praxis» managen kann.

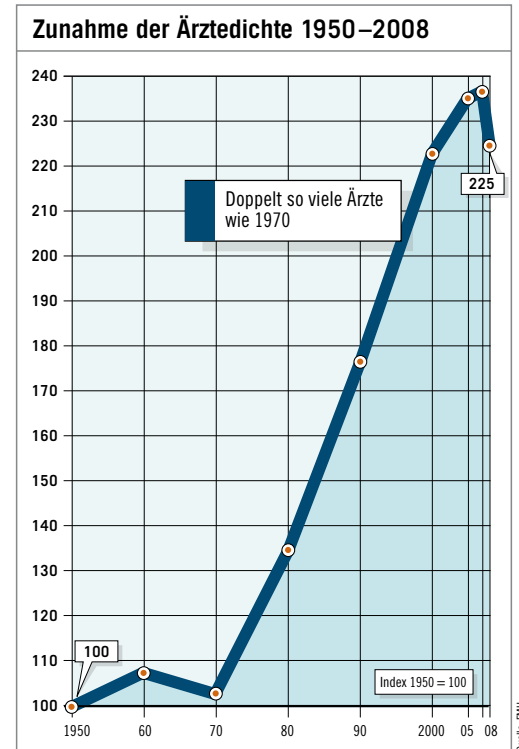
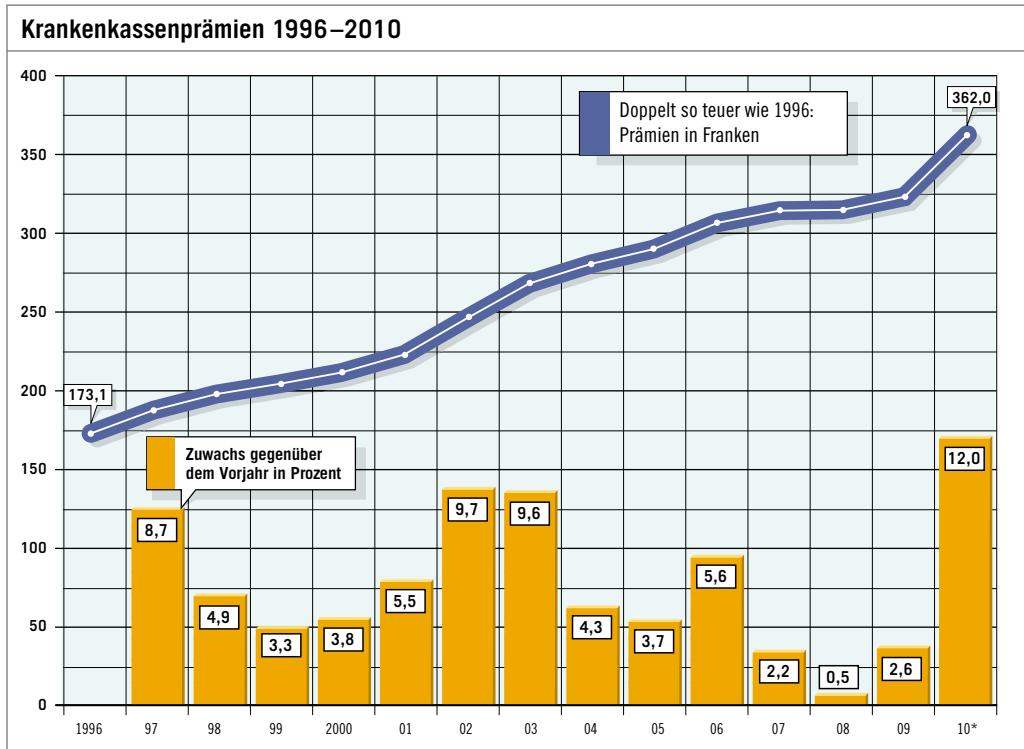
6. Vertragszwang abschaffen

Kassen sollen Ärzte ausschliessen, die wegen überhöhter Behandlungskosten oder professioneller Fehler zu Beanstandungen Anlass geben. Sie sollen schlechte Leistungserbringer aussortieren. Die freie Arztwahl in der Grundversicherung gehört damit zwar der Vergangenheit an. Der Wegfall des Vertragszwangs wirkt aber als Anreiz, medizinische Leistungen möglichst wirtschaftlich anzubieten.

7. Wettbewerb unter Kassen

Der Wegfall des Vertragszwangs belebt auch unter Kassen den Wettbewerb: Diejenigen mit den besseren Ärzten und der effizienteren Verwaltung haben einen Konkurrenzvorteil. Die Tarife müssen zudem laufend überprüft werden; Kostenvergleiche mit dem Ausland sollen es ermöglichen, Übertreibungen zu orten.

Pierre Heumann



Abtreibungen. Ambulant kostet das rund 1500 Franken pro Fall.

Kassen übernehmen ebenfalls Eingriffe für die Vergrösserung oder Verkleinerung der Brust. Sie kosten im Einzelfall rund 5000 Franken, schweizweit insgesamt 13 Millionen Franken. Finanziell unterstützen Krankenkassen zudem Geschlechtsumwandlungen, die dazugehörigen psychiatrischen Vorabklärungen sowie die anschliessende lebenslängliche hormonelle Behandlung, die sehr teuer ist.

Alle Lifestyle-Eingriffe verursachen bei den Kassen Kosten von 30 bis 33 Millionen Franken pro Jahr, schätzt ein Experte. Selbst wenn Patienten (oder Patientinnen) den Schönheitschirurgischen Eingriff auf eigene Kosten durchführen lassen, kann es für die Krankenkasse zu Belastungen kommen – wenn zum Beispiel nach einer Brustoperation das Gewebe das Silikonkissen abstösst.

Die Kassen übernehmen auch den Luxus des Kur(un)wesens und von Rehabilitationsprogrammen, «deren Methoden und Erfolge nie getestet wurden», sagt ein Basler Arzt. Trotzdem flattern den Kassen immer öfter Rechnungen von Behandlungen in Wellness-Hotels auf den Tisch mit der Begründung, es habe sich um einen «medizinischen Notfall» gehandelt.

Verschwendung 2: Vorsorge und Prävention

Krankenversicherer bezahlen Leistungen, deren Wert umstritten ist – zum Beispiel Check-ups. «Vorsorgeuntersuchungen führen viel häufiger zu Fehlalarmen als zu richtigen Befunden und damit zu unnötigen Kosten», sagen die Gesundheitsökonom Hansjörg Lehmann und Harry Telser. Breitangelegte

Vorsorgeprogramme seien nur in Einzelfällen sinnvoll. Es gebe beispielsweise keine Belege dafür, dass die breitangelegte Grippeimpfung irgendeinen Nutzen habe, schrieb kürzlich das *British Medical Journal*. Es wäre sinnvoller (und billiger), Vorsorgeuntersuchungen auf Risikogruppen zu beschränken.

Auch im Bereich der Diagnostika existiert ein beachtliches Sparpotenzial. So wird die Bedeutung des Ultraschalls von niedergelassenen Gynäkologen überbewertet. Die modernen bildgebenden Methoden sind zwar fantastisch und haben die Medizin revolutioniert. Aber Radiologen wissen: Wenn Allgemeinärzte Ultraschallbilder knipsen, sind die Aufnahmen nur in Ausnahmefällen verwendbar. Die Kassen bezahlen sie trotzdem. Spezialisten müssen dann die wenig aussagefähigen Aufnahmen des Embryos wiederholen – worauf den Kassen ein zweites Mal eine Rechnung ins Haus flattert.

Verschwendung 3: Keine Kriterien für Wirtschaftlichkeit

Obwohl mehrere Dutzend Milliarden für die Gesundheit aufgewendet werden, weiss niemand den Nutzen zu beziffern. Das Ausmass der fehlenden Information ist beängstigend. Man schätzt, dass die Wirksamkeit nur bei einem Drittel aller medizinischen Leistungen wissenschaftlich bewiesen ist. «Ärztliche Leistungen werden kaum je einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen», sagt Manfred Manser, der Chef der grössten Krankenkasse, Helsana. Zudem zeigten Studien, dass jeder fünfte Patient medizinischen Massnahmen ausgesetzt werde, die keinen oder keinen nennenswerten Nutzen haben. Viele Leistungen seien weder wirksam noch wirtschaftlich noch zweckmäs-

sig und würden deshalb den Kriterien widersprechen, die im Krankenversicherungsgesetz vorgeschrieben sind. Aber nirgends steht geschrieben, was darunter zu verstehen ist. Dadurch wird ein rationales Abwägen von Kosten und Nutzen unmöglich.

Verschwendung 4: Der Arzt als Kostentreiber

Ärzte und Kliniken dürfen wirtschaften, ohne zwingendermassen wirtschaftlich zu sein. Im Gegenteil: Je mehr ein Arzt diagnostiziert oder je mehr Labortests er anordnet, desto mehr verdient die Klinik. Dadurch entsteht ein Anreiz, möglichst grosszügig – manche würden sagen: verschwenderisch – abzuklären und zu behandeln. Ärzte, meint die Psychiaterin Ursula Davatz, schwatzen ihren Patienten oft Leistungen auf, die diese gar nicht wollen: «Ärzte neigen zu einem Aktionismus, der manchmal mehr Schaden anrichtet als Nutzen stiftet.»

Weil die Medizin keine exakte Wissenschaft ist, haben Ärzte einen grossen Entscheidungsspielraum – und den nutzen sie oft zu ihren Gunsten aus. Beklagt sich ein Patient über Kopfweh, kann der Mediziner dem Patienten sofort ein MRI verordnen, um danach zu entscheiden, ob vielleicht ein Hirntumor die Ursache sei. Ebenso zu verantworten wäre als Sofortmassnahme die Verabreichung eines Pulvers gegen Kopfschmerzen, was ein paar Franken kosten würde. Verschwinden die Schmerzen nach ein paar Tagen, erübrigt sich die Magnetresonanztomografie. Die Differenz hat es in sich: Die Benützung einer MRI-Anlage kostet mindestens 600 Franken, ein Kopfwegmittel lediglich ein paar Franken.

Auch juristische Entwicklungen tragen dazu bei, dass ein Arzt im Zweifel lieber einmal



Fragwürdige Leistungen: Helsana-Chef Manser.

eine Untersuchung zu viel anordnet. Verpasste Diagnosen haben immer häufiger ein gerichtliches Nachspiel. Schadenersatzforderungen können die Praxis ruinieren, selbst wenn letztlich keine Verfehlung des Arztes vorlag.

Über das ökonomische Rüstzeug verfügt dieser in der Regel nicht, obwohl er Kleinunternehmer ist. Während des Studiums kommen die wirtschaftlichen Aspekte zu kurz. Den einzelnen Praxen mangelt es an kostensparenden Synergieeffekten – es sei denn, sie schliessen sich zu Gemeinschaften zusammen.

Der Mediziner habe oft keinen Anreiz, bei seinen Entscheidungen die Kostenseite zu berücksichtigen, sagt der Gesundheitsökonom Willy Oggier. Der Arzt weiss: Die Kasse bezahlt, da sie mit jedem zusammenarbeiten muss – so will es der Vertragszwang.

Mitunter sind Ärzte von Gier geleitet – zum Beispiel Gynäkologen, wenn sie einer Schwangeren einen Kaiserschnitt empfehlen, weil sie zum mutmasslichen Geburtstermin Ferien gebucht haben und vermeiden wollen, dass ihnen das Honorar für die Arbeit im Kreissaal entgeht. Den Schaden trägt die Kasse: Ein Kaiserschnitt ist im Durchschnitt doppelt so teuer wie eine Vaginalgeburt. In der Grundversicherung muss sie für eine Normalgeburt 2200 Franken bezahlen, für einen Kaiserschnitt knapp 4000 Franken.

Da heute in der Schweiz jedes dritte Kind per Kaiserschnitt entbunden wird, gehen die Mehrkosten ins dicke Tuch. Auch wird dem Gynäkologen keine Leitlinie vorgegeben, wie oft er während der Schwangerschaft Ultraschallaufnahmen verordnen soll. Er entscheidet über die Menge. Und den Krankenkassen, so Manser, bleibe am Ende nichts übrig, als zu zahlen.

Verschwendung 5: Der konsumgieriger Patient

Der moderne Patient ist verwöhnt – Kosten scheut er keine, zumal er sie ja nicht selber bezahlen muss. «Patienten setzen uns unter Druck», monieren Ärzte: Sie wollen Röntgenaufnahmen, verlangen Spitex, fordern eine Kur. Die Mediziner sollen ihnen helfen, die Krankenkassenprämien zu «amortisieren», indem sie ihnen Leistungen ermöglichen. Deshalb bestellen einige den Arzt selbst bei harmlosen Erkältungen nach Hause, statt sich in die Praxis zu bemühen. Der Kostenunterschied ist beachtlich. Im Kanton St. Gallen wird ein Hausbesuch mit 160 Franken belastet, eine Viertelstunde in der Praxis mit lediglich 36 Franken. Aber der Patient hat keinen Anreiz, die kostengünstigere Variante zu wählen, da die Kasse die Rechnung begleicht; die Taxispesen würde sie nicht übernehmen.

Die Anspruchshaltung von Patienten trägt wesentlich zu den höheren Kosten bei. So geben Gynäkologen, die einen Kaiserschnitt empfehlen, oft dem Drängen werdender Mütter nach, die sich eine möglichst schmerzfreie Geburt wünschen. Bis zu 5 Prozent seien «Wunschkaiserschnitte», für die es keinen medizinischen Grund gebe, schätzt Daniel Surbek, Chefarzt der Universitäts-Frauenklinik am Inselspital Bern; sie entsprächen ausschliesslich dem Wunsch der schwangeren Frau. Wobei es zwischen den einzelnen Kantonen grosse Unterschiede gibt. Im reichen Zug liegt die Kaiserschnittquote bei knapp 40 Prozent, im armen Jura beträgt sie weniger als 19 Prozent. Doch selbst im Jura wird übertrieben, wenn man Alfred Rockenschaub glauben will, dem ehemaligen Chefarzt der Ignaz-Sem-

Für 5 Prozent der Kaiserschnitte gibt es keinen medizinischen Grund.

melweis-Klinik in Wien: Er hält eine Kaiserschnittquote von 1 Prozent für angemessen: «Was darüber hinausgeht, ist gemacht.» Und damit zu teuer.

Verschwendung 6: Verschleierte Kosten

Eigentlich ist es dem Patienten egal, wie hoch die Kosten sind, die er verursacht. Für die Leistungen stehen auch Kantone und Steuerzahler gerade. Zudem verbilligt der Staat bei rund 30 Prozent der Bürger die Prämien – im Kanton Obwalden sind es sogar fast 60 Prozent. 2,2 Millionen erhalten einen Zuschuss zu den Prämien im Wert von insgesamt 3,4 Milliarden Franken. Was gut gemeint ist, führt letztlich zu einer Entmündigung des Patienten.

Die künstliche Verbilligung der Prämienlast scheint eine gute Idee zu sein – aber sie verschleiert das tatsächliche Ausmass der Kosten. Das reduziert nicht nur den Druck für kosten-

sparende Massnahmen. Es erhöht gleichzeitig auch die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen. Beides treibt Kosten (und die Prämien) in die Höhe.

Verschwendung 7: Bürokratische Krankenkassen

Die Verwaltungskosten betragen zwar im Durchschnitt bloss 6 bis 8 Prozent der Prämieinnahmen. Aber ein hochrangiger Kassenverwalter aus der Region Basel, der anonym bleiben möchte, spricht klar von «ineffizienten innerbetrieblichen Abläufen». Versicherungsbeamte, kritisiert zum Beispiel der Logistikexperte Kasra Nayabi, müssten Daten oft mehrfach in verschiedene Systeme eingeben. Er macht deshalb ein Automatisierungspotenzial von 20 bis 30 Prozent aus – ein Spareffekt, den die Kassen an ihre Kunden weitergeben könnten. Der bürokratische Aufwand ist in den vergangenen Jahren massiv angestiegen, das zeigen Berechnungen des Beobachters: Die Verwaltungskosten pro versicherte Person stiegen von 119 (2000) auf 142 Franken – eine Erhöhung um 19 Prozent.

Zudem jagen sich Krankenkassen gegenseitig die «guten Risiken» ab und locken die Jungen in sogenannte Billigkassen. Das kostet: Die Abschlussprovisionen betragen rund 10 Millionen Franken, schätzt ein Insider.

Nächste Woche Teil 2: Pharma und Spitäler

suche.ch[®]
Das Schweizer Internet-Portal
jetzt noch besser!
einfacher - schneller - genauer

schon besucht?

nahrung.ch

pizzakuriere.ch

champagner.ch

brautmode.ch

schuhe.ch

taschen.ch

bademode.ch

wetterbericht.ch

Grauzonen einer Partnerschaft

Die Schweizer Entwicklungshilfe gleicht einem monopolähnlichen Gebilde. Zwischen Bund und privaten Hilfswerken bestehen enge Verflechtungen. Finanzmittel werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zweckentfremdet, notwendige Kontrollen fehlen. Dies zeigt ein neuer Bericht. *Von Philipp Gut*



Hilfe ist gut, Kontrolle besser: humanitärer Einsatz nach der Flutkatastrophe in Sri Lanka.

Die Entwicklungshilfe steht seit längerem in der Kritik. Neben grundsätzlichen Fragen nach ihrem Sinn und Zweck, wie sie kürzlich etwa die Afrikanerin Dambisa Moyo aufgeworfen hat («Entwicklungshilfe ist tödlich», *Weltwoche* Nr. 24/09), stehen die konkreten Abläufe zur Debatte. Ein besonderes Augenmerk gilt der Zusammenarbeit des Staates mit privaten Hilfsorganisationen, auch in der Schweiz. Denn der Bund, allen voran die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), ist die wichtigste Einnahmequelle der Hilfswerke. In deren Kassen fliessen mehr Steuergelder als Spenden und Mitgliederbeiträge.

Dabei geht es um ansehnliche Summen. Im Jahr 2007 gab die Deza für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit rund 580 Millionen Franken aus. Fast ein Drittel davon, nämlich 180 Millionen, zahlte sie an schweizerische Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Das Bild, das manche von sogenannten privaten

Hilfswerken haben mögen, täuscht also. Die Nichtregierungsorganisationen leben zu einem grossen Teil auf Kosten der Regierung. Es besteht ein enges, oft schwer durchschaubares Geflecht gegenseitiger Abhängigkeiten. Denn auch die Deza ist auf die privaten Partner angewiesen, diese entlasten sie in der Durchführung konkreter Projekte und unterstützen sie politisch.

Die Vorkehrungen gegen Monopolsituationen sind nur in einem der 14 Fälle ausreichend.

Über die Grauzone dieser Partnerschaft war bisher eher wenig bekannt. Doch nun liegt ein umfangreicher, mutiger Bericht vor, der Licht ins Halbdunkel wirft. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) hat die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK)

im Jahr 2008 beauftragt, «die Geldflüsse, Mittelverwendung und Abhängigkeitsverhältnisse» zwischen der Verwaltung und den Hilfswerken zu untersuchen («Zusammenarbeit der Bundesverwaltung mit Nichtregierungsorganisationen»). Geprüft werden sollte insbesondere, ob der Bund «möglichen Zweckentfremdungen der Mittel» und der «Entstehung traditionsfester Subventionierungen oder Monopolen und anderen Kooperationsrisiken angemessen vorbeugt».

Ernüchternde Resultate

In der Untersuchung werden neben einer grundsätzlichen ökonomischen Analyse vierzehn konkrete «Kooperationen» zwischen Bund und NGOs unter die Lupe genommen. Sechs davon fielen in die Verantwortung der Deza; daneben wurden, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und das Bundesamt für Umwelt (Bafu) in die Untersuchung mit einbezogen (mit fünf beziehungsweise drei Kooperationen).

Die Resultate fallen ernüchternd aus, besonders für die im Zentrum des Interesses stehende Deza, mit einem Jahresbudget von 1,4 Milliarden Franken (2008) der Gigant unter den Bundesämtern. «Bemerkenswert ist, dass die Steuerungsmassnahmen nur in 5 der 14 untersuchten Fälle hinreichend sind, um Zweckentfremdungen in grösserem Ausmass auszuschliessen», heisst es im Bericht. «Die Vorkehrungen gegen die Entstehung von Monopolsituationen erachten wir sogar in nur einem der 14 Fälle als ausreichend.»

Pikant: Bei der Deza genühten die Kontrollen bei keiner einzigen der untersuchten Kooperationen. In den Kernbereichen der Prüfung versagte der Koloss aus dem Aussendepartement von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (SP) vollständig. Auf die von der PVK gestellte Frage: «Sind die Vorkehrungen geeignet, um Zweckentfremdungen in grösserem Ausmass auszuschliessen?», lautet die Antwort sechsmal «Nein». Bei der zweiten zentralen Frage: «Genügen die Vorkehrungen der Verwaltung gegen die Risiken monopolähnlicher Stellungen?», heisst die Antwort wiederum «Nein». Und zwar ebenfalls in sämtlichen untersuchten Fällen der Zusammenarbeit (betroffen sind je zweimal die Hilfswerke Helvetas und Heks sowie je einmal Intercooperation und Brot für alle).

Das «Fehlen griffiger interner Kontrollmechanismen» und «grosse Ermessensspielräume» für Beamte schon auf niedriger Stufe hätten zu

der «kritischen Konstellation» geführt, urteilt der Bericht. Das gelte für beide Formen der Zusammenarbeit mit Hilfswerken: für die sogenannten Mandate, welche die NGOs im Auftrag der Deza ausführen, wie auch für die Programmbeiträge, das heisst Finanzhilfen an eigene Aktivitäten der privaten Helfer. Allein für diese Form der Subventionierung gibt der Bund jährlich 60 Millionen Franken aus, für die Mandate sind es gar 120 Millionen. Für beide Budgetposten lautet das Verdikt: «Die seitens der Deza angewendeten Kontrollen sind [...] nicht in der Lage, sicherzustellen, dass die Mittel für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden.» Der Grund: Der Bund verteile das Geld, ohne den NGOs «Auflagen für die Betriebsbuchhaltung» zu machen. Eine «Nachprüfbarkeit der abgerechneten Aufwände» könne daher nicht garantiert werden.

Mit andern Worten: Die Deza stellt den Hilfswerken eine Art Blankoscheck aus, sie bekommen jährlich 180 Millionen Franken überwiesen, ohne dass die Verwaltung in der Lage wäre, die Verwendung der Mittel zu überwachen.

Es ist nicht sichergestellt, «dass die Mittel für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden».

Überdies entsteht der Eindruck von Wildwuchs und mangelnder Kommunikation zwischen den einzelnen Abteilungen der Verwaltung. «Es gibt Deza-intern keine Stelle, die eine Gesamtsicht aller Mandate und Programme hat. Keine Stelle kann integral nachprüfen, ob eine NGO gleiche Aufwände sowohl über den Programmbeitrag der Deza als auch in Mandaten der Deza abrechnet. Es erfolgt auch keine diesbezügliche Abstimmung mit andern Bundesämtern, die gleiche NGOs mandantieren.» Der Bund zahlt den Hilfswerken mithin mehr oder weniger blind Geld aus, er weiss nicht einmal, ob dasselbe Projekt einer NGO unter verschiedenen Titeln allenfalls mehrfach begünstigt wird.

Ineffiziente Strukturen

«Eigentlich müsste die Vergabe und Überwachung von Projekten an Dritte (NGOs und weitere externe Partner) in Anbetracht des grossen Volumens an Finanzhilfen und Mandaten eine der Kernkompetenzen der Deza sein», heisst es im Bericht. Doch dies sei nicht so. «Insbesondere im Bereich der finanziellen Überwachung sowie im Vergabeverfahren» weise die Deza «deutliche Schwächen» auf, obwohl «erhebliche personelle und andere Ressourcen» eingesetzt würden. Ein deutlicher Hinweis auf ineffiziente Strukturen, einen zwar teuren, aber wenig zielgerichtet arbeitenden Verwaltungsapparat.

Bisheriges Fazit: In der Zusammenarbeit des Bundes mit schweizerischen Nichtregierungs-

organisationen besteht das Risiko «latent drohender Zweckentfremdungen», wirkungsvolle Mechanismen zur Kontrolle der Mittelflüsse fehlen weitgehend.

Hinzu kommt ein zweiter zentraler Befund der Studie: In Jahrzehnten der Kooperation zwischen dem Staat und den NGOs im Bereich der Entwicklungshilfe sei eine Art «Monopol-situation» entstanden, ein kartellähnliches Gebilde, in dem der Wettbewerb kaum mehr spiele. Es falle auf, «dass auf Ausschreibungen sehr oft verzichtet wird und die Mandate in der Regel freihändig vergeben werden». Rund 80 Prozent der Erstvergaben würden auf diese Weise unter Umgehung jeglichen Wettbewerbs erteilt. Dies widerspreche der Verordnung über das öffentliche Beschaf-



Deza-Chef Dahinden, Bundesrätin Calmy-Rey.

fungswesen (VoeB), wonach Mandate über 50 000 Franken grundsätzlich ausgeschrieben werden müssen.

Die Realität aber sieht anders aus. Der Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle zeichnet das Bild einer engen, an Vetternwirtschaft erinnernden Zusammenarbeit der Verwaltung mit den privaten Entwicklungshelfern. Auszugehen sei von «sehr partnerschaftlichen Verhältnissen der Verantwortlichen des Bundes und der NGOs», die zuständigen Dienststellen hätten «oft langjährige Beziehungen zu den Kooperationspartnern» – was «in besonderem Mass für die Sektion NGO der Deza» zutreffe.

Die engen Verflechtungen hätten zu einer «traditionsfesten, monopolähnlichen Stellung» der Hilfswerke geführt. Bundesgelder erhält also meist nicht, wer aufgrund einer Ausschreibung die besten Leistungen erfüllt, sondern derjenige, der immer schon Beiträge

bekommen hat. Wer einmal Teil und Profiteur des Hilfskartells geworden ist, darf regelmässig mit weiteren Zuschüssen rechnen.

Der Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle bestätigt somit den Verdacht auf filzähnliche Strukturen, auf ein Klima,

Die Gelder fliessen unabhängig von Qualität und Inhalt der unterstützten Programme.

das notwendiger Kritik und Kontrolle nicht eben förderlich ist. Die Beamten seien «einem moralischen Druck ausgesetzt, die Bundesmittel für die NGOs nicht zu kürzen». Ein Druck, der «noch dadurch erhöht» werde, «dass einige NGOs politisch stark vernetzt sind bzw. Zugang zu Personen haben, die einen gewissen Einfluss auf die Verwaltung ausüben können».

«Hochsignifikante negative Korrelation»

Unter diesen «Rahmenbedingungen», bilanziert der Bericht, würden Bundesmittel «auch bei Mängeln kaum wesentlich» gekürzt. Die Steuergelder fliessen so oder so, unabhängig von Qualität und «Inhalt» der unterstützten Projekte und Programme.

Die Untersuchung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle müsste eigentlich ein Alarmzeichen sein für die Politik, könnte man meinen. Die hohen Risiken, dass Steuergelder zweckentfremdet werden und in «monopolähnlichen Strukturen» versickern, scheinen einer solide arbeitenden Bürokratie unwürdig zu sein. Bisher allerdings hat der Bericht erstaunlich geringe Reaktionen hervorgerufen.

Das überrascht umso mehr, als die aktuellen Befunde frühere Resultate bestätigen. Im vergangenen Herbst veröffentlichte die unabhängige Expertengruppe IDEAS (Independent Development Experts Association) eine Pionierstudie, in der erstmals die Transparenz der wichtigsten Schweizer Hilfswerke untersucht wurde («Spenden ins Blaue», *Weltwoche* Nr. 45/08).

Dabei kam heraus, dass Spender und Öffentlichkeit nur sehr unzureichend über die konkrete Verwendung der Gelder informiert würden. Besonders brisant: Die IDEAS-Studie stellte eine «statistisch hochsignifikante negative Korrelation» fest zwischen dem Anteil an Deza-Geldern und der Transparenz der Hilfswerke. Einfacher ausgedrückt: Je mehr Gelder eine NGO vom Staat erhält, desto unklarer bleibt, wofür die Mittel überhaupt ausgegeben werden.

Vor dem Hintergrund der Zustände, welche nun die Parlamentarische Verwaltungskontrolle ausleuchtete, braucht man sich darüber kaum mehr zu wundern. Offenbar weiss ja nicht einmal der Geldgeber genau, wohin die Bundesmittel fliessen. ○

Ins Töpfchen langen

Wie verdient man Millionen mit fremdem Geld? Der Vermögensverwalter einer Pensionskasse spricht über sich, die Gesetze seiner Branche und seine Entscheidung, gegen die «Abzocker-Initiative» zu stimmen. Von Peter Keller und Miroslav Barták (Illustration)



Faszination des schnellen Geldes.

«Der Job des Pensionskassenverwalters ist ein absoluter Traumberuf. Eigentlich müsste ihn jeder ohne Entlohnung ausüben.» Rolf Wagner (Name geändert) lehnt sich zurück und hört seinen eigenen Worten grinsend zu. Nicht dass er ein Mann wäre, der für ein «Vergelt's Gott» morgens aufstehen würde. Er verdient gut, sehr gut. Sein Ferrari dampft in der Garage. Wagner ist das, was Systemkritiker gerne einen «Kasinokapitalisten» schimpfen. Einer, der mit fremden Millionen hantiert – und selber Millionen verdient hat.

Das schnelle Geld fasziniert. Den Bewunderer wie den Neider. Und besonders schnell scheint der Rubel in der Vermögensverwaltung zu rollen. «Du machst dein Geld, indem du dich dranhängst. Das Prinzip heisst *front running*: Du kaufst Aktien oder Optionen zuerst persönlich, bevor du mit der Pensionskasse, den grossen Summen reingehst. So profi-

tierst du vom Hebel. Natürlich müssen die persönlichen Transaktionen über eine andere Bank laufen. Oder noch besser über eine Vertrauensperson.» Interessant sind vor allem Nebenwerte. Unternehmen von mittlerer Grösse. «Wenn du dort mit einer Million reingehst, machst du den Markt an diesem Tag.»

Das Vorgehen ist heute subtiler als auch schon. Man ruft bei einer Bank an und fragt nach der Hälfte eines Aktienbestandes und wiederholt die Anfrage bei verschiedenen anderen Instituten. Bald weiss jeder, dass etwas am Laufen ist. Stillschweigend profitieren auch die beteiligten Banken, weil sie die andere Aktienhälfte behalten können. Wagner sieht solche Vorgänge mit der ihm eigenen Gelassenheit. Was zählt, ist der Nutzen. Und wenn alle profitieren, Kunde, Pensionskasse (PK), Verwalter, die Bank, was soll daran verwerflich sein? Insofern würde auch ein Verbot solcher

Geschäfte nichts bringen. «Du tust niemandem weh», sagt Wagner. «Der Verwalter kauft ja auch für sich. Er hat folglich ein Interesse am Erfolg.»

Jürg Maurer macht Schlagzeilen

Der reale Rolf Wagner hat wenig gemeinsam mit dem medialen Feindbild «Vermögensverwalter». Er ist ausnehmend freundlich, eher zurückhaltend, aufmerksam. Von der seelenlosen Arroganz eines Gordon Gekko, wie ihn Michael Douglas 1987 im Film «Wall Street» spielte, ist bei ihm nichts zu spüren. Trotzdem: Gibt es einen bestimmten Typ Mensch, der in die Vermögensverwaltung drängt? Hat er den Hai schon in sich? Oder verformt das Gewerbe jeden noch so properen Neuankömmling? «Sagen wir es so: Wer am Töpfchen sitzt und nicht hineinlangt, ist kein guter Verwalter. Nur wer unternehmerisch tickt, taugt in

diesem Job. Wer für die Pensionskasse schaut, schaut auch für sich – und umgekehrt.» Alle anderen könne man letztlich nicht brauchen.

Zwei Exponenten der Branche machten schweizweit im gleichen Jahr Schlagzeilen. 2006 wurde Jürg Maurer durch den *Blick* zum «frechtesten Pensionskassenverwalter» der Schweiz erklärt. Als Chef der Rieter-PK habe er innert kurzer Zeit sein Privatvermögen von 480 000 Franken (2001) auf 68,5 Millionen (2004) vermehrt. Die Boulevardzeitung bezichtigte Maurer dubioser Geschäftspraktiken und schürte den Neidreflex mit Bildern von dessen Millionenanwesen mit privater Tennishalle und Wellnesspark.

Wagner kennt den Fall nur als Beobachter, wertet die Geschichte nüchtern, mit dem Blick des Berufskollegen. «Jürg Maurer war nicht der «frechste», sondern vielleicht nur der beste Pensionskassenverwalter. Er hat den Finanzierungsgrad der Rieter-PK auf rund 160 Prozent gestemmt.» Nach der Medienkampagne warf er den Bettel hin. Jetzt macht der Job ein anderer für viel weniger Lohn – aber ohne Erfolg. Die Deckung ist abgestürzt. «Und jetzt?», fragt Wagner, «wem hat die Sache geholfen?» Maurer ging gegen die Kampagnenblätter vor Gericht. Nach einem Vergleich mussten sich *Blick* und *Sonntagsblick* auf der Frontseite beim ehemaligen PK-Chef entschuldigen.

Die zweite Schlagzeile lieferte Roland Rümmeli, Ex-Manager von Siemens. Er hatte über mehrere Jahre «Kickbacks» kassiert, Vergütungen von Banken und Hedge-Funds, wenn beispielsweise eine Pensionskasse namhafte Summen platziert. Diese Zahlungen sind nicht illegal, aber sie gehören dem Anleger – und nicht dem Angestellten, der das Geld vermittelt. Rolf Wagner, der auch als selbständiger Vermögensverwalter tätig war, hielt auf Transparenz: Er teilte die offenbar gebräuchlichen Kickback-Zahlungen mit seinen Kunden.

Im Gegensatz zu Maurer, dem die Staatsanwaltschaft nichts Widerrechtliches nachweisen konnte, wurde Rümmeli 2008 wegen mehrfacher ungetreuer Geschäftsbesorgung verurteilt. Was unterscheidet nun einen Rümmeli von einem Maurer? War der eine nur gewiefter, geschickter, schlauer? Der Unterschied liege im Charakter, meint Wagner und erzählt eine Anekdote: «Rümmeli geht in den Ausgang und will dann nach Hause. Er fordert den Barbesitzer auf, ihn heimzufahren. Dieser sagt, das gehe nicht: «Ich muss hier arbeiten.» Das sei sein Job. Rümmeli stopft ihm eine Tausendernote in die Hemdtasche. «Reicht das als Ausfallentschädigung?» Der Barmann fährt ihn nach Hause und nimmt das Taxi zurück für fünfzig Franken.»

«Ich kann mich nicht über Löhne von andern unterhalten. Da fehlt mir jegliches Interesse.»

Dass die Welt komplizierter ist als unsere Vorstellung von ihr, zeigt die ironische Wendung im Fall Rümmeli. Der Portfoliomanager flog auf, weil er mit der Siemens-PK eine zweistellige Millionensumme in den Auriga-Fonds investiert hatte und dieser Fonds die Kickbacks auf Rümmelis Privatkonto einzahlte. Rümmeli wurde geschasst, und Siemens veräusserte die Millionenanlage, obwohl sie in den letzten Jahren immer satte Gewinne abgeworfen hatte. Wie sich nun herausstellte, war der Auriga-Fonds in Bernard Madoffs Schneeballkonstrukt verstrickt. Auriga ist heute pleite. «Rümmeli «rettete» Siemens vor dem Totalverlust», lacht Wagner. «Man müsste ihm eigentlich ein Kränzchen winden.»

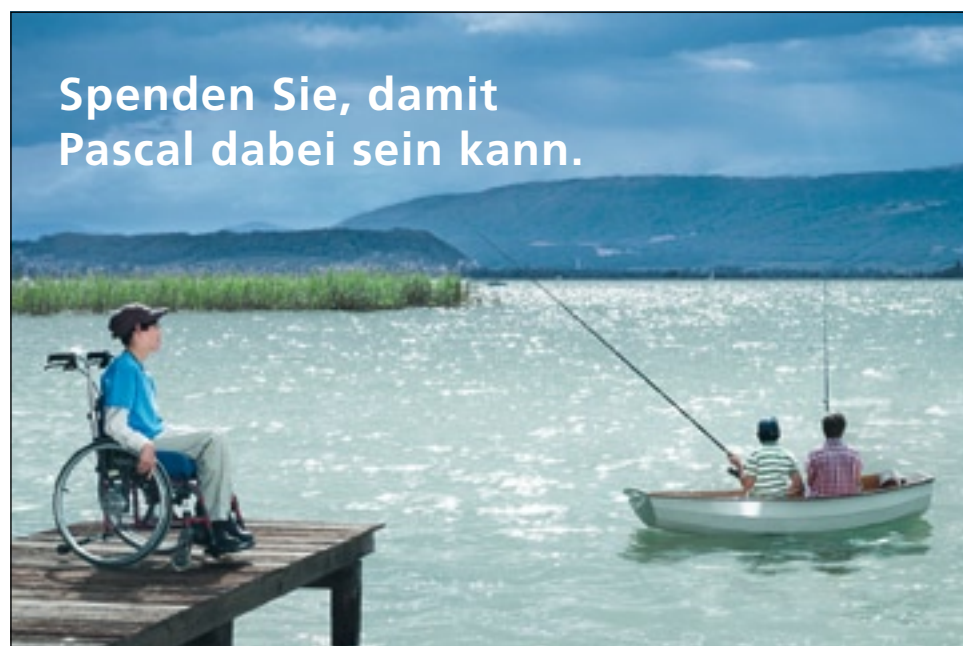
Nach den staatlichen Rettungsmilliarden für die Banken wuchs der Druck auf die Politik, solche Finanzexzesse künftig zu verhindern

und für Banker-Boni eine Obergrenze festzulegen. Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) sollte dafür Anfang September eine Einigung erzielen – doch die Finanzminister konnten sich nicht auf eine Höchstgrenze verständigen.

Zerstörerische Triebkraft Neid

Wer in der Schweiz die Verhältnisse kehren will, veranstaltet keinen Ministergipfel – er sammelt Unterschriften. Der Kleinunternehmer Thomas Minder, Geschäftsführer der Kosmetikfirma Trybol mit 18 Mitarbeitern, hat das erfolgreich getan. 118 583 Personen unterschrieben seine «Abzocker-Initiative». Auch Wagner ist ein politisch interessierter Mensch. Wird er der Vorlage zustimmen, wenn sie an die Urne kommt? Für ihn steckt zu viel der zerstörerischen Triebkraft Neid in Minders Initiative. «Ich kann mich nicht über Löhne von andern unterhalten. Da fehlt mir jegliches Interesse.» Wenn jemand eine Million Franken verdiene, dann freue er sich für ihn. «Obwohl ich selber nie so viel verdient habe.»

Der verbreiteten Selbstbedienungskultur will Wagner durchaus den Riegel schieben. Mehr noch, als Minders Initiative vorsieht: Abgangsentschädigungen, Vergütungen im Voraus, Prämien bei Firmenkäufen und -verkäufen sollen verboten werden. Die Generalversammlung habe über die Boni der Kader, die Anzahl ihrer Mandate ausserhalb des Konzerns sowie über die Höhe der Renten und Kredite für die Topmanager zu befinden. Auch für seine Branche sieht Wagner nötige Korrekturen: «Die Pensionskassen sollten gezwungen werden, an den Generalversammlungen im Interesse ihrer Versicherten und nicht ihrer Kaderkame-raden abzustimmen. Dazu gehört, dass sie ihre Stimmabgaben offenlegen müssen.» Aber deswegen selber eine Volksinitiative zu starten, ginge ihm dann doch zu weit. ○



Spenden Sie, damit Pascal dabei sein kann.

Die Stiftung Cerebral hilft in der ganzen Schweiz Kindern wie Pascal und deren Familien. Zum Beispiel mit Massnahmen zur Förderung der Mobilität. Dazu brauchen wir Ihre Spende, ein Legat oder Unternehmen, die einzelne Projekte finanzieren. Helfen Sie uns zu helfen.



Schweizerische Stiftung für das cerebral gelähmte Kind
Erlachstrasse 14, Postfach 8262, 3001 Bern,
Telefon 031 308 15 15, **PC 80-48-4**, www.cerebral.ch

Mut zum Scheitern

Die besten Universitäten der Welt liegen in England oder den USA. In der Schweiz droht der Abstieg ins Mittelmass – aus Angst vor exzellenten Geistern. Was ist zu tun, um im internationalen Wettbewerb mithalten? Von Kai Michel



«Wir könnten besser sein»: Klinikdirektor und Tagungsveranstalter von Schulthess.

Schon die Einladung wartete mit einer Provokation auf. «Die Schweiz», hiess es da, sei «bekannt als ein Land von hervorragendem Durchschnitt». Mit Spitzenleistung aber habe das wenig zu tun, die sei alles andere als durchschnittlich. Klare Worte, mit denen Gustav von Schulthess Anfang September zum Symposium «In Search of Excellence» an die Universität Zürich geladen hatte. Und in seiner Begrüssung setzte der Klinikdirektor und zukünftige Bereichsleiter Medizinische Bildgebung des Unispitals noch eins drauf.

Um in der Wissenschaft Herausragendes zu schaffen, bedürfe es eines Klimas intellektueller Freiheit, sagte von Schulthess. «Nur so lassen sich alte Denkmuster überwinden.» Doch daran hapere es in der Schweiz. Das hat, vermutet von Schulthess, durchaus etwas mit der direkten Demokratie zu tun, der nun mal ein egalitärer, gleichmacherischer Zug eigen ist. Deshalb fänden Politik und Presse individuelle Exzellenz, die oft Mehrheitsmeinungen unterläuft, sehr verdächtig.

Unvorstellbar, dass eine Schweizer Universität den Mut aufbrächte, den die Columbia University zeigte, als sie den iranischen Präsidenten Achmadinedschad zu einer Vorlesung einlud, um ihre akademische Freiheit zu demonstrieren. Dieser Geist, so von Schulthess, mache die angloamerikanischen Universitäten

zu den besten der Welt. Um auszuloten, wie auch die Schweiz solche Exzellenz hervorbringen könne, hatte er zur Tagung eingeladen.

Andreas Fischer, Rektor der Zürcher Uni, wiegelte ab. Natürlich müsse die Uni frei sein: «Aber wir sind keine Insel. Wenn Politik und Presse wissen wollen, was wir machen, antworten wir.» Da gebe es nichts Antidemokratisches. Tatsächlich habe Exzellenz heute eine Bedeutung, die sie vor zwanzig Jahren nicht hatte. Und man tue viel, um durch ausgezeichnete Professoren, Studenten und beste Ausstattung exquisite Forschung zu ermöglichen. Billig sei das nicht.

Die «Titanic»-Strategie

«Wie findet man die besten Leute? Das ist auch für Unternehmen die zentrale Herausforderung», erzählte Joseph Hogan, CEO von ABB. «Talent ist die einzige begrenzte Ressource der Welt.» In der Konkurrenz um geniale Köpfe geht es nicht bloss um Gehälter oder Laborausrüstungen: Die aussergewöhnlichen Leute sind oft wie Künstler, kapriziös, nur schwer in bestehende Strukturen einzupassen. «Wir müssen ihnen Freiräume bieten», sagte Hogan. «Das heisst auch, sie vor der eigenen Organisation schützen.» Die mag Genies nicht, die alles auf den Kopf stellen. Aber weil Top-Talente überall auf der Welt arbeiten können, führt kein Weg daran vorbei: «Die sind schnell weg.»

«Die Schweiz hat die besten Voraussetzungen», erklärte Veranstalter Gustav von Schulthess später im Gespräch. «Wir haben Geld, einen fantastischen Standort und geschickte Leute. Aber wir könnten besser sein.» Die Unzahl involvierter Gremien, die endlosen Diskussionen verzögern Entscheidungen und bodigen Ideen viel zu rasch. «In einem Unternehmen sind Sie, wenn Sie Mist bauen, nach zwei Jahren draussen», so Schulthess. «Ein Professor kann höchstens bei krassen Fehlleistungen entfernt werden.» Also kontrolliere man ihn lieber laufend, statt nur das Erreichen des Ziels zu überprüfen.

Wie aber hat man Erfolg? Elias Zerhouni von der Johns Hopkins University verfügte als einstiger Direktor des National Institute of Health, der wichtigsten biomedizinischen Forschungseinrichtung der USA, über einen Jahresetat von fast dreissig Milliarden Dollar. Er sollte es wissen. «Der beste Weg, Erfolg zu verhindern, ist, ihn von oben zu verordnen», sagte er. «Alles perfekt planen und am Unvorhergesehenem scheitern: Das ist die «Titanic»-Strategie.» Stattdessen sollte man auf viele kleine Boote setzen, die überall dort ihr Glück suchen, wo die Kapitäne es vermuten. Entscheidend sei, keine dieser Entdeckungsreisen gleich abzuschliessen: «Wir dürfen nur fragen: «Gibt es Gründe, warum das nicht klappen kann?» Wenn nicht, muss man Vertrauen haben. «Denn jenseits des bekannten Wissens sind wir alle Ignoranten.»

«Wir müssen den Leuten die Freiheit lassen, ihre Ideen zu verfolgen», betonte ABB-CEO Hogan. «Aber die Führung muss den Mut besitzen, zum richtigen Zeitpunkt «Stopp!» zu sagen.» Scheitern ist nun mal häufiger als Erfolg; und Genies können so besessen sein von ihrer Idee, dass sie alles in den Untergang ziehen. Ein Beispiel für zu viel Freiraum sei der Finanzsektor, führte Walter Kielholz, ehemaliger Credit Suisse- und heutiger Swiss-Re-Präsident, aus. Die Finanzkrise habe verdeutlicht, wie wichtig es sei, Organisationen eine Form des Critical Incident Reporting zu implementieren. In der Luftfahrt erlaube das, Schäden oder kritische Ereignisse anonym zu melden und unheilvolle Entwicklungen frühzeitig zu entdecken.

Womöglich ist der Mut zum Scheitern Kern des exzellenten Denkens. «Wir sind aber heute meist a priori misstrauisch», sagte Gustav von Schulthess zum Abschluss, «und strangulieren damit enorm viel Kreativität.» Elias Zerhouni brachte es auf den Punkt: «Der beste Weg, nie eine gute Idee zu haben, ist es, sich nie eine schlechte Idee zu gönnen.» ○

27 Variationen der Vorhand

Ein neues Buch widmet sich dem legendären Wimbledon-Final 2008 zwischen Roger Federer und Rafael Nadal. Der amerikanische Autor bietet einen erfrischend anderen Blick auf den Schweizer Superstar und seine Heimat. *Von Andreas Kunz*

Es gab härtere Niederlagen für Roger Federer als die vom vergangenen Sonntag im Final des US-Open. Zum Beispiel 2008 in Wimbledon gegen Rafael Nadal, als er nach knapp fünf Stunden eine Vorhand ins Netz schlug und mit 9:7 im fünften Satz verlor. Die Kommentatoren schrieben von einem «Spiel für die Geschichtsbücher». L. Jon Wertheim, Tennisjournalist der amerikanischen Zeitschrift *Sports Illustrated*, meinte es wörtlich und veröffentlichte jetzt «Strokes of Genius – Federer, Nadal, and the Greatest Match Ever Played». 206 Buchseiten über ein einziges Tennisspiel.

Kann das funktionieren? Wir begleiten die Kontrahenten vor dem Spiel in die Garderobe, wosich Nadal mit einer kalten Dusche auffrischt und minutenlang nervös an den Socken zupft. Daneben sitzt Roger Federer, reißt Witze und isst Kit-Kat-Schokoladenriegel. Bald wird klar: Hier schreibt ein Insider, der mit detaillierten Recherchen einem «Festival des Tennissports» gerecht werden will.

Wertheim sprach mit den Spielern, ihrer Entourage, den Ausrüstern, Schiedsrichtern und Journalistenkollegen. Er verknüpft den Spielverlauf mit der Biografie der Protagonisten, analysiert ihre Gegensätzlichkeit und Rivalität – und erzählt beiläufig Anekdoten, die in der übervollen Bibliothek der Federer-Berichterstattung bisher nirgends auftauchten.

Vor allem aber beschreibt er das Spiel als mitreissenden Krimi, weltweit live verfolgt von Dutzenden Millionen Zuschauern. Der Rasen in Wimbledon ist Schauplatz eines «Gladiatorenkampfes» mit «atemberaubenden Schlägen und unerreichter Athletik». Es steht 4:4 im fünften Satz, von 354 gespielten Punkten gewannen bisher beide exakt 177. Ein Nadal-Fan in Mumbai stopft sich vor lauter Nervosität sein T-Shirt in den Mund. Die englischen Wettbüros verbuchen mit knapp 50 Millionen Pfund Einsatz einen neuen Rekord für einen Einzelsport – und müssen nach jedem Ballwechsel die Quoten ändern. In San Francisco verschieben die Giants ihr Baseballspiel gegen die LA Dodgers, weil beide Mannschaften das Tennisspiel zu Ende sehen wollen. Jeder will dabei sein, wenn die elegante Schweizer «Katze» gegen den «spanischen Stier» kämpft. Wenn Federers «göttliche Kraft» auf Nadals «kompromisslose Brutalität» trifft. Wenn sich an diesem Sonntag in London niemand Geringeres duelliert als «Zeus und Herkules».

Den teils überbordenden Enthusiasmus unterläuft Wertheim mit technischen Details

zu den Spielern und ihrem Equipment. Wir erfahren, dass Nadal eine eigene Grifftechnik entwickelte, um seine Vorhand mit zwanzig Prozent mehr Drall spielen zu können. Federer spielt seine Vorhand klassisch, genau so, wie es jeder Anfänger in seiner ersten Tennislektion lernt. Bloss mit dem Unterschied, dass er diesen Schlag auf 27 verschiedene Arten spielen könne, wie ein amerikanischer «Tennis-Wissenschaftler» herausgefunden haben soll.

«Quintessentially Swiss»

Überhaupt liegen die Sympathien des Autors eher bei Federer. Er ist der heldenhafte Verlierer des Duells, der in den vergangenen Jahren mit seiner Persönlichkeit den Tenniszirkus revolutionierte. «Mighty Federer» kenne zwar mangels Schulbildung einen Sigmund Freud nicht («Don't know him. Who is he?»), doch mit seiner diplomatischen «Soft Power» regiere er über Spieler, Manager, Veranstalter und Funktionäre. Unmissverständlich mache der Schweizer stets klar, wer der Boss sei, ohne dabei jemals seine Höflichkeit zu verlieren.

Für den amerikanischen Autor ist Federers Auftreten «quintessentially Swiss: präzise, ausgewogen, überlegt und organisiert». Um dies zu ergründen, reist Wertheim nach Basel, Federers alter Heimatstadt. Verzweifelt sucht er dort eine Roger-Federer-Strasse, eine Statue, ein Schild

mit der Aufschrift «Federer Country» – und kann nichts finden. Ungläubig erzählt er von Federers Nachbarn, die ihn beim Joggen oder Wäsche-Aufhängen sahen. Er kann nicht fassen, dass es für sie wie auch für Federer «peinlich» wäre, würden sie ihn belästigen. «Niemand kümmert's, wenn der Tennigott in der Nähe ist», schreibt Wertheim. Nicht ohne Sarkasmus vergleicht er die Zustände mit dem US-Starkult: «Statt eines Monuments auf dem Basler Marktplatz widmen ihm die Schweizer eine Briefmarke.»

Roger Federer sei das Produkt des Europa des 21. Jahrhunderts, in dem sich Kultur, Kunst und Schönheit nach Jahrhunderten des Krieges endlich wieder frei entfalten könnten, analysiert Wertheim. Solche steilen Thesen und gewisse Belanglosigkeiten verzeiht man gerne, denn meistens unterhält der Autor mit detailiertem Wissen und leidenschaftlicher Sprache. Bis hin zum dramatischen Ende dieses Tenniskrims damals in Wimbledon, als Federer eine Vorhand in die Dunkelheit verschlug. Und Englands Elektrizitätssystem einen 1400-Megawatt-Anstieg verkraften musste, weil danach 13 Millionen Fernsehzuschauer gleichzeitig das Wohnzimmerlicht anzündeten.

L. Jon Wertheim: *Strokes of Genius.* Houghton Mifflin Harcourt, Boston/New York 2009



Schweizer «Katze»: Tennisstar Roger Federer.

«Ran an den Speck»

Die Kanzlerin, der Popstar und der Volksnahe: Wie Angela Merkel, Karl-Theodor zu Guttenberg und Horst Seehofer in Deutschland um jede Wählerstimme kämpfen. *Von Wolfram Knorr und Oliver Soulas (Bilder)*



«Mir san Tiefwurzler und koane Flachwurzler»: Horst Seehofer am Aubinger Herbstfest.

Im Stadtmagazin *Prinz* wird Karl-Theodor zu Guttenberg, Dynamo unter den deutschen Ministern, einem Test unterzogen, bei dem er mit dem iPod verglichen wird. Beide, lautet das Fazit, seien «Marktführer in ihren Branchen»: «Sowohl der beliebteste Politiker Deutschlands als auch der erfolgreichste Musikplayer der Welt halten ihre Zielgruppen fest umklammert. Aber Vorsicht: Die aalglatte Fassade der beiden Sympathieträger lenkt von ihrer Machtgier ab.» Keine Ahnung, ob der MP3-Player machtgerig ist, der andere Player wirkt bei seinem Einmarsch in die Versandhalle der Firma Glaswerke Arnold in Merkendorf bei Gunzendorf, tief in Franken, eher verlegen angesichts der Begeisterung, mit der er empfangen wird.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird bei ihrer Grosskundgebung auf dem Marktplatz von Stuttgart auch bejubelt, aber sie strahlt Distanz aus. Vermutlich hat sie auch keine Fans wie Guttenberg, sondern Wähler. Sie halten orangefarbene Angie-Plakate in die Höhe, wenn

Kameras auf sie gerichtet sind. Schwer zu sagen, ob sie das aus politischer Überzeugung tun oder darum, um mal in die Medien zu kommen. Guttenberg spricht in seinen Reden gerne das Herz an, seinen Fans ist das aber egal. Sie finden seine Hoppla-Brisanz toll, verglichen mit den deutschen Politikern in ihren schlecht sitzenden, trostlosen Anzügen, ist er eine Rarität. Echte Volksnähe vermittelt Horst Seehofer, der bayerische Ministerpräsident. Im Bierzelt des Aubinger Herbstfestes steht er wie ein Fels in der Brandung der Begeisterung. Im Lederhosen- und Jankerl-Ornat bekennen sich die Aubinger demonstrativ zu ihm und Bayern. Später wird Seehofer oben von der Bühne das Bekenntnis vertiefen, und unten wird euphorisch gedankt: «Mir san Tiefwurzler und koane Flachwurzler!»

Guttenberg sieht aus, als sei er einem Comic entstieg. Ein blaublütiger Clark Kent: kantiges Gesicht, darin immer ein Lächeln, das die Zähne zur Geltung bringt; darüber eine drahtige Frisur, auf der Nase eine Brille und die ganze

Figur in smartem Outfit. Sieht man deshalb in ihm eine Lichtgestalt? Seehofer dagegen arbeitet daran, neuer Landsvater zu werden. Deshalb ist alles an ihm ein bisschen bieder. Anzug von der Stange; Hemd, Krawatte und Mimikry auch irgendwie. Angela Merkel ist die Entspannung pur, als habe sie ihren Gravitationskern gefunden, das Zentrum ihrer Schwerkraft. Das lässt sie unglaublich in sich ruhen.

Auf der Bühne des Stuttgarter Marktplatzes ist sie der Star und bringt selbst Ministerpräsident Günther Oettinger dazu, sich zu verhaspeln, was dem aber sowieso oft passiert. Ein Moderator fragt, ob sie Schwächen habe. Sie nasche gern mal Buletten, ist ihre Antwort. Klingt neckisch, ist es aber nicht: «Aber Bulette – versteht das jemand hier in Stuttgart? Wie sagt man denn hier dazu?» – «Fleischküchle!», rufen einige. «Das klingt so rund. Sind die auch so platt wie eine Bulette?» – «Jaaa!», schallt es wie ein Chor zurück, und schon ist die Kanzlerin ganz nah und Nachbarin, die mal 'ne Bulette

verzehrt. Den vielen Rentnern im Publikum gefällt das. Es ist menschlich, Politik ist so abstrakt. Der Rest ist ein Sound, den man aus der Werbung kennt. «Ran an den Speck!», ruft sie (um die Probleme der Zukunft zu lösen), und das klingt wie der Werbespot «Packen wir's an!».

Guttenberg, der Popstar, der das gar nicht sein wollte, rutschte in die Rolle, um hip zu sein. Deshalb sein Bekenntnis, 1995 auf der Love-Parade habe er sich in seine Frau verliebt. Auch ein Adliger kann eine wilde Vergangenheit haben. Frau Merkel und Herr Seehofer haben eine solche nicht. Sie kommen aus der sozial geprägten Malocher-Ecke. Frau Merkel ruft Störern wie der Piratenpartei, den Ökos und linken Splittergruppen zu: «Das ist das Schöne an der Demokratie, dass man laut werden darf. Dort, wo ich herkomme, durfte man das nicht.» Und Seehofer auf dem Aubinger Herbstfest: «Ich weiss, was es bedeutet, die Arbeit zu verlieren. Wir waren jedes Mal froh, die Lohntüte nach Hause tragen zu dürfen.» Bei Guttenberg geht es so weit, dass sich – weniger auf dem Land als in den Städten – Anhänger so kleiden wie er. Nicht nur die Opposition irritiert seine Beliebtheit, auch die eigene Partei.

Den «Preissen» die Leviten lesen

In Aubing betont Seehofer, wie falsch es sei, ihm zu unterstellen, er würde sich über Guttenbergs Popularität ärgern und in ihm einen Konkurrenten sehen: «Kompletter Unsinn! Das Gegenteil ist der Fall! Ich als Ministerpräsident bin doch froh und stolz, beliebte und kompetente Persönlichkeiten in den eigenen Reihen zu haben! Wir brauchen ein starkes Bayern in Berlin!» Die Lederhosenträger lüpfen es von ihren Bänken. Weil ihr Ministerpräsident den Polityppie aus Bayern weggelobt hat? Oder weil, bayrischer Patriotismus ist krachledern, tatsächlich ein starkes Bayern den «Preissen» die Leviten lesen wird, wann immer es sein muss?

Die CSU, die das Privileg der absoluten Mehrheit verloren hat, will mit Guttenberg die Tal-fahrt stoppen. Die Konstellation ist nicht schlecht: Der Popstar kommt bei den Jungen an, und Seehofer holt jene zurück, die sein Vorgänger Beckstein in die Fremde getrieben hat. Die CDU, auch mit solchen Problemen geschlagen, hat zumindest in Stuttgart leichtes Spiel, weil's die Gegner verkacheln. Nach Tübingen und Freiburg war die Metropole drauf und dran, eine weitere grüne Stadt zu werden. Schuld war das superteure Projekt «Stuttgart 21», aus dem Kopfbahnhof einen unterirdischen Durchgangsbahnhof zu machen. Die Grünen waren dagegen und trieben bei den Kommunalwahlen die Mehrheit in ihre Arme. Günther Oettingers Ansehen schwand und damit auch die Chancen der beiden Wahlkreiskandidaten der CDU, direkt gewählt zu werden. Doch da äussert der Grünen-Direktkandidat Cem Özdemir in einem Interview die Absicht, nach der Wahl einen Vaterschaftsurlaub anzutreten. Özdemir, gerade



«Bayern ist da, wo Deutschland hinwill»: Ministerpräsident Seehofer.



«Sind Fleischküchle so platt wie Buletten?» Angela Merkel in Stuttgart, Günther Oettinger (l.).



Blaublütiger Clark Kent: Karl-Theodor zu Guttenberg (Mitte) in München.

Der letzte Mohikaner

Oswald Metzger, einst Grüner, nun CDU-Mitglied, ist einer der wenigen deutschen Politiker, die dem sozialdemokratischen Zeitgeist widerstehen. Von Markus Somm

Ein Schweizer Bankier erzählte mir vor kurzem, was für Erfahrungen er zurzeit mit seinen deutschen Kunden mache: Fast kein Gespräch endet, ohne dass der Deutsche sich erkundigt hätte, wie er am schnellsten in die Schweiz ziehen könne. Besonders beschäftigt hat ihn, dass junge innovative Leute ihrer Heimat nicht mehr trauen. «Wenn sie eine Erfindung gemacht haben, sorgen sie dafür, dass sie das Patent ja nicht in Deutschland anmelden, sondern bereits in der Schweiz. Sie möchten das Unternehmen, das daraus entsteht, auf jeden Fall hier gründen.» Deutschland verliert seine besten Leute, die Schulden türmen sich, in zwei Wochen wird ein neuer Bundestag und damit ein neuer Kanzler gewählt. Es müssten die Fetzen fliegen. Stattdessen herrscht gespenstische Eintracht im Land. Es geht die Rede von der Sozialdemokratisierung der Bundesrepublik.

Als sich am Sonntag die Kanzlerkandidaten Angela Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) zum Fernsehduell trafen, bestätigten sie die schlimmsten Erwartungen: brutale Langeweile. Selbst Kenner der deutschen Politik vermochten kaum Differenzen zwischen der Kanzlerin und ihrem Aussenminister zu erkennen. In solchen Zeiten des extrabreiten Kon-

senses wirken Leute wie Oswald Metzger, die schon immer angeeckt sind, wie letzte Mohikaner. Metzger, ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, ist vor kurzem zur CDU übergetreten. Nun hat er ein Buch geschrieben, «Die verlogene Gesellschaft» (Rowohlt Berlin, 2009), worin er aus einer liberalen Sicht mit seinem Land abrechnet – engagiert, besorgt. Ich treffe den 54-jährigen Schwaben in Berlin in einem gesichtslosen Hotel.

Wenn Sie an Ihr Land denken: Gibt es Dinge, die Sie zuversichtlich machen?

Zwar bin ich von Haus aus Katholik, doch in dieser Frage denke ich wie ein Lutheraner: Selbst wenn ich wüsste, dass die Welt morgen untergeht, würde ich heute noch einen Baum pflanzen. Ich glaube an die ökonomische Substanz dieses Landes. Doch wenn wir bei der Finanzierung des Sozialstaates nichts ändern, geht Deutschland üblen Zeiten entgegen.

Oswald Metzger galt jahrelang als interessanteste Hoffnung der deutschen Grünen. Finanzpolitisch ein Purist, der nicht müde wurde, einen ausgeglichenen Haushalt zu fordern, ein Linker, der sich traute, Abstriche am gigantischen deutschen Sozialstaat zu verlangen, blieb er dennoch ein Grüner, der als sogenann-

ter Realo alle Bündnismöglichkeiten seiner Partei verkörperte. Aus der Hoffnung ist ein Renegat geworden. Nach etlichen Auseinandersetzungen verliess Metzger die Umweltpartei. Es war bereits der zweite Wechsel des wirbligen, eloquenten Süddeutschen. In den siebziger Jahren gehörte er der SPD an.

In den vergangenen Jahren herrschte Höchstkonjunktur in Deutschland, dennoch wurden kaum Reformen in Angriff genommen. Nun, in der Krise, dürfte es noch schwieriger werden.

Tatsächlich ist es ein Treppenwitz der Geschichte: 2005 waren alle Parteien im Bundestag für Reformen – nachdem man seit den neunziger Jahren bloss darüber gesprochen hatte. Damals lehnten sich nur zwei Abgeordnete der PDS dagegen auf. Für die Politiker waren die Wahlen 2005 ein Schock. Seither wird der Wähler in Watte gepackt.

Metzger ist ein lebhafter Gesprächspartner, dessen klein wirkende Augen sich vergrössern, wenn man etwas sagt, dem er zustimmt. Ihn fasziniert die direkte Demokratie. Das mag damit zusammenhängen, dass Metzger im schweizerischen Grabs geboren ist. Der Sohn eines Schweizer und einer Deutschen erhielt die schweizerische Staatsbürgerschaft nicht, weil er unehelich geboren wurde. Seit Jahrzehnten lebt er nördlich des Bodensees.

Sind Sie überzeugt, dass die Deutschen so reformunwillig sind? Ich frage mich, wie sie sich in einer Volksabstimmung entscheiden würden. Erfahrungen aus der Schweiz zeigen, dass die Bürger meistens sehr vernünftig abstimmen: Selbst eine Senkung des Rentenalters wurde hier wiederholt abgelehnt.

Vielleicht. Da fühle ich mich durchaus von meinen Schweizer Wurzeln geprägt: Die Reformen wurden den Leuten sehr schlecht vermittelt. Wie kann man eine Reform der Sozialhilfe «Hartz IV» nennen? Ich selbst habe in kommunalen Volksabstimmungen, wie wir sie in Deutschland kennen, erlebt, dass die Leute sogar Mehrausgaben zustimmen – wenn man ihnen Verantwortung überträgt.

Im Vergleich zur Schweiz ist Deutschland eine elitäre Demokratie. Alle vier Jahre stellen sich die Volksvertreter, die durchwegs Berufspolitiker sind, dem Wähler. In den Jahren dazwischen spüren sie den Unwillen des Bürgers nur in Form von schlechten Umfrageergebnissen. In seinem Buch listet Metzger zahllose Beispiele auf, die zeigen, wie sich Politiker um den Wähler foutieren. Besonders, wenn sie selbst betroffen sind.



«Die Reformen wurden sehr schlecht vermittelt»: Politiker Metzger.

Als der Bundestag das Rentenalter auf 67 Jahre erhöhte, galt das für alle – bis auf die Bundestagsabgeordneten, die sich kostspielige Frühpensionierungsmöglichkeiten gönnten. Sobald ein Politiker neun Jahre im Bundestag sitzt, darf er für jedes weitere Amtsjahr ein Jahr früher in Rente gehen. War er zum Beispiel 18 Jahre Mitglied des Parlaments, kann er sich bereits mit 57 Jahren pensionieren lassen – ohne Abzüge!

Der deutsche Politiker muss weniger auf seine Wähler achten als auf die Herren seiner Partei. Allein die Funktionäre entscheiden, wer auf die Wahlliste kommt. Die Reihenfolge ist festgelegt. Der Wähler kann sie nicht ändern, so dass jeder Politiker, der sich allzu unabhängig von der Parteidoctrin macht, sogleich abgestraft werden kann. Selten suchen deutsche Politiker den Kontakt zum Wähler.

Metzger machte von sich reden, als er auf die Idee kam, einen sogenannten Haustür-Wahlkampf zu führen. Wie in Amerika, wo es für jeden Politiker zwingend ist, der es zu etwas bringen will, ging Metzger von Tür zu Tür und erkundigte sich beim Wähler, wo der Schuh drücke. Im Glauben, die Leute hielten ihn für einen Hausierer, war es ihm zunächst unangenehm. Er erlebte das Gegenteil: «Dass Sie, Herr Metzger, zu mir kommen!», sagten die Leute gerührt. Aus dem Einsatz ist Routine geworden. «Metzger klingelt!» kündigt er seither in Inseraten an, wenn er wieder den Wähler um seine Meinung fragt.

Vielleicht weil er seine Popularität überschätzte oder weil er, wie er sagt, ein direktes Mandat vom Wähler suchte, trat Metzger in einem sogenannten sicheren Wahlkreis an, um als Kandidat der CDU für den Bundestag aufgestellt zu werden. Zwei Mal verschmähten ihn die CDU-Mitglieder, so dass er nun in der kommenden Bundestagswahl kein Kandidat ist. Zwar unterlag er beide Male nur knapp und schaffte ein sensationelles Ergebnis, dennoch wurde seine Karriere in der CDU unterbrochen. Ob er es in vier Jahren noch einmal versucht, ist offen.

Was bewundern Sie an Ihrem Land?

Eine gewisse Steher-Qualität. Die Deutschen haben brutal viel erlebt – im buchstäblichen Sinne. Zwei Mal wurde das Land in Schutt und Asche gelegt. Wir haben die Eroberungskriege begonnen – und wurden danach klein gehackt. Doch wie dieses Land aus eigener Kraft aufstanden ist aus den Ruinen. Das imponiert mir.

Was stört Sie?

Diese unglaubliche Staatsgläubigkeit.

Grünen-Vorstandsmitglied geworden, mit den besten Chancen, die CDU-Konkurrenz auszustechen, teilte seinen Wählern mit, dass er – wenn er sein Bundestagsmandat in der Tasche hat – für ein Jahr ade sage. Seine Partei stand kopf. Die Chancen der CDUler sind wieder gestiegen.

Auch Aubing, an der Peripherie von München liegend, hat seine Erfahrung mit der Opposition. Das Aubinger Herbstfest, eine Woche vor Beginn des Oktoberfestes, feiert heuer sein 20-Jahr-Jubiläum. Zu seinen Gepflogenheiten gehören Auftritte von Politikern, egal welcher Partei. Vor zwei Jahren warf die SPD das Handtuch: Sie war nicht in der Lage, ein Bierzelt auch nur halb zu füllen, zum Jubiläum erst recht nicht. Seitdem dominiert die CSU. Ihr Zelt ist immer voll, heute sogar brechend voll, der Ministerpräsident marschiert rein und begrüsst die Anwesenden: «Nach der Kirche ist das Bierzelt die wichtigste Einrichtung in Bayern» und: «In der Kirche predigt der Pfarrer, im Bierzelt der Ministerpräsident.» Das ist echter Populismus. Bei Angela Merkel in Stuttgart läuft's wie bei einem Popkonzert mit Vorgruppen – die Wahlkreis-kandidaten Karin Maag und Stefan Kaufmann und Oettinger – und ein gutgelaunter Moderator kündigt die Kanzlerin mit der Behauptung an, sie sei die «mächtigste Frau der Welt». Und dann, so richtig heissgemacht, kommt sie, musikalisch unterstützt von den Rolling Stones.

Ein Duft von Häme

Die Stones, reif für den Musikantenstadl? Auf der Bühne wippen eher zaghaft die Honoratioren mit, und auf dem Platz schunkeln im Takt so manche Alte. Allerdings gibt es auch welche, die sich die Ohren zuhalten. Die gibt es aber auch, wenn Hansi Hinterseer singt. Da bleibt die CSU dann doch lieber währschaft. Sie sind eben keine Flachwurzler, sondern Tiefwurzler und schicken ihren juvenilen Superstar auf die Rock-Piste. Nach seinem Auftritt in Merken-dorf bei Gunzendorf in Franken muss Guttenberg runter nach Neuburg an der Donau zu einer Open-Air-Veranstaltung. Er braucht längst Säle, Hallen. Bei ihm ist Jugend, die sich in die Tracht verguckt hat. Was einst als reaktionär galt, ist heute chic. Ein politisches Bekenntnis ist das nicht, aber der Trend fällt auf. Vor allem in München. Im «Bratwurst Glöckl», älter als die Frauenkirche gleich daneben, was die Münchner besonders prima finden, wird geraunzt: «Gehen's, das san doch nur die Zuagroastn (Fremde).» Nächste Woche beginnt das Oktoberfest, da steigen selbst Italiener in die Seppelhosen.

Dem Soziologen Max Weber zufolge setzt sich Charisma aus aussergewöhnlichen persönlichen Fähigkeiten wie Standhaftigkeit, Willensstärke und dem Einsatz für das Wohl anderer zusammen. Die Politiker Karl-Theodor zu Guttenberg, Horst Seehofer und Angela Merkel besitzen die aufgeführten Eigenschaften und sind dennoch nur bedingt charismatisch. Etwas scheint ihnen zu fehlen. Als wären die Zeiten für charismati-

sche Figuren nicht mehr geschaffen. Zu Wirtschafts- und Finanzkrise, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Überalterung der Gesellschaft, Klimawandel, Glaubenskrieg und Terrorismus passen wohl nur noch Physiognomien der Griesgrame. Macht Angela Merkel nicht allzu häufig den Eindruck, als sei Essig ihr Lieblingsgetränk? Und bringt es wirklich etwas, immer wieder darauf herumzureiten, dass in Bayern die Arbeitslosigkeit gegenüber den anderen Bundesländern unter fünf Prozent liege, statt Lösungen dafür anzubieten, die Arbeitslosigkeit auch in den anderen Bundesländern zu reduzieren? Seehofer mit einem Duft von Häme.

Vielleicht ist damit der Erfolg des Freiherrn zu erklären, der zwar auch nichts anderes erzählt, aber nicht miesepetrig vors Mikrofon tritt. Depressive Stimmung kommt bei ihm nicht auf. Dagegen erweisen sich in Stuttgart die beiden CDU-Kandidaten bei der Befragung durch den Moderator als Hänflinge, die ihren Part mehr schlecht als recht bestreiten. Auf die Frage, ob denn der Wahlkampf kräfte-raubend sei, sagt Kandidat Kaufmann, Wahlkampf in Stuttgart sei anders als draussen auf dem Land: «Hier muss man was tun.» Auf dem Land werden die Wähler so was gerne hören. Kaufmann ist ein Novize, aber auch alte Hasen wie der Aubinger Abgeordnete Hans-Peter Uhl sind ein Ausbund an Dürftigkeit: «Wir müssen die Krise stoppen!» Als forderte er seine Wähler auf, mit Wasserpistolen einen Waldbrand zu löschen.

Man muss Seehofers politische Einstellung nicht teilen, aber er ist der einzige Vollblutpolitiker, der mit einem Furor aus Witz, Schlitzohrigkeit, Kompetenz und Professionalität das Festzelt in einen Hochofen glühender Emotionalität verwandelt. Mag sein, dass Oskar Lafontaine von den Linken ähnlich Zunder geben kann; doch was ihn von Seehofer radikal unterscheidet, ist seine Humorlosigkeit. Seehofer hat Humor im Übermass und hat mit Sicherheit den einstigen Vollblutpolitiker Franz Josef Strauss genau studiert. Manches an Seehofers Rhetorik-Dramaturgie erinnert an den barocken Ex-Landesfürsten. «Sie haben», beginnt Seehofer, «hier in Aubing eine eigene Zeitung und gehören deshalb schon zum gebildeten Teil Bayerns.» Dann setzt er sich mit der Unterstellung auseinander, er würde ständig in Berlin querschliessen und zu wenig Solidarität mit der Schwesterpartei CDU zeigen: «Ja, soll ich mich auf dem Weg ins Kanzleramt schon im Lift auf den Bauch legen und danach mit dem Weihrauchfass die Kanzlerin begrüssen?! Nein! Wir müssen uns in Berlin durchsetzen!» Da stehen sie auf den Tischen. «Wir stellen sogar Berlin einen Missionar zur Verfügung» (gemeint ist Guttenberg), und schliesslich die Klimax: «Bayern ist da, wo Deutschland hinwill.» Der Jubel nimmt kein Ende.

Weitere Informationen:
www.getabstract.com/wahlprogramme
Mehr zum Thema auf Seite 56

Die Ballade der schönen Königin Maria

Maria Stuart, unglückliche Königin von Schottland, ist eine der grossen romantischen Figuren der Weltgeschichte. Jetzt bringt die neue Zürcher Theaterdirektorin Barbara Frey die «leidenschaftliche Tragödie» zum Start ihrer Amtszeit auf die Bühne. Warum gerade dieses Stück? *Von Roger Köppel*

Es spielt eben doch eine Rolle, ob Frauen oder Männer die oberste politische Macht ausüben. In einer der besten Szenen von Friedrich Schillers Stück «Maria Stuart» sinniert William Cecil, Lord Burghley, Grossschatzmeister, Staatsminister und engster Vertrauter von Elisabeth, Königin von England, wie seine Herrin die heikle Aufgabe meistern könne, ihre ewige Konkurrentin Maria, Königin von Schottland, die zu Unrecht in einem englischen Kerker schmort, ohne Beschädigung des eigenen Ansehens per Gerichtsbeschluss ins Jenseits zu befördern. «Das Richterschwert, womit der Mann sich ziert», lässt Schiller den englischen Aristokraten mahnend sagen, «verhasst ist's in der Frauen Hand. Die Welt glaubt nicht an die Gerechtigkeit des Weibes, sobald ein Weib das Opfer wird.» Mächtige Frauen müssen sich, so lehrt das Stück, subtilerer Methoden bedienen als Männer, wenn sie ihre Herrschaft durch Gewalt absichern.

Die tragische Lebensgeschichte der Schottenkönigin Maria Stuart (1542–1587) bleibt einer der faszinierendsten Stoffe der Weltgeschichte. Es gibt Theaterstücke, Opern, historische Abhandlungen, Romane und mehrere Filme, die sich der reizvollen und kunstsinnigen, aber wirren Monarchin widmen, die ungezählten Männern den Kopf verdrehte, zunächst für ihre Klugheit und Bescheidenheit gerühmt wurde, am Ende aber ihr Königreich verscherzte und in England unter dem Fallbeil als Märtyrerin des katholischen Glaubens starb. Ihre Biografie zeigt, wie zwei der damals mächtigsten Frauen Europas, Maria und ihre Rivalin Elisabeth, ihre Macht ausübten, sich gegenseitig belauerten und befuheten. Das Duell überdauerte den Tod der beiden in politischen Debatten und akademischen Auseinandersetzungen.

Stefan Zweig will in seiner glanzvollen Maria-Stuart-Biografie schon früh das spezifisch Weibliche gesehen haben: Die beiden Frauen, schrieb der österreichische Schriftsteller, meiden den offenen Konflikt, sie tauschen falsche Freundlichkeiten, angeschminkte Ehrbezeugungen aus; sie täuschen und heucheln, aber nie kommt es zur klaren Konfrontation: «Immer haben Frauen in der Politik die gefährliche Eigenschaft, bloss mit Nadelstichen ihre Rivalen zu verwunden und Gegensätze durch persönliche Bosheiten zu vergiften [...] Statt der kraftvollen Geste der Kampfandrohung wählt sie die boshafte und kraftlose der persönlichen Kränkung.» Die beiden Frauen, so Zweig, konnten die «Schwäche ihres Geschlechts nicht



Als Herrscherin gescheitert, von der Nachwelt als Märtyrerin verehrt: Maria Stuart.

überwinden, Feindschaften, statt aufrichtig, immer nur hinterhältig auszutragen.» Der Konflikt sei ein «Katzenkampf» gewesen, ein Sich-Umschleichen und Belauern mit verdeckten Krallen, «während jede hinter dem Rücken ein Messer hält, psychologisch zwar ungemein erregend, aber moralisch abstossend, weil eine zwanzigjährige Intrige und nie ein ehrlicher, klingender Kampf».

Genialer Akt der Manipulation

Maria Stuart wurde in unruhige Zeiten geboren. Als sie zur Welt kam, starb ihr Vater nach verlorener Schlacht gegen die Engländer unter Heinrich VIII. Ihr erster Gatte, der schwächliche Knabenkönig Franz II. von Frankreich, verschied nach knapp einem Jahr auf seinem Thron. Maria Stuart war kaum 19 Jahre alt und bereits Königinwitwe, als sie schweren Herzens zurück nach Schottland segelte in ihr armes, von zerstrittenen Adelscliquen beherrschtes Königreich. Der unwirtliche Felsenstaat im Norden erinnerte politisch ans heutige Afghanistan mit ebenfalls talibanhaften Zügen im Religionsbereich, wo fanatische Calvinisten um den Hassprediger John Knox wirkten. In England regierte mit wachen Vogelaugen Marias schlaue, aber unsichere Cousine Elisabeth, die als Protestantin kein Interesse an einer starken katholischen Monarchie in Schottland hatte. Zu allem Überdross kam dynastischer Sprengstoff hinzu: Elisabeth sah sich als uneheleiche Tochter Heinrichs VIII. auf wackliger Grundlage. Maria durfte gemäss Erbfolge Ansprüche auf den englischen Thron Elisabeths anmelden. Königin und Gegenkönigin auf einer Insel: Das konnte nicht gutgehen.

Zum Verhängnis aber wurden Maria die Männer. Ihr zweiter Gatte, Henry Stewart, Lord Darnley, war ein gutaussehender Alkoholiker mit einem Hang zu Selbstmitleid und Jähzorn, der sich kurz nach der Heirat an einem Komplott der Lords gegen die eigene Gattin beteiligte. Maria überlebte und schaffte es in einem genialen Akt der Manipulation, ihren pflaumenweichen Ehemann noch in der Tatnacht zum Verrat an seinen Mitverrätern zu bewegen. Was wiederum Darnley ins Verderben stürzte. Die getäuschten Lords sann auf Rache und beseitigten den treulosen Verschwörer durch ein Sprengstoffattentat. Ob Maria von der Ermordung wusste oder gar daran beteiligt war, wurde niemals aufgeklärt. Gesichert aber ist ihr törichtes Verhalten danach. Statt die Untat schonungslos aufzudecken, verfiel sie in Apathie und warf sich ausgerechnet dem Mann an den Hals, der als Hauptdrahtzieher des Gattenmords betrachtet wurde.

Es kam zu bürgerkriegsähnlichen Wirren. Die von ihrem Volk verspottete Maria, kaum 25 Jahre alt und Mutter eines Sohnes, musste nach England flüchten in die Fänge Elisabeths. Die konfuse Königin hoffte auf Hilfe und eine neue Armee, doch es kam anders. Wie eine

heisse Kartoffel wurde die Ungewollte von einer Festung zur nächsten verschoben, ein schwer bewachter Gast, nicht angeklagt, aber auch nicht frei, ein klarer Rechtsbruch seitens der englischen Krone. Elisabeth hatte keine gesetzliche Autorität über ihre schottische Cousine. Handkehrum bedeutete Maria für Elisabeth eine ständige Bedrohung als erste Anwärterin auf ihren Thron. Es blieb der Engländerin nichts anderes übrig, als ihre «geliebte Schwester» widerrechtlich festzusetzen.

Fruchtlose Intrigen und Verschwörungen wurden versucht, um die zu Unrecht gefangene Maria zu befreien. Nach knapp zwanzig Jahren Haft hängten Elisabeths Geheimdienste der längst Gebrochenen endlich einen Mordplan gegen die englische Königin an, um sie vor Gericht zu bringen. Die Beweise waren fabriziert, aber das Todesurteil wurde am 18. Februar 1587 mit der Axt vollstreckt. Der Henker



Rotstift angesetzt: Regisseurin Frey.

traf erst mit dem zweiten Schlag. Als er den abgetrennten Kopf der Königin aufheben wollte, rollte ihm der Schädel unter der Perücke weg. Noch nie zuvor war ein Monarch von Gottes Gnaden hingerichtet worden. Paradoxe Weise stieg die als Herrscherin Gescheiterte gerade dadurch für die Nachwelt zur himmlisch verehrten Märtyrerin empor, während Elisabeth, die sich bis zuletzt gewunden hatte, als grausame Machiavellistin verteufelt wurde: «Die Welt glaubt nicht an die Gerechtigkeit des Weibes, sobald ein Weib das Opfer wird.»

Es ist erstaunlich, dass Zürichs neue Theaterdirektorin Barbara Frey ausgerechnet mit diesem tragischen Geschichtsstoff ihre erste Saison am Schauspielhaus lanciert. Erstaunlich deshalb, weil das Schiller-Stück um die zwei Königinnen von den Abgründen berichtet, in die sich Frauen in Führungspositionen zwangsläufig begeben. Traut man dem Stoff, haben es

Frauen noch viel schwerer als Männer. Den einen verzeiht man Eskapaden, Ehebruch und gewalttätige Aktionen. Frauen hingegen werden dämonisiert, sobald sie gegen die Konvention verstossen. Englands frauenreicher Blaubart Heinrich VIII., der Vater Elisabeths, war ein schwerer Trinker und brachte ungestraft gleich mehrere seiner Bräute um. Die attraktive Maria Stuart galt als sexuell frivol, obwohl sie ab dem 25. Lebensjahr in totaler Keuschheit lebte. Man mag die politische Dummheit kritisieren, welche die Schottenkönigin nach der Ermordung ihres Gatten Darnley an den Tag legte. Aber man kann es ihr nicht übelnehmen, dass sie über die Beseitigung des gemeingefährlichen Intriganten insgeheim wohl glücklich war. In Schillers «Maria Stuart» zahlen die Frauen einen hohen Preis für ihre Macht. Selbst die am Ende siegreiche Elisabeth leidet fürchterlich an der Einsamkeit des Herrschens: «O Sklaverei des Volksdiensts! Schmäbliche Knechtschaft – Wie bin ich müde, diesem Götzen zu schmeicheln, den mein Innerstes verachtet.»

Wie kam die neue Direktorin auf das Stück? Barbara Frey denkt nach. Es habe sie «angesprungen». Erst im Verlauf der Arbeit habe sie die Faszination gepackt. Der zeitlose Kern liege tatsächlich darin, dass sich Frauen in Machtpositionen viel weniger erlauben können als Männer. Andererseits, sagt die Regisseurin, widerlege Schiller das Klischee der armen Maria gegen die böse Elisabeth: «In beiden Frauen waren starke rationale und starke irrationale Kräfte am Werk.» Gestört habe sie das tränenreiche Pathos des deutschen Grossdichters, hier habe sie den Rotstift angesetzt, um die «shakespeare-schen Qualitäten» des Stücks freizulegen.

Kann es sein, dass sich die neue Schauspielhaus-Chefin durch das Studium von «Maria Stuart» auf ihre erste grosse Führungsaufgabe vorbereiten wollte? Ist der Klassiker nicht eine wunderbare Einstimmung auf einen Job, der naturgemäss eine dicke Haut, etwas Machiavellismus und vor allem die Fähigkeit verlangt, das rasonierende Begleitgetöse der Medien auszuhalten? Die Direktorin verneint die Hobbypsychologenfrage. Sie habe weder die Absicht, auf dem Schafott zu enden, noch wolle sie als kaltherzige Scharfrichterin gesehen werden. Es stimme zwar. An «Maria Stuart» lasse sich ablesen, dass sich Männer und Frauen in Machtpositionen ähnlich, aber eben doch verschieden zu verhalten haben. Dass die alten Rollen bis heute wirken, will sie allerdings nicht gelten lassen. «Maria Stuart» ende in Tod und Unglück, ja, sie aber habe das Ziel, in Zürich viel Erfolg zu haben. Mit ihrem Eröffnungstück trifft sie auf jeden Fall einen Stoff von zeitloser Kraft.

«Maria Stuart»: Drama von Friedrich Schiller. Regie: Barbara Frey. Ab 17. September 2009 im Schiffbau, Zürich.

Im Internet

«Maria Stuart» auf www.getabstract.com/weltwoche

Dreissig Gags pro Minute

Fast zwölf Millionen sahen den «Schuh des Manitu» im Kino; jetzt kommt «Wickie und die starken Männer». Eine Begegnung mit Michael «Bully» Herbig, dem erfolgreichsten deutschen Regisseur der Gegenwart, der die Massen beglückt und das Feuilleton narrt. *Von Thomas Binotto*



«Kino muss gross und spektakulär sein»: Szene aus «Wickie und die starken Männer».

Ist das Kunst, wenn sich eine rosa Puderquaste «Winnetouch» nennt? Oder ein Dialog, der so geht: «Mein Name ist Rock.» – «Kuschel oder Hard?» Und wie steht es mit einem Animationsfilm, in dem eine Lissi in die Arme eines Yeti sinkt, der mit hoher Männerstimme spricht und wie Reinhold Messner aussieht? «Nun will Herbig den kleinen, klugen Wickie mit dem Schenkelklopfer zerteilen», stöhnte die *Süddeutsche Zeitung* prophylaktisch, als sich Michael «Bully» Herbig «Wickie und die starken Männer» vornahm.

Es ist die Angst des Feuilletons vor Deutschlands erfolgreichstem Regisseur der Gegenwart. In harten Zahlen: 2001 lockte «Der Schuh des Manitu» 11,7 Millionen Zuschauer ins Kino. Das machte ihn zum erfolgreichsten deutschen Film seit 1945. Dann kam 2004 «(T)Raumschiff Surprise». Wieder war Herbig's Film Primus seines Jahrgangs, mit 9,2 Millionen Besuchern.

Zum Vergleich ein paar andere Jahrgangsbeste: 6,3 Millionen Zuschauer schauten sich «Kein-ohrhasen» an, 6,6 Millionen «Good bye, Lenin!». Den Kultklassiker «Lola rennt» wollten 2,3 Millionen Leute sehen. Gleich viele Zuschauer hatte 2007 Herbig's Animationsfilm «Lissi und der wilde Kaiser», aber das war für seine Verhältnisse schon beinahe ein Desaster. Ein letztes Zahlenspiel: «John Rabe», Gewinner des diesjährigen deutschen Filmpreises, hat es bislang auf gut 160 000 Besucher gebracht. Das dürften annähernd so viele Zuschauer sein, wie es bei den Dreharbeiten zu «Wickie» Zaungäste hatte.

Natürlich, mit Zahlen den Erfolg zu messen, ist unfair, weil Zahlen nichts über die Qualität eines Films aussagen – behauptet zumindest das Feuilleton. Stimmt, es ist unfair, vor allem für die Erfolgreichen, weil ihre guten Zahlen der künstlerischen Reputation schaden. Aus

Rache werden sie dann angeheuert, Filmpreise auf möglichst unterhaltsame Weise zu verteilen, anstatt sie entgegenzunehmen.

Keine Zeit zum Nachdenken

«Gewisse Journalisten haben offenbar Panikattacken erlitten, als bekannt wurde, dass ich «Wickie» machen wollte», sagt Herbig. Aber er kam dennoch nicht in Versuchung, dem Feuilleton einen Gefallen zu tun. «Bei Feuilletonisten habe ich oft das Gefühl: Die schreiben für ihre Kollegen. Eben habe ich in einer österreichischen Kritik zu «Wickie» den Vorwurf gelesen, bei mir dürfe Wickie nicht nachdenken. In der Zeichentrickserie habe er sich beim Steinkampf noch in die Wiese legen und nachdenken dürfen. Das ist doch unsinnig. Wie lange wollen wir in einem Kinofilm einem Kind zuschauen, das ruhig in der Wiese liegt und nachdenkt?»

Am 13. Oktober 2001 allerdings kam der Angriff so unerwartet, dass selbst Herbig für einen Augenblick verdattert wirkte. Damals schüttete Pierre Brice, unser aller Winnetou, dem Publikum auf dem Sofa von «Wetten, dass...?» sein gebrochenes Herz aus, weil sich Herbig am Tiefsten und Wahrsten vergriffen hatte, was der deutsche Kulturschatz zu bieten hat: an Karl Mays Mythos vom edlen Wilden. Eindrücklicher lässt sich nicht demonstrieren, was Komödianten mit Fallhöhe meinen. Dank Brice wurde endgültig klar, weshalb «Der Schuh des Manitu» im Gegensatz zu «Wickie» eine Parodie sein musste. «Je ernster sich eine Vorlage nimmt, desto leichter ist sie zu parodieren. «Wickie» dagegen ist bereits eine sehr humorvolle und witzige Fernsehserie mit vielen Slapsticks – da macht es für mich überhaupt keinen Sinn, daraus eine Parodie zu machen.»

Durchschnittstyp und Alleskönner

Michael Herbig, 1968 in München geboren und mit der «Bullyparade» auf Pro Sieben bekannt geworden, logiert für die Zürcher Premiere von «Wickie» im «Baur au Lac». Zwischen Seidentapeten, Stilmöbeln und unpersönlicher Porträtmalerei sitzt er in Jeans, T-Shirt und Skechers so entspannt auf dem Sofa, als sei er die personifizierte Harmlosigkeit. Was zunächst so gar nicht nach Komödiant und Erfolgsregisseur aussieht, gehört zu Herbigs wichtigstem Potenzial: Die grundsätzliche Normalität macht den begnadeten Parodisten erst möglich. Dieser Durchschnittstyp kann schlichtweg alles sein.

Im Gespräch wird schnell spürbar, wie ernst er seinen Job nimmt. «Sogar bei meinen Parodien war es mir wahnsinnig wichtig, dass sie technisch einwandfrei gemacht waren. Deshalb habe ich den «Schuh des Manitu» letztlich selbst produziert, weil etliche Produzenten meinten, das sei eine Komödie, also könne man sie ja im Bayerischen Wald drehen.»

Herbig signiert Stapel von Autogrammkarten, ohne dass dabei Hektik aufkommt. Lässt sich hingebungsvoll mit seinen Fans ablichten. Ist stolz darauf, seine Budgets nicht zu überziehen. Nimmt Worte wie «Verantwortung» ungeniert in den Mund. Bedankt sich schliesslich – und man glaubt es ihm – fürs interessante, leider allzu kurze Gespräch. Herbig ist Profi durch und durch, ein kluger Kopf auch, der genau weiss, wann Clown angesagt ist und wann nicht.

Wenn aus Michael der durchgeknallte Bully wird, dann bestimmt sehr kontrolliert. Viel Planung, wenig Improvisation. «Bei einer Parodie gehören, überspitzt gesagt, dreissig Gags pro Minute ins Drehbuch. Da arbeitet man mit verschiedenen Ebenen: vorne ein Wortwitz, im Hintergrund ein visueller Gag, auf der Tonspur geschieht wieder etwas Eigenes. In der Parodie versuchst du abzufeuern, was geht,

auch wenn natürlich nicht jeder Schuss ein Treffer ist.»

Diese Professionalität ist Ausdruck einer Leidenschaft: Herbig liebt das Kino aufrichtig. «Weil man dafür den Hintern bewegen muss. Kino ist ein Event, und genau das macht es auch überlebensfähig. Ich bin deshalb sehr gespannt, wie sich die 3-D-Technik weiterentwickeln wird. Ich hätte schon «Lissi und der wilde Kaiser» am liebsten in 3-D gemacht. Kino muss gross und spektakulär sein.»

Es gibt kein ehrlicheres und gnadenloseres Genre als die Komödie. Wenn's tragisch wird, stellen wir uns sicherheitshalber tiefsinnig. Aber niemand fühlt sich gezwungen, aus Solidarität über fade Witze zu lachen. Erschütterung und Nickerchen lassen sich im Kinosaal kaum unterscheiden. Eine Komödie ohne



Messbarer Erfolg: Regisseur Herbig.

Lacher hingegen ist ein grausam öffentliches Desaster. Der Produzent und Drehbuchautor Ulrich Limmer bringt es lakonisch auf den Punkt: «Es ist sehr viel einfacher, einen kommerziell erfolglosen Film zu machen als einen kommerziell erfolgreichen.» Der Erfolg von Komödien ist messbar und kommt ohne den Segen der Kritik aus.

Womöglich noch mehr als der Erfolg missfällt den Kulturbeflissenen, dass Komödien von Natur aus Gleichmacher sind. Das widerstrebt einem renitent-elitären Publikum: Es sträubt sich dagegen, zu einer prustenden Lachmasse zu verschmelzen. Das zu erreichen, ist jedoch genau die Kunst des Bully Herbig. «Ich glaube, es hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun, dass man etwas aus Überzeugung macht, weil man es selber lustig findet. Es ist ein grosser Fehler, Gags zu analysieren und sich zu sagen: «Okay, an dieser Stelle lachen die Kids, da

lachen die Erwachsenen – und jetzt brauchen wir noch etwas für die 14- bis 24-Jährigen.» Das geht komplett in die Hose, weil man zuletzt einen Einheitsbrei abliefern, den am Ende des Tages überhaupt niemand mehr mag.»

Komödien sind also ein hochriskantes Unternehmen. Ob sie funktionieren, lässt sich nicht im Labor feststellen. «Ich halte nichts von Testvorführungen. Die sind völlig überbewertet. Ihr grosser Nachteil besteht darin, dass sich die Leute durch den Fragebogen aufgefordert fühlen, etwas Kritisches zu sagen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass man sie so förmlich auf Fragen stösst, die sie sonst gar nie gestellt hätten. Mir geht es ja auch so, wenn mich ein Kollege anfragt, ob ich Lust hätte, seinen Rohschnitt anzuschauen. Ich gehe rein, schaue mir einen halbfertigen Film an und stelle genau dieselben doofen Fragen.» Doofe Fragen stellen übrigens auch Kritiker, welche Pressevorführungen besuchen.

Wer hinter das Geheimnis der Komödie kommen will, dem bleibt laut Herbig deshalb nur eine Wahl: Ganz normale Kinovorstellungen besuchen, denn «wenn du permanent mit Gleichgesinnten im Sud schwimmst, verlierst du den Blick fürs Ganze». Als Zuschauer unter Zuschauern lernt Herbig, wie Kino funktioniert.

Dann geht er hin und macht selbst welches, auf eigenes Risiko: «Bei mir rebelliert der Bauch, sei es beim Schreiben, beim Drehen oder beim Schneiden. Ich kann das Gefühl nicht genau beschreiben, aber ich spüre sofort, da zwickt was, da funktioniert etwas nicht, das macht keinen Spass. Das ist natürlich keine Garantie für den Erfolg, aber es hilft mir immerhin, dass ich am Ende weiss, alles getan zu haben, was ich für richtig halte.»

Mit «Wickie und die starken Männer» hat Herbig, wie es scheint, sogar das Feuilleton zufriedengestellt. Wenn das bloss kein schlechtes Omen ist. Und auch nicht der Auftakt zur süssen Rache der Cineasten. Die besteht nämlich in Fällen wie bei Herbig darin, dem puren Vergnügen mit analytischem Brimborium doch noch drögen Tiefsinn unterzujubeln.

Dann allerdings wäre es höchste Zeit, dass Herbig wahr macht, was er schon 2001 angedroht hat: «Ich glaube, ich mache jetzt einen Kunstfilm. Ich nenne ihn «Metapher», natürlich unter einem anderen Namen, zum Beispiel Michelle Bulier. Ich drehe dann auch in Schwarzweiss. Und die Frauen haben dann natürlich auch Haare unter den Achseln, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Film in Tschechisch gedreht und mit französischen Untertiteln versehen. Das reiche ich dann in Cannes ein, und wenn wir dann gewinnen, sage ich: «Hi! War nur Spass!»»

Wickie und die starken Männer.

Regie: Michael Herbig. Deutschland, 2009

Der vergessene Gründervater

Die Nachwelt hat die Verdienste Ulrich Ochsenbeins (1811–1890) um das Land ignoriert. In einer meisterhaften Biografie rehabilitiert Rolf Holenstein den grossen Staatsmann und «Erfinder der modernen Schweiz». *Von Hanspeter Born*



Welcher Kontrast zum seichten Geschwafel, das wir von unseren heutigen Magistraten gewohnt sind: Ulrich Ochsenbein.

Ulrich Ochsenbein? Es ist schwer verständlich, ja geradezu unglaublich, dass der Name eines der wenigen ganz grossen Staatsmänner unserer Geschichte, eines Mannes von Einsicht und Tatkraft, der an der Gestaltung der modernen Schweiz entscheidenden Anteil hatte, so gut wie vergessen ist.

Am Schluss seiner monumentalen «Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft» nennt der bedeutende Historiker Johannes Dierauer (1842–1920) den 1848 errichteten Bundesstaat eine «glückliche Errungenschaft». Er bewährte sich, weil er – so Dierauer – «nicht, wie einst die helvetische Einheitsrepublik, nach einer ungeschichtlichen Doktrin von fremder Seite aufgezwungen, sondern in weisem Anschluss an einheimische historische Überlieferung entworfen und als natürliches Ziel einer stetig aufschwellenden inneren Bewegung ins Leben gerufen» worden war. Geschmiedet wurde dieser bis heute ein unerschüttertes Fundament bildende Bundesstaat innerhalb einer wenig mehr als ein Jahr dauernden turbulenten Zeitspanne, in der die Emotionen hochgingen, die Weltanschauungen aufeinanderprallten, nicht nur geistig, sondern auch mit den Waffen, und in der das Fortbestehen der Eidgenossenschaft an einem Faden hing.

Die Schweiz hatte das Glück, dass in jenen schicksalsschweren Monaten einige Männer von überzeugendem Format ihr Staatsschiffchen durch die Wogen steuerten, ihnen allen voran ein Advokat, Gemeindepolitiker und Offizier aus Nidau am Bielersee, der eben zum bernischen Regierungspräsidenten gewählt wurde knapp 36-jährige Ulrich Ochsenbein. Zwei Jahre zuvor hat Hauptmann Ochsenbein den Freischarenzug gegen das konservative Luzerner Regime angeführt, der in einem militärischen Debakel und dem Massaker Dutzender von Freischärlern bei Malters endete.

Herzblut für die Unabhängigkeit

Nach einem Sieg der Radikalen bei den Grossratswahlen wird Ochsenbein Regierungspräsident und leitet als Vertreter des Vororts Bern vom 1. Juni 1847 bis zum 31. Mai 1848 auch die Tagsatzung, ist also Bundespräsident. In seine Amtszeit fallen der Sonderbundkrieg und die Ausarbeitung der Bundesverfassung. Beide bedeutungsschweren Vorgänge hat Ochsenbein wegweisend beeinflusst. In seiner sehr sorgfältig recherchierten, klar und süffig (im besten Sinne des Wortes) geschriebenen, durch sicheres Urteil bestechenden neuen Biografie nennt Rolf Holenstein Ochsenbein «Erfinder der modernen Schweiz». Das Prädikat ist nicht zu hoch gegriffen.

Wer ist dieser unbekannte Erfinder der Schweiz, was hat er geleistet? Holenstein erzählt eine Lebensgeschichte von seltener Faszinationskraft und zeichnet prägnant und anschaulich die heroischen wie die komischen

Aspekte einer entschwundenen Zeit. Wie kaum ein anderes Buch hilft uns «Ochsenbein», ins 19. Jahrhundert einzutauchen und dieses zu verstehen. Nehmen wir das historische Präsidialjahr Ochsenbeins, so wie Holenstein es spannend schildert. Erster Höhepunkt ist am 6. Juli seine Eröffnungsansprache an die Tagsatzung, nach Aussagen eines St. Galler Abgeordneten «die kühnste Rede, die je bei ähnlichem Anlass gesprochen worden ist».

Ganz Europa blickt nach Bern: die konservativen Eliten, die seit 1815 das Sagen haben und die das Revolutionslabor inmitten von Europa – die Schweiz – zerschlagen wollen ebenso wie die Völker, die mit dem eidgenössischen Kampf um Demokratie und Selbstbestimmung sympathisieren.

Die Politik, ruft Ochsenbein aus, halte nicht Schritt mit den Errungenschaften von Wissenschaft und Technik: «Und inmitten dieser neuen geistigen Welt stehen die alten sichtbaren Pfeiler der Vorzeit, die mumienhaften sozialen Einrichtungen, angehörend einer längst verschwundenen Anschauungsweise, andern Begriffen, andern Verhältnissen und Bedürfnissen, auf keine andere Grundlage gestützt als auf die Macht der Gewohnheit, des Ehrgeizes oder des Eigennutzes – Strukturen, welche bei der leisesten Erschütterung wie verwittertes Gemäuer auseinander zu fallen drohen [...] Das Gewitter leuchtet, aber der europäische

«Das Gewitter leuchtet, aber der europäische Staatenkoloss achtet seiner nicht, denn er schläft.»

Staatenkoloss achtet seiner nicht, denn er schläft – aber einen gefährlichen Schlaf.» Welche Kraft der Worte, mit denen Ochsenbein prophetisch den Völkerfrühling des kommenden Jahres voraussieht! Und welcher Kontrast zum seichten Geschwafel, das wir von unseren heutigen Magistraten gewohnt sind.

Ochsenbein skizziert die Grundlinien der künftigen «Gesamteidgenossenschaft», für deren Schaffung der gegenwärtige Zeitpunkt «keineswegs ungünstig» sei. Er hat einen historischen Kompromiss im Auge, einen moderat reformierten Bundesstaat mit «möglichster Schonung der Kantonsouveränität und der Eigentümlichkeit der verschiedenen Stände».

Er spricht in der überfüllten Berner Heiliggeistkirche vor der Kulisse der kostbaren, Karl dem Kühnen abgenommenen Burgunder Teppiche. Adressaten sind auch die anwesenden ausländischen Gesandten, die mit Unmut und Erstaunen den Ausführungen des Bundespräsidenten lauschen. Die Mächte wollten die Bundesreform verhindern, sagt Ochsenbein, aber sie hätten keinerlei Rechtstitel hierfür, und auch ihre tieferen Interessen sprächen gegen eine bewaffnete Intervention: «Sollten wir uns aber trotz dieser Tatsachen dennoch täuschen;

sollte das Unwahrscheinliche, eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Eidgenossenschaft, versucht werden, so soll die Welt wissen, dass die Schweiz, stark durch ihr gutes Recht, gross durch die überall verzweigten Sympathien aller freien und um Freiheit ringenden Völker, die letzte Kraft und das letzte Herzblut aufzuopfern wissen wird, ihre [...] Unabhängigkeit zu wahren.» Pathetische Worte, aber ernst gemeint.

Lieber in Ehren untergehen

Die Mächte – ausgenommen das der Schweiz wohlgesinnte England – sind *not amused*. Tags darauf spricht in Ochsenbeins Wohnung im Berner Altenberg-Quartier der französische Gesandte Graf Bois-le-Comte vor, mit einem Schreiben seines Ministerpräsidenten Guizot in der Tasche: Die von den Mächten gegebene Garantie von Territorium und immerwährender Neutralität gelte nur, wenn der Bund von 1815 unverändert bleibe. Ochsenbein verbittet sich auswärtige Einmischung. Bois-le-Comte, im Volksmund «der Holzgraf», droht für den Fall einer Revision des Bundesvertrags mit einer militärischen Intervention. Der Bundespräsident beendet die Audienz: «Wenn die alliierten Mächte *va banque* spielen wollen, so werden wir mitspielen.»

Dringlichstes Traktandum der von Ochsenbein präsierten Tagsatzung ist der Sonderbund der sieben katholischen Orte, der mit seinem Separatkriegsrat und seinen konspirativen Beziehungen zu den konservativen europäischen Mächten gegen Bundesrecht verstösst. Im Namen Berns beantragt Ochsenbein dessen Auflösung, und am 20. Juli 1847 beschliesst die Tagsatzung mit zwölf ganzen und zwei halben Kantonsstimmen dies. Doch wie bringt man eine Mehrheit dazu, zu den Waffen zu greifen, wenn die Sonderbundskantone sich weigern sollten? Verschiedene Kantone zögern. Ochsenbein will angesichts der in ganz Europa herrschenden Gärung und in Erwartung «grosser Ereignisse» in den Nachbarländern im Innern die Einheit wiederherstellen, die Ordnung wiederherstellen und die Beschlüsse der Tagsatzung vollziehen. Er geht behutsam vor, bricht die Verhandlungen der Tagsatzung am 9. September ab und räumt ihr eine fünfwöchige Bedenkfrist ein.

In den Sonderbundskantonen Schwyz, Unterwalden, Uri, Luzern, Zug, Freiburg und Valais will das Volk jetzt den Krieg. Die katholischen Kantone sind militärisch gut gerüstet und siegesgewiss. Als die liberale Zwölfermehrheit am 17. Oktober bei einer Sonderkonferenz im Berner Rathaus vor einer Kriegserklärung zurückschreckt und eine Friedensmission in die Sonderbundskantone entsenden will, fürchtet Ochsenbein katastrophale Folgen, wenn man mit militärischen Massnahmen zuwarten würde. Parallel zur Friedensmission beschleunigt er die Kriegsvorbereitungen. Bereits am

21. Oktober wird der General gewählt, der angesehene Genfer Militär Guillaume-Henri Dufour, dem Ochsenbein anfänglich misstraut, weil er ihn für politisch zu konservativ hält.

Noch immer sträuben sich «diplomätelnde» Kantone, darunter Schaffhausen, Solothurn und St. Gallen, gegen einen Waffengang. Am 28. Oktober findet eine von Basel-Stadt eingefädelte Vermittlungskonferenz statt. Die Basler, die vorher in den radikalen Kantonen die alleinigen Kriegstreiber sahen, überzeugen sich davon, dass der Sonderbund den Krieg will.

Der Bruch ist da, die Gesandten der sieben katholisch-konservativen Kantone reisen aus Bern ab. Am 4. November warnt der britische Geschäftsträger Ochsenbein vor einer beabsichtigten Intervention Frankreichs und Österreichs. Seinem Aussenminister Lord Palmerston rapportiert Peel die Reaktion des Bundespräsidenten: «Let it come», habe Ochsenbein geantwortet, «wenn unsere Streitkräfte besiegt werden, dann werden wir wahrscheinlich nicht länger eine Nation bleiben; aber ich für meinen Teil würde es vorziehen, dass wir aufhören, als Nation zu bestehen, als dass wir in der entehrenden Stellung verbleiben, die wir allzu lange eingenommen haben.» Die Tagsatzung beschliesst die Auflösung des Sonderbunds mit Waffengewalt. Ochsenbein begründet Berns Stimme für die gewaltsame Vollziehung: Die Existenz der Schweiz fordere sie. Laut Biograf Rolf Holenstein hat Ochsenbein jahrelang beharrlich sein Ziel verfolgt: «Zur Existenzsicherung der Eidgenossenschaft muss eine neue Schweiz gebaut werden; der konservativ-klerikale Fundamentalwiderstand gegen den Bau einer liberal und bundesstaatlich verfassten Schweiz ist mit Waffengewalt zu brechen.»

Hohes Lob vom General

Im Krieg verwandelt sich Bundespräsident Ochsenbein in Divisionär Ochsenbein, Kommandant der 5600 Mann starken Berner Reservedivision, die im Emmental in Wartestellung geht. Als General Dufour am 20. November den Befehl zum Angriff auf Luzern gibt, stehen die vier eidgenössischen Divisionen drei bis vier Stunden von der Leuchtenstadt entfernt, Ochsenbeins Reservedivision jedoch zwölf Stunden. Das Entlebuch mit unzähligen Terrainhindernissen ist eine tückische Falle, und Dufour will dort keine Niederlage riskieren. Ochsenbein brennt darauf, mit seinen Truppen nach Luzern zu marschieren. Zweieinhalb Jahre zuvor hat er das Gelände rekonstruiert und in einem detaillierten Bericht beschrieben, wie die Hindernisse im Entlebuch zu bewältigen seien. Er entsendet seinen engsten Mitarbeiter (und späteren besten Freund), Fritz Courvoisier, zu Dufour, um diesen umzustimmen. Schliesslich gibt Dufour der Berner Reservedivision grünes Licht. Ochsenbein setzt vor allem auf Umgehungsmanöver, besteht bei Escholzmatt und Schüpfheim



«Eine neue Schweiz muss gebaut werden»: General Dufour im Sonderbundskrieg 1847.

siegreich Gefechte. Am 24. November ziehen die eidgenössischen Truppen in Luzern ein, am 29. November ergibt sich nach den andern Sonderbundskantonen auch das Wallis. Etwas über 100 Tote und 500 Verwundete hat der 27 Tage dauernde Krieg gefordert.

Ochsenbein reitet an der Spitze seiner Division in Bern ein – «die Musik spielt auf, Triumphbögen, Girlanden, Vivat-Rufe von Jung und Alt, Tausende sollen auf den Beinen gewesen sein, Trommelschlag, anhaltender Kanonendonner vom Altenberg herunter, feierliche Dankesadresse». Am 1. Dezember präsidiert Ochsenbein bereits wieder die Tagsatzung.

Im Krieg hat sich zwischen ihm und General Dufour eine Freundschaft entwickelt und gefestigt, die das ganze Leben hindurch anhält. Der besonnene Dufour, der mit seiner schonenden, im entscheidenden Moment zupackenden Kriegführung zum «überall hoch geachteten und tief bewunderten Vater des Vaterlands» geworden ist, schreibt seinem Divisionär Ochsenbein kurz vor Kriegsende: «Ich schätze mich glücklich, Ihnen meine volle Zufriedenheit über die Art und Weise auszusprechen, wie Sie Ihre Division in den zwei Feldzügen gegen Freiburg und Luzern geführt haben. Sie haben dabei Festigkeit, Mut und eine weise Mässigung gezeigt, wofür ich Ihnen meinen tiefsten Dank aussprechen möchte. Ich weiss insbesondere auch, was Sie in Malterts getan haben, um den Ausbruch verhängnisvoller Rachegefühle zu verhindern. Dieses Verdienst ist in meinen Augen so bedeutend, dass ich glaube, das Vaterland sei Ihnen dafür zu grossem Dank verpflichtet. Die Beziehungen, die Sie als Divisionskommandant mit mir hatten, waren immer ausserordentlich angenehm. Ich habe dies in sehr starkem Masse empfunden. Ich

wünsche, dass Sie dasselbe in bezug auf mich empfinden.»

Hohes Lob für den Militär Ochsenbein. Festigkeit und weise Mässigung – zudem Fantasie, Höflichkeit und Takt – zeichnen auch den Verfassungsschöpfer Ochsenbein aus. In der Schweizer Geschichte wird er immer seinen Platz haben als einer der Initiatoren, Ideenlieferanten, Redaktoren und Durchsetzer der Bundesverfassung. Er ist einer der *founding fathers* unseres Bundesstaates, vielleicht der *founding father* schlechthin. Die von Ochsenbein präsidierte «Verfassungsrevisionskommission von 1848», schreibt Holenstein, «ist unter den Hunderten oder Tausenden von Kommissionen, die es in der Schweiz je gegeben hat, mit Abstand die wichtigste». Es gelingt ihr, «innerhalb von 51 Tagen die von gewalttätigen Revolutionen mehrfach erschütterte Bürgerkriegsschweiz in den stabilsten Staat und die für lange Zeit einzige lebensfähige Demokratie in Kontinentaleuropa» zu verwandeln.

Entscheidende Weichen stellt der Präsident selber. Ochsenbein ist es, der beantragt (und durchsetzt), dass der Bund künftig für politische Verträge mit dem Ausland und für den amtlichen Verkehr mit auswärtigen Staaten exklusiv zuständig ist, was ein geschlossenes aussenpolitisches Auftreten der Schweiz möglich macht. Ochsenbein ist es, der – gegen starken Widerstand – die eidgenössische Hochschule durchsetzt, deren Aufgabe er nicht nur auf wissenschaftlicher, sondern auch auf staatspolitischer Ebene sieht. Sie soll Sprachbarrieren niederreissen und die Elite des Landes zusammenführen. Schon als einer der Hauptpromotoren der zwei Jahre zuvor ausgearbeiteten neuen bernischen Verfassung hat



Bundesrat anno 1848: Ochsenbein (links oben).

Ochsenbein ein offenes Bern in einer offenen Schweiz gefordert: mit Freizügigkeit, Rechtsgleichheit, Niederlassungsfreiheit, politischen Rechten für alle Schweizer, auch ohne Gegenrecht. Im gleichen Sinne beantragt er, dass die Kantonsverfassungen verbindlich auf Rechtsgleichheit, individuelle Freiheitsrechte, republikanische Staatsform mit repräsentativer oder direkter Demokratie, obligatorisches Verfassungsreferendum und Verfassungsinitiative beim Volk verpflichtet werden. Ochsenbeins Vorstoss geht in die Artikel 4 bis 6 der Bundesverfassung über, mit denen das westlich-individualistische Freiheits- und Demokratieverständnis in den widerstrebenden konservativen Kantonen durchgesetzt wird.

Auch für das Zweikammersystem mit National- und Ständerat gibt Ochsenbein den entscheidenden Anstoss und ebnet den Weg zum historischen Kompromiss zwischen den Anhängern eines möglichst lockeren Bundes mit weitgehender Wahrung der Kantonsouveränität und den Befürwortern eines zentralistischen Einheitsstaates. Er plädiert dafür, «den historischen Verhältnissen, den Sitten des Volks und der topografischen Lage alle Rücksicht angedeihen zu lassen, jedoch ohne Beeinträchtigung der höheren Idee der Nationalität». Schon früher hatte er einmal geschrieben: «Nordamerika gibt uns ein Vorbild, das wir nachahmen sollten.»

Die Tagsatzung billigt den Revisionsentwurf, doch ausgerechnet in seinem Heimatkanton stösst Ochsenbein auf erbitterten Widerstand. Die politisch gut vernetzten Ultraradikalen um seinen grossen Rivalen Jakob Stämpfli wollen von dem erarbeiteten Kompromiss nichts wissen und treten für einen straffen Zentralstaat mit Einkammerparla-

ment ein. Sie sind im Gegensatz zu Ochsenbein auch für eine Aufhebung der Neutralität. Ochsenbein verteidigt sein Werk und stellt dabei Vergleiche mit den Nachbarländern an: «Das staatliche Leben bewegt sich eben dort nur um das Zentrum, es konzentriert sich auf Paris, auf Wien, auf Berlin, in den Extremitäten dieser Länder aber ist es erdrückt. Umgekehrt kann man in Föderativstaaten die Zentralgewalt mit den nöthigen Befugnissen ausrüsten, aber gleichzeitig ist auch für die Extremitäten gesorgt, dass jeder Kanton seine inneren Bedürfnisse selbständig anordne und keine Despotie herrsche. Darum ist eine Zentralregierung im eigentlichen Sinne nicht gut.»

Ochsenbein beschwört den bernischen Grossen Rat, die neue Schweiz jetzt zu bauen, bevor «infolge der gegenwärtigen Verhältnisse in Europa die Kriegsfackel sich erhebt, wenn die europäischen Mächte das Schwert ziehen gegeneinander und dann auch den eidgenössischen Boden ansprechen in ihrem Interesse».

Ochsenbein setzt sich im Rat durch, und im Juni akzeptiert die Tagsatzung das neue Verfassungswerk; im Juli und August folgen die Abstimmungen in den Kantonen, von denen 15,5 zustimmen, während 6,5 (Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug, Wallis, das Tessin und Appenzell Innerrhoden) den Verfassungsentwurf ablehnen. Der Kanton Bern sagt deutlich ja, bei einer Stimmbeteiligung von bloss 19 Prozent. Die Schweiz ist jetzt ein Bundesstaat.

Verleumdung und Schicksalsschläge

Im November wird Ochsenbein von der Vereinigten Bundesversammlung in den ersten Bundesrat gewählt, dem er bis 1854 angehört und in dem er das Militärdepartement umsichtig und kompetent leitet. Ihm fehlt allerdings eine eigene Hausmacht im Kanton Bern – Parteien gab es damals noch nicht –, und sowohl Ultraradikale wie Konservative intrigieren gegen ihn. 1854 können es sich die eidgenössischen Parlamentarier nicht leisten, einen Berner Bundesrat wiederzuwählen, den die Berner selber nicht mehr wollen. Ochsenbein wird als Bundesrat zugunsten seines Rivalen Stämpfli abgewählt. Undank ist der Welt Lohn.

Als Privatmann ohne Pension und mit einer kinderreichen Familie trägt sich Ochsenbein mit dem Gedanken, in Amerika ein neues Leben anzufangen. Schliesslich trägt ihm Frankreich einen Posten als Brigadegeneral an, der in Besançon eine Schweizer Legion auf die Beine stellen soll. Nach dem kurzen französischen Zwischenspiel lebt «General Ochsenbein» als Gutsbesitzer im Seeland, betreibt Landwirtschaft und betätigt sich schriftstellerisch. In einer Streitschrift kritisiert er die vom Bund beschlossene Juragewässerkorrektur als der Natur zuwiderlaufend und warnt vor einem Absinken des Torfbodens, was zu einer neuen

Versumpfung und zu Überschwemmungen führen werde. Er wird recht behalten – wenn auch erst nach seinem Tode. Biograf Holenstein lobt ihn als frühen Ökologen.

Ochsenbeins Versuch, mit 67 Jahren nochmals bei bernischen Grossratswahlen in die Politik einzusteigen, begegnet die regierende freisinnige Partei mit bösartigen Presseartikeln, die ihn als Feigling im Freischarenzug und Reisläufer in Frankreich diffamieren. Er täte besser daran, rät man ihm, «sich fünfzig Klafter tief wegen seiner Vergangenheit und der dem Schweizerlande durch ihn zugefügten Schaden in den Boden hinab zu schämen, anstatt wieder von sich reden zu machen». Ochsenbein klagt auf Verleumdung, verliert zwei Prozesse. Die *NZZ* spricht von einer «nur aus politischen Motiven erklärbaren Rechtsverweigerung». Das ungerecht negative Bild, das die Bevölkerung durch die Pressehetze von Ochsenbein gewonnen hat, wird durch eine 1918 erschienene Biografie verfestigt. Die Biografie ist ein übles propagandistisches Machwerk und stützt sich zum Teil auf gefälschte oder gar erfundene Quellen.

Auch von persönlichen Schicksalsschlägen bleibt Ochsenbein nicht verschont. Vier seiner Kinder sterben früh. Dann, am 13. November 1883, die Tragödie. «Durch ein furchtbares Verhängnis wurde der in höchstem Grade bedauernswerthe Greis nach einer langen glücklichen Ehe von seiner Gattin getrennt» (*Basler Nachrichten*). Ochsenbein wollte von seinem Landgut «Bellevue» südlich von Nidau auf die Jagd gehen: «An seiner Jagdtasche hatte er einen grossen geliehenen Regenschirm befestigt, um ihn dem Eigenthümer zurückzubringen. Beim Verlassen des Zimmers muss sich in der engen Thüröffnung der Schirm gesperrt und dabei einen in Ruhe stehenden Hahn der Doppelflinte gehoben haben, so dass derselbe zurückschlug und eine geladene Patrone entzündete. Auch höchstens zwei Schritte ging die volle Ladung der Frau Ochsenbein in die Brust, so dass sie sofort todt zusammenbrach.» Ochsenbein selbst stirbt am 3. November 1890 im 79. Altersjahr.

1847/48 war er der rechte Mann zur rechten Zeit am rechten Ort gewesen. Ein Glücksfall für die entstehende Schweiz. Und ein Glücksfall für die heutige schweizerische Geschichtsschreibung ist die Biografie «Ochsenbein». Rolf Holenstein, ehemaliger Produzent, Frankreich-Korrespondent und «Wissen»-Redaktor der *Weltwoche*, hat in aller Stille, fernab der sterilen akademischen Welt, neue Quellen entdeckt, alte Quellen neu gewertet und eine meisterhafte Biografie geschrieben, die Bestand haben wird.

Rolf Holenstein: Ochsenbein. Erfinder der modernen Schweiz. Echtzeit. 656 S., Fr. 48.–
Weltwoche-Leser erhalten das Buch für Fr. 44.– unter: www.echtzeit.ch/weltwoche oder beim Echtzeit-Verlag, «Ochsenbein», Murbacherstr. 34, 4056 Basel

«Gerüttelt Mass an Bodenhaftung»

Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist der Aufsteiger des Jahres in der deutschen Politik. Der liberale Aristokrat plädiert für Bescheidenheit und Marktwirtschaft. Er möchte Deutschland für Deutsche wieder attraktiver machen. Die Steuern seien trotz Krise zu senken. *Von Roger Köppel*

Seit letztem Februar wirkt Karl-Theodor zu Guttenberg, Jahrgang 1971, als deutscher Bundesminister für Wirtschaft und Technologie in der Koalitionsregierung von Angela Merkel. Der aus Bayern stammende CSU-Politiker beerbte seinen glücklosen Vorgänger Michael Glos und avancierte im Handumdrehen zu einem der beliebtesten deutschen Minister. Als gutbetuchter Adliger mit einer attraktiven Frau entspricht er nicht unbedingt dem Gleichheitsideal des deutschen Politikbetriebs. Zudem vertritt er Positionen jenseits des etatistischen Mainstreams. Als es um die Rettung der angeschlagenen Traditionsfirma Opel ging, setzte sich Guttenberg gegen die Kanzlerin für ein geordnetes Insolvenzverfahren statt für Staatshilfe ein. Mit diesem Akzent brachte er Kritiker zum Verstummen, die dem gutaussehenden Schnellaufsteiger nicht zugetraut hatten, dass er seine Überzeugungen auch gegen eisigen Widerstand durchzuboxen versucht.

Der «Baron der Herzen» (Hans-Ulrich Jörges) wartet noch auf grosse Bewährungsproben, aber der Sympathieträger ist bereits jetzt eine nachhaltig erfreuliche Erscheinung im politischen Deutschland. Er verkörpert einen modernen liberal-konservativen Typus, dessen hohe Zustimmungswerte im Volk doch zu belegen scheinen, dass es genügend Deutsche gibt, die vernünftige ordnungspolitische Positionen zu schätzen wissen im aktuellen Wahlkampf.

Im Gespräch beweist Guttenberg exzellente Manieren und Bescheidenheit. Selbst bei eher linken Journalisten kommt er an. Manchmal wirkt er fast zu perfekt, um wahr zu sein. Seinem kostenbewussten Ansatz allerdings sind obamahafte Umverteilungsfantasien fremd. Gut möglich, dass er nach den Wahlen weitere Jahre in seinem Ministerium verbringen darf.

Herr Minister, Sie sind gutaussehend, adelig, reich und haben eine blonde Frau: Normalerweise kommt man mit diesen Eigenschaften in der auf Grau und Gleichheit kodierten deutschen Politik nicht nach oben. Wie erklären Sie sich Ihre Popularität?

Viele der Charakterisierungen, die ich in den letzten Monaten über mich in der Presse lesen durfte, waren auch für mich sehr interessant und haben mir bisweilen den einen oder anderen fragenden Blick

meiner Familie eingehandelt. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass solche Beliebtheitswerte immer nur Momentaufnahmen sind, die vor allem zu Bodenständigkeit und Bescheidenheit verpflichten.

Wie haben Sie sich für den Fall vorbereitet, dass Ihnen die Medien die Sympathien wieder entziehen werden?

Solche Umschwünge sind unvermeidbar. Deshalb ist es überaus hilfreich, wenn man sich gelegentlich an die Endlichkeit von Ämtern und Beliebtheitskalen erinnert, die diesen unwiderlegbar zugrunde liegt. Umso mehr ist es geboten, sich mit Herz und Verstand auf jene Sachthemen zu konzentrieren, die uns in diesen schwierigen Zeiten alle zur Genüge in Anspruch nehmen, und authentisch zu bleiben.

Was ist die entscheidende Erkenntnis, die Sie in der Wirtschaftskrise über die Politik gewonnen haben?

Besonnenheit und schnelle Entscheidungen müssen sich nicht ausschliessen. Eine weitere entscheidende Erkenntnis aus der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/09 ist in meinen Augen, dass wir das Modell der sozialen Marktwirtschaft nicht als Teil des Problems ansehen dürfen, das die Krise verursacht hat, sondern im Gegenteil, dass wir es als Teil der Lösung begreifen. Freiheit muss stets eingekleidet sein in ein nicht zu starres Korsett an Regeln. Das ist eine Quintessenz unserer sozialen Marktwirtschaft. Dieser Grundsatz der geregelten Freiheit ist zusammen mit einem gerüttelt Mass an Bodenhaftung eine Grundvoraussetzung für die Neuausrichtung der internationalen Finanzmärkte und bei der Überwindung der Krise.

Man wirft den Deutschen gerne vor, sie würden panisch auf Krisen reagieren. Als Aussenstehender hat man den gegenteiligen Eindruck. Die Deutschen scheinen gelassener als ihre aufgeregten Politiker.

Auch wenn ich den Begriff redundant benutze: Die Deutschen handeln in der Krise besonnen. Die Menschen wissen um die Ernsthaftigkeit der Situation, neigen aber nicht zu Panik, sondern wissen um die Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben. Ich glaube, wir sind in Deutschland gut aufgestellt, um wirtschaftlich gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Im Übrigen hat sich in Deutschland in den letzten Jahren eine stärkere positive Grundstimmung ver-

festigt, als es uns zuweilen zugeschrieben wird.

Ist Vollbeschäftigung, wie Kanzlerkandidat Steinmeier formuliert, realistisch?

In intellektuell überschaubaren Wahlkampftönen und Begründungsmustern kaum. Trotz der zunehmend schwieriger werdenden Lage am Arbeitsmarkt bleibt aber Vollbeschäftigung ein wichtiges Ziel. Vor dem Konjunkturreinbruch gab es beispielsweise in Süddeutschland Regionen, in denen die Arbeitslosenquote unter fünf Prozent, mancherorts sogar unter drei Prozent lag. Doch es geht nicht allein um statistische Grössen. Für mich zählt, dass jeder, der ernsthaft Arbeit sucht, auch eine realistische Chance hat, Arbeit zu finden.

Pro Jahr wandern rund 30 000 meist hervorragend qualifizierte Deutsche in die Schweiz aus. Was macht Deutschland falsch? Was ist zu tun, damit Deutschland für diese Deutschen wieder attraktiver wird?

In den letzten Jahren sind immer mehr hochqualifizierte Deutsche in die Schweiz abgewandert. Den von Ihnen genannten rund 30 000 Menschen dürften allerdings knapp 10 000 deutsche Rückkehrer aus der Schweiz gegenüberstehen, so dass die Abwanderung netto wohl nur bei etwas mehr als 20 000 liegt. Die Erfahrung zeigt, dass viele nur vorübergehend ins Ausland gehen, häufig aus Karrieregründen. Das ist nicht nur negativ zu beurteilen. Generell dürfte sich der weltweite Wettbewerb um Hochqualifizierte aber weiter intensivieren. Diesem Wettbewerb müssen wir uns auch wirtschaftspolitisch stellen. Es kommt deshalb darauf an, Deutschland für Fachkräfte noch attraktiver zu machen. Ich denke dabei vor allem an Entlastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich Steuern und Abgaben und an ein attraktives Forschungsumfeld, zum Beispiel durch die Schaffung entsprechender Verbände.

Sie haben kürzlich gesagt, die Schweiz wäre eine Bereicherung für die EU. Wieso sind Sie dieser Meinung?

Sie wäre es in mehrfacher Hinsicht: politisch, wirtschaftlich und kulturell. Einige Beispiele: politisch, weil die Schweiz mit ihrer Integrationserfahrung Impulse für die Integration innerhalb der EU geben könnte, und wirtschaftlich, weil sich die Märkte weiter integrieren könnten. Die Schweiz gehört bereits jetzt zur europäischen Familie, doch



«Viele gehen nur vorübergehend ins Ausland»: Wirtschaftsminister zu Guttenberg, 38.

könnte ihre Einzigartigkeit noch besser eingebracht werden und damit die EU kulturell bereichern.

Im Steuerstreit zwischen der Schweiz und Deutschland wurden teilweise martialische Töne angeschlagen. Haben Sie Ihren Kollegen Peer Steinbrück in seinem Kampf gegen angebliche Steueroasen unterstützt?

Inhaltlich unterstütze ich Massnahmen gegen Steueroasen, soweit sie Massstäben der Vernunft genügen. Über die jeweils sinnvolle Tonlage und die diplomatische Kinderstube kann man unterschiedlicher Ansicht sein. Ich freue mich, dass die OECD-Standards fast überall Anerkennung finden. Beim Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz und bei der dazugehörenden Verordnung haben wir uns auf eine tragfähige Lösung geeinigt.

Sie fordern Steuersenkungen. Gleichzeitig ist für 2010 eine Neuverschuldung von über achtzig Milliarden Euro budgetiert, die höchste seit dem Zweiten Weltkrieg. Sind Steuersenkungen in Deutschland in nächster Zeit nicht völlig illusorisch?

Richtig ist: Wir müssen einen Bundeshaushalt mit einer historisch einzigartigen Neuverschuldung konsolidieren und die neue Schuldenregel einhalten. Dennoch gibt es Handlungsbedarf bei einigen Regelungen im Steuerrecht, die für die Unter-

nehmen krisenverschärfend wirken. Wir müssen zugleich auch eine Entlastung der Bürger und Unternehmen, Stichwort: kalte Progression, im Auge behalten. Denn nur eine leistungsfähige, wachsende Wirtschaft bringt die Steuereinnahmen hervor, die wir brauchen, um die Staatsverschuldung wieder abzubauen und zugleich die Staatsaufgaben zu erfüllen.

Im Wahlkampf 2005 wurde den Leuten erzählt, wo sie sich überall einschränken müssen in Zukunft. Diesmal scheinen, eine Ferndiagnose, die Programme voll mit Wohltaten: mehr Kindergeld, weniger Steuern. Wo werden sich die Deutschen einschränken müssen?

Natürlich müssen wir alle Vorschläge, die auf einen Anstieg der Ausgaben zielen, kritisch hinterfragen. Fest steht: Wir müssen in den kommenden Jahren das sehr hohe Haushaltsdefizit aus der Wirtschaftskrise unbedingt wieder zurückfahren. Dies geht nur, wenn wir gleichzeitig sparen und unsere Wirtschaft rasch auf den Wachstumspfad zurückkehrt. Dann verfügt der Staat auch wieder über eine solide Einnahmehasis. Ausserdem werden viele Ausgaben, die im Zuge der Wirtschaftskrise stark angestiegen sind, automatisch wieder entbehrlich.

Wo muss die Bundesrepublik die Staatsausgaben herunterfahren?

Wie gesagt: Haushaltskonsolidierung und Wachstum hängen unmittelbar zusammen. Wenn die Konjunktur, so wie es sich derzeit abzeichnet, im Jahr 2010 wieder konstant ins Laufen kommt, werden wir vor allem die rezessionsbedingten Mehrausgaben zurückfahren können. Dazu zählen die von vornherein bis 2010 befristet angelegten Ausgaben im Rahmen der Konjunkturprogramme, wie zum Beispiel die Umweltprämie oder die Investitionsförderungen für den Mittelstand, aber auch die in jeder Abschwungphase typischerweise zunehmenden Arbeitsmarktausgaben. Mittelfristig müssen wir ferner alle wesentlichen Ausgabenpositionen darauf überprüfen, dass die mit ihnen verbundenen Ziele möglichst effizient erreicht werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir bei Subventionen und Transfers noch stärker dafür Sorge tragen müssen, dass Mitnahmeeffekte möglichst unterbleiben.

Ihr klares Bekenntnis zum freien Markt und gegen einen zu starken Staat hat Ihnen in Deutschland zu ungeheurer Popularität verholfen. Selbst Ihre Kritik an der Staatsgarantie für Opel scheint bei einem grossen Teil der Wähler gut angekommen zu sein. Ist der Kapitalismus in Deutschland also immer noch sexy?

Mich ermutigt, dass so viele Menschen von den Grundprinzipien der sozialen Markt-

WEISSE KAFFEEMOUSSE MIT SCHOKOLADENSCHAUM

FÜR 4 PERSONEN

MOUSSE:

2½ dl Rahm, 30 g Kaffeebohnen*, 2 Blatt Gelatine, 2 Eigelb, 50 g Rohrzucker*, 1 Messerspitze Zimt

SCHAUM UND SAUCE:

50 g dunkle Schokolade mit 50% Kakaogehalt*, ½ dl Milch, 80 g Orangen-Passionsfrucht-Konfitüre*, 2 Esslöffel Orangensaft*, 1 Eiweiss, 2 Esslöffel Honig*, 35 g Tropic Mix*

- 1 Für die Mousse den Rahm mit den Kaffeebohnen kurz aufkochen. In eine Schüssel geben und über Nacht durchziehen lassen.
- 2 Die Gelatine in Wasser einweichen. Eigelb, Zucker und Zimt mit dem Handrührgerät zu einer dicklichen Masse aufschlagen.
- 3 Den Rahm durch ein Sieb giessen und steif schlagen.
- 4 Gelatine in ein Pfännchen geben und schmelzen. 2 – 3 Esslöffel geschlagenen Rahm beifügen und gut verrühren. Diese Mischung kräftig unter die Eicreme rühren, dann den restlichen Rahm unterheben. Die Creme in 4 Gläser füllen und kühl stellen.
- 5 Für den Schaum Schokolade zerbröckeln und in eine Schüssel geben. Die Milch aufkochen und darübergiessen. Wenn die Schokolade geschmolzen ist, alles glatt rühren und abkühlen lassen.
- 6 Die Konfitüre und den Orangensaft verrühren. Die Sauce auf die Mousse verteilen.
- 7 Das Eiweiss mit dem Honig steif schlagen. Den Eischnee unter die ausgekühlte Schokoladencreme ziehen und auf die Gläser verteilen. Bis zum Servieren mindestens 2 Stunden kühl stellen.
- 8 Den Tropic Mix grob hacken. Vor dem Servieren die Kaffeemousse damit bestreuen.

* mit dem Fairtrade
Max Havelaar Gütesiegel

Kochidee von Starköchin Florina Manz

F. Manz

Heute koche
ich fair!



wirtschaft überzeugt sind. Eindrucksvoller können diejenigen, die das Ende derselben ausrufen oder die Marktwirtschaft durch immer mehr Umverteilung und Staatseingriffe abwürgen wollen, gar nicht widerlegt werden. Die Vergangenheit hat mehrfach bewiesen, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Ich denke an den Fall Holzmann oder viele Landesbanken. Hier hat die Staatsbeteiligung nicht nur viel Geld, und zwar das Geld der Steuerzahler, sondern auch letztendlich viele Arbeitsplätze gekostet. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass so etwas nicht wieder passiert. Die Menschen wissen, dass in einer Marktwirtschaft Un-

«Die Schweiz könnte Impulse für die Integration innerhalb der EU geben.»

ternehmen nur Erfolg haben, solange sie innovativ sind und dem Verbraucher attraktive Angebote machen. Im Moment wird von vielen Seiten empfohlen und auch gefordert, Deutschland müsse seine Wirtschaft anders organisieren. Deutschland solle weniger stark auf Exporte setzen und stattdessen den inländischen Konsum fördern. Wie beur-

teilen Sie diese Empfehlungen und Forderungen?

Bei dieser Diskussion müssen wir eines festhalten: Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist kein Konzept, das in der Vergangenheit von Staatsseite festgelegt worden ist. Der Erfolg deutscher Exporteure ist vielmehr das Ergebnis marktwirtschaftlicher Entscheidungsprozesse im internationalen Wettbewerb. Richtig ist, dass Deutschland aufgrund seiner starken weltweiten Verflechtung besonders stark vom globalen Nachfrageeinbruch getroffen wurde. Deshalb war es wichtig, dass wir schnell Gegensteuer gegeben haben. Mit fast hundert Milliarden Euro, oder vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts, haben wir uns aber nicht nur dem kurzfristigen Nachfrageausfall aus dem Ausland entgegengestellt, sondern auch die langfristigen Wachstumskräfte mobilisiert und die inländische Nachfrage gestärkt. Dabei entlasten insbesondere die beschlossenen Steuer- und Abgabensenkungen Bürger und Unternehmen. Gleichzeitig fördern wir Investitionen vor allem beim Mittelstand und öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Ausser in Deutschland ist die Geburtenrate 2008 in sämtlichen Ländern der EU gestiegen, in Deutschland sank sie weiter. Bereitet Ihnen das Sorgen?

Der demografische Wandel in Deutschland in den nächsten zwanzig bis dreissig Jahren, der vor allem durch eine zunehmende Alterung und zum Teil auch Schrumpfung der Bevölkerung bestimmt sein wird, ist für alle eine grosse Herausforderung, die für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand im Land Verantwortung tragen. Das sind Politik, Unternehmen, Tarifpartner, gesellschaftliche Organisationen und die Bürgerinnen und Bürger. Mit dem neuen Elterngeld, den Kindergelderhöhungen, dem Kindertagesstättenausbau, der Förderung von Telearbeit oder auch der zunehmenden Arbeitszeitflexibilisierung haben wir in den letzten Jahren grosse Fortschritte für kinderfreundlichere Bedingungen und für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemacht. Darüber hinaus setzen wir auf eine bessere Aus- und Weiterbildung der Menschen und werden im Bereich der Bildungsinfrastruktur unsere Investitionen weiter ausbauen. Denn in einer kleiner werdenden Gesellschaft muss ein immer grösserer Teil der Gesellschaft hochqualifiziert sein, um die Position im internationalen Wettbewerb weiter ausbauen zu können. Die Wirkung dieser Politik braucht aber Zeit. Gleichzeitig sollten wir auch respektieren, dass der Wunsch nach Kindern eine zutiefst private Angelegenheit ist. ○

DER WAHRE EIDGENUSS



Cremig. Mild. Mampfig.

Gepflegt mit Wein.

Die Höhlengereiften.

Alpenkräuter-Genuss.



www.emmi-eidgenuss.ch

Mit den vier veredelten Käsespezialitäten von Emmi erleben Sie den wahren Eidgenuss. Lassen Sie sich von den individuellen Geschmackserlebnissen kulinarisch verführen. Jetzt mit Wettbewerb auf jeder Packung!

**WIN: 3 ALPENFLÜGE
UND 12.000 EXKLUSIVE
«EIDGENUSS»-WEINE**



Teilnahmebedingungen unter www.emmi-eidgenuss.ch und auf jeder Packung. Kein Kaufzwang.



Eine Frau für schwache Stunden: Schauspielerin Sophia Loren.



Die Sünderin

Von Daniele Muscionico

Alles, was sie hier sehen, verdanke ich Spaghetti», flüstert die Sanddüne zum Fotografen. Und trägt ihr Achselhaar offen im Wind. Die fünfziger Jahre sind noch jung, da macht der bombastische Busen einer Minderjährigen am Strand die Runde. Ein Wesen, vollreif in jedem Glied, grüne Katzenaugen und ein Mund, so endlos wie die Adria. Das schöne Kind, munkelt man, hat sich einen kleinen, hässlichen Mann geangelt, einen, der so alt ist wie ihr Vater. Carlo Ponti ist Filmproduzent.

Ponti dreht mit ihr «Drei Sünderinnen» («Un giorno in pretura»), und mit diesem Film findet eines der erfolgreichsten Paare der Kinogeschichte zusammen. Sofia Scicolone, in Schande geboren, heisst von nun an Sophia Loren und verkörpert das ideale Weib, das sich Adam aus seiner Rippe zurechtgeschnitten hat: eine Frau für schwache Stunden, immer elegant und allzeit sinnlich, sie macht's lasziv, sie kann's frivol – doch jederzeit ist sie Sophia, die Tugendreine. 1953 ist ihr erfolgreichstes Jahr, sie dreht insgesamt acht Filme. Doch Karriere geschieht ihr wie eine unbefleckte Empfängnis. «Ich kann in zwölf Sprachen nein sagen, das genügt für eine Frau» wird ihr geflügeltes Wort.

Sophia Loren ist die Schutzpatronin des italienischen Kinos. Und nichts ist ihr heiliger als ihr Image der dressierenden Frau. An der Seite von Marcello Mastroianni war sie's am überzeugendsten, unter ihrem Regisseur Vittorio De Sica am erfolgreichsten und an der Seite von Ponti am längsten. Und «weil Frauen immer hinter Filmproduzenten her sind», das weiss sie aus eigener Erfahrung, wird sie zur Hündin, die ihre Konkurrentinnen vom Futterplatz beisst. Die Loren ist keine schaumgeborene Venus, sie ist der Phönix, der aus dem Scheuersand kommt.

Ihre Herkunft ist ihr Talent, die vulkanische Heimaterde ihr Urgrund, und wer aus moralischen Gründen dem Argument ihrer Oberweite skeptisch gegenübersteht, wird sich zumindest von ihrem Aufstieg berühren lassen – ihrem Weg von der Vorstadtschönen zum Weltstar, vom neapolitanischen Fischerort Pozzuoli in die Unsterblichkeitshalle Hollywoods.

Heute ist Sophia Loren die letzte grosse Diva unserer Zeit. Und wenn sie am 20. September 75 Jahre alt wird, blüht sie noch immer frisch wie ihre eigene Tochter. Chirurgischer Feinschliff hin, ein göttlicher Wille her: Italien hat die Loren längst heilig gesprochen. Man nennt sie Mamma Sophia! Die höchste Auszeichnung, die Italien verleihen kann.

Hecheln und heulen

Als Wölfin im Raubtierkäfig ist sie so sexy wie nie zuvor. Die Fans von Shakira sollen diese Botschaft nun im Internet verbreiten.



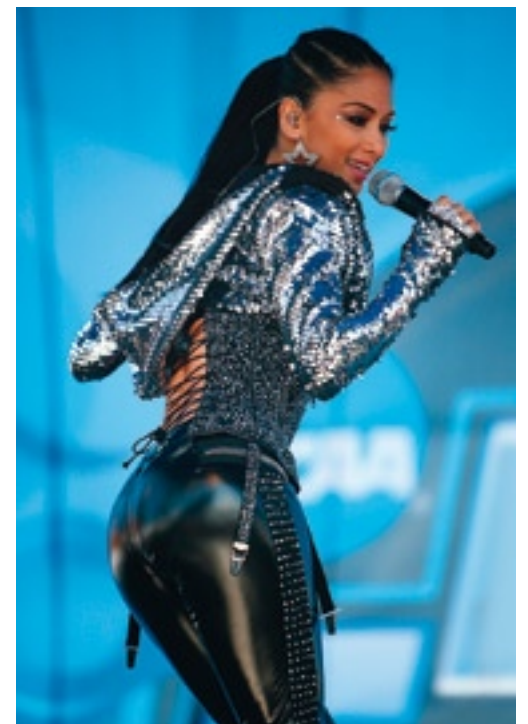
Schweisstreibende Stunden: Sängerin Shakira.

Shakira — Man erinnert sich an eine blondierte Latino-Nixe, die sich mit exzessivem Hüftschwung zu einem Mix aus Pop, Panflöte und Jodel am Strand verausgabte. Immerhin nicht umsonst: Über 75 Millionen Tonträger hat Isabel Mebarak Ripoll alias Shakira inzwischen verkauft und nebenbei ganz uneigennützig die Fundación Pies Descalzos – zu Deutsch Stiftung Barfuss – für kolumbianische Strassenkinder gegründet. Und jetzt erleben wir ihr Comeback als wilde Wölfin mit Dauerwelle in Highheels im Raubtierkäfig. Hechelnd und heulend, mit allerlei Verrenkungen und lackierten Krallen, gibt die 32-jährige Kolumbianerin zu verstehen, dass

sie es noch einmal wissen will. Dabei kann ihr asymmetrischer Catsuit im Video zu «She Wolf» nicht verbergen, dass der Käfighaltung ein paar schweisstreibende Stunden beim Fitnessstrainer vorausgegangen sind. Als würde das alles den Erfolg nicht garantieren, wird auf Shakiras offizieller Homepage zur viralen Verbreitung ihres Liedguts aufgerufen – und zwar mit dem «Dust-Prinzip». Dust stehe für «Digital User Shakira Team», heisst es da, «je mehr Arbeit ihr hineinsteckt, desto grösser wird die Belohnung sein». Welche Belohnung? «Wir wissen noch nicht genau, wie diese Belohnung aussehen wird, aber seid gewiss, dass ihr schwer beeindruckt sein werdet.» Aha. «Wenn

ihr ein Mitglied der Dust-Crew werden wollt, erhaltet ihr nicht nur Ruhm und Ehre unter den Fans, sondern auch die Tools und Tipps, um die Message über Shakira online zu verbreiten.» Soso. «Wir arbeiten sogar an einem speziellen Dust-Gruss, so dass ihr eure Dust-Kollegen jederzeit grüssen könnt.» Solange Shakira weiterhin kolumbianische Strassenkinder unterstützt, scheint es kein Problem zu sein, dass sie ihre Fans nicht ganz so ernst zu nehmen scheint. (rs)

Nicole Scherzinger — Auf die Standarderklärung: «Wir haben uns auseinandergelebt, wollen aber Freunde bleiben», wartete man zum Aus der Beziehung mit Formel-1-Weltmeister Lewis Hamilton vergebens. Stattdessen hiess es aus Hamiltons Lager: «Er ist verdammt jung, unfassbar reich und hat derzeit einfach keine Lust auf eine solche enge Beziehung», und er wolle seine Zeit als Single ganz bewusst geniessen. Das ist nicht gerade die feine Art, möchte man sagen, denn die 31-jährige Pussycat-Dolls-Frontfrau sei über das Ende der gemeinsamen Zeit bestürzt, schockiert und fühle sich gedemütigt. Modisch Interessierte werden sich aber auch fragen: «Was kann da noch kommen?» Denn die attraktive Tochter hawaiisch-russisch-philippinischer Eltern kleidete sich auch an Hamiltons Seite stets, als ob sie



Gedemütigt: «Pussycat» Scherzinger.

verzweifelt auf der Suche wäre. Zu eng, zu kurz, zu aufreizend, zu jung – Nicole Scherzinger fand es und zog es an. Wer weiss, vielleicht darf man sich in Zukunft auf etwas weniger Styling auf der Überholspur und etwas mehr Klasse freuen. Denn auch Pussycat Dolls müssen erwachsen werden. (dom)



Ich, der Nachhaltige

Unser Kolumnist findet, er soll nicht immer über ähnliche Anlässe schreiben. Darum heute einmal etwas anderes.

Von Mark van Huissingling

Vergangene Woche blieb ich in Zürich, am Wochenende fand die «Lifefair 2009» statt, die «Messe für Nachhaltigkeit und Green Lifestyle» (Eigenreklame). Ich wäre nie hingegangen als Besucher, bzw. der Anlass wäre nie Gegenstand dieser Spalte gewesen, schon klar – deshalb lud man MvH als Teilnehmer eines Podiums ein. Die Diskussion hatte, in meinen Augen, einen sogenannten *graveyard slot* bekommen: Sonntag, 12.30 bis 13.30 Uhr. Das war schon schlimm. Aber dann war noch schönes Wetter, vermutlich der letzte Sommertag des Jahres. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass irgendjemand dort sein würde ausser den Gästen (neben mir Frank Bodin, Chef von Euro RSCG, einer Werbeagentur; Daniel Krieg, Chef von KSB/SJ, einer anderen Werbeagentur sowie Klaus Kofler, Trend- und Zukunftsforscher aus Österreich).

Doch es gab Menschen in den Maag-Hallen, ich habe sicher zweihundert gezählt, darunter Familien mit kleinen Kindern, deren nächste fünfzehn oder so Lebensjahre vorgezeichnet sind, so sah es aus: Waldkindergarten, Waldorf- oder Steiner-Schule, *Weltwoche*-Abonnement, einmal kommt der Bruch, nicht wahr? Sie sahen sich das Gezeigte an (Bio-Naschmarkt, Energie-Erlebnis-Pfad; ein Stand von Volkswagen, kein Witz). Noch schwieriger zu begreifen für mich war, weshalb zirka hundert Zuhörer vor der Bühne auf den Beginn der Diskussion warteten (einige hatten bloss Stehplätze). Vermutlich lag es an dem Gegenstand, über den wir diskutieren sollten («Öko ist tot, es lebe der LOHAS – ökologischer Lifestyle im 21. Jahrhundert»).

Der Gesprächsleiter, Edgar Schuler vom *Tages-Anzeiger*, begann mit: «Wer weiss, was LOHAS ist?» Zum Glück fragte er die Zuhörer, die meisten wussten es, sagten sie. (Lifestyle of Health and Sustainability, Leben in Gesundheit und Nachhaltigkeit, *now I know, too.*) Ich finde nicht, übrigens, dass ich eine Fehlbesetzung gewesen bin; ich meine, ich kam mit offenem Visier, ohne vorgefasste Meinung. Die anderen Redner hatten, wie fast alle Opinion-leader angeblich, sogenannte Wertewandel hinter sich. Bloss MvH nicht. Er findet, nur zum Sagen, Menschenleben seien seit langer Zeit eigentlich ziemlich gleich: Männer verlassen morgens die Höhle, gehen den ganzen Tag über glühende Kohlen, kommen abends zurück mit Tieren, die sie getötet haben, und wollen dann Spass oder ihre Ruhe. Frauen, für die, die es interessiert, wollen Kinder und dass der Mann zurückkommt, mit toten Tieren und, ab und zu, Edelsteinen oder so. (Und Kinder wollen einen Hamster – so funktioniert die Welt; der ist von Taki Theodoracopulos, dem Bücherschreiber, Kolumnisten und Erben.)

Ich sagte weiter, um einen Gegenbeweis zu der Geschichte mit dem Wertewandel zu haben, dass vier von fünf Diskutierern hier eine Rolex trugen. (Kofler hatte keine Uhr an.) Und dass das auf einem ähnlichen Podium vor zehn resp. zwanzig Jahren vermutlich auch so gewesen sei. Und in zehn resp. zwanzig Jahren vermutlich noch immer so sein werde. Nach der Veranstaltung stand ferner in der *Wochenzeitung*: «Weltwoche-Kolumnist Mark Van Huissingling fand, dass es auch Gewinner der Klimaerwärmung gebe, wenn auch nicht in Bangladesch.» Für mich hat es sich also gelohnt; ich wollte schon lange in die *Woz*, der Satz ist gut (und mein Name war fast fehlerfrei geschrieben, richtig wäre mit kleinem v).

Jetzt zu einem Gegenstand, den man mehr erwartet *chez moi*: dem «Style Award 2009». Erstmals bekamen Männer in der Schweiz eine Auszeichnung für Kleidung und Haltung, von PKZ; das Geschäft an der Bahnhofstrasse war umgebaut worden, anstatt einfach einer Wiedereröffnung gab es ein Reopening mit Award-Verleihung (und anschliessender Berichterstattung darüber); eine Idee, die ich auch gerne gehabt hätte. (In der Kategorie «Young» gewann Viet Dang, Hip-Hop-Tänzer und Choreograf. In «Casual» Alfredo Häberli, Designer, und in «Business» Marc Forster.) Falls Sie finden, *yours truly* hätte auch etwas gewinnen sollen, freue und bedanke ich mich. Das wäre aber schlecht möglich gewesen – ich war Mitglied der Jury, die die Gewinner wählte.

Zum Schluss waren *the redhead* und ich noch 2 der zirka 280 Gäste an der Hochzeitsfeier von Barbla und Rudi Bindella. Der Abend im Restaurant «Terrasse» hat mir gut gefallen. Ich kenne nicht die Gründe, aber ich finde, die Feste von Brautleuten, die nicht zum ersten Mal heiraten, sind immer irgendwie besser.



www.clarinsmen.ch

NEU



Anti-Age-Pflegeprogramm.
Neue Energie
für Männerhaut.



Frischekick für das Gesicht. Dank Bisongras und Jambù mildert Anti-Rides Fermeté ausgeprägte Falten und Spannkraftverlust.

Hautverträglichkeit geprüft.

CLARINS MEN

«Sean Connery war besser als Roger Moore»

Sir Ken Adam, der wohl berühmteste Filmarchitekt der Welt, über seine grössten Sets, die besten Bond-Darsteller und den fehlenden Humor beim neusten Agenten-Klassiker.



«Alles ist irrsinnig schnell geschnitten»: Filmarchitekt Adam.

Ihr «War Room» aus «Dr. Strangelove or: How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb» und die Raketenplattform im Vulkankrater aus «You Only Live Twice» sind legendär. Welches war die grössere Herausforderung?

Der Vulkanset, weil er der grösste je gebaute Filmset war, jedenfalls der grösste freistehende Set in Europa. Die technischen Probleme waren extrem anspruchsvoll. Hinzu kam, dass Ian Fleming, der die Bond-Romane schrieb, wohl nie in Japan war, denn vieles, was er beschrieben hatte, existierte gar nicht. Die Produzenten, der Kameramann Freddie Young und ich flogen in zwei Helikoptern drei Wochen lang über zwei Drittel von Japan, ohne etwas zu finden. Inzwischen waren, aufgrund des Riesenerfolgs von Bond, bereits die Daten für den Filmstart in 3000 Kinos weltweit festgelegt worden, und wir

hatten noch nicht einmal ein Skript, wir wussten nicht, was wir zu tun hatten. Am allerletzten Tag überflogen wir diese Vulkanregion in Kyushu in SüdJapan mit sechs oder acht Vulkanen, die wie eine schwarze Mondlandschaft aussahen, unglaublich, und als wir landeten, kam mir die Idee: «Wäre es nicht herrlich, die Kommandozentrale des Bösewichts in einen erloschenen Vulkan zu bauen?» Der Produzent Albert «Cubby» Broccoli sagte: «Wie viel wird das kosten?» Ich konnte keine Summe nennen. «Wenn ich dir eine Million Dollar gebe, kannst du's machen?», fragte er. Ich bejahte, und dann begann ich, mir ernsthaft Sorgen zu machen.

Welches sind Ihre Erinnerungen an «Barry Lyndon»?

Keine sehr glücklichen. Bei «Dr. Strangelove» hatten Kubrick und ich eine unglaubliche Beziehung, auch weil ich ihn täglich in

meinem Jaguar E-Type zum Studio fuhr, nie schneller als 30 Meilen pro Stunde. Wenn man den Regisseur sechs Monate lang ein-einhalb Stunden chauffiert, geht man einander auf die Nerven. Zu ihm unterhielt ich die engste Beziehung, die ich jemals zu einem Regisseur pflegte, was gute und schlechte Seiten hat. Ich wollte eigentlich nicht mehr mit ihm arbeiten, sondern ihn als Freund behalten. Stanley verlangte ganz einfach zu viel. Er hatte ein Computerhirn, und er war der beste Fotograf der Welt, aber Design war nicht seine Sache. Deshalb musste ich alles und jedes intellektuell rechtfertigen, und das ist tödlich. Er wollte mich für «2001: A Space Odyssey», wo es mir noch gelang, mich herauszuwinden. Zu «Barry Lyndon» konnte er mich leider überreden. Ich bezahlte meine Zusage mit einem Nervenzusammenbruch und einem Klinikaufenthalt.

Wer war der bessere 007: Sean Connery oder Roger Moore?

Sean. Roger war eher der Gentleman. Sean konnte ziemlich gemein sein zu Frauen. Er war vielleicht nicht der Bond, der Fleming vorgeschwebt hatte zu Beginn, aber der Regisseur Terence Young führte ihn gut, und als Fleming Connery kennenlernte, war er überzeugt von ihm.

Karin Dor spielte in «You Only Live Twice» das erste deutsche Bond-Girl. Wie fanden Sie sie?

Sie passte gut zu Sean. Und Lotte Lenya war natürlich fantastisch als tückische Überläuferin Rosa Klebb.

Bond verkörperte Glamour und den Jetset-Lifestyle. Warum ist das nicht mehr so?

Ich denke, die Macher begehen einen grossen Fehler, besonders beim letzten Bond. Alles ist irrsinnig schnell geschnitten, so dass das Publikum gar nicht mehr weiss, wie ihm geschieht. Ich jedenfalls kam nicht mehr mit. Daniel Craig ist ein guter Schauspieler, aber er wirkt mehr wie ein Muskelmann, wie ein Stuntman. Ich weiss, der Film war ein kommerzieller Hit, aber ich finde, man müsste sich wieder stärker auf die Story und den Spirit von Bond konzentrieren. Ausserdem ist der Humor verlorengegangen.

Sir Ken Adam, 88, schuf die Sets zu legendären Bond-Filmen und arbeitete für Stanley Kubrick. Im Verlag Ink Tree erschienen ist gerade das Buch «Style and Scale, or: Do You Have Anxiety?».

Die Fragen stellte Jürg Zbinden.

Die Swinging Sixties: Yeah, yeah, yeah

Von Jürg Zbinden

Die Sixties: das Jahrzehnt von Ken Adam und James Bond, den Beatles und den Stones, Andy Warhol und Velvet Underground, Jimi Hendrix und Janis Joplin, des Monterey Pop Festival und von Woodstock. Sie brachten den Minirock, die Weltraummode und Michelangelo Antonionis «Blow-up» (1966), Arthur Penns «Bonnie and Clyde» (1967), Roman Polanskis «Rosemary's Baby» (1968). Kennzeichnend für die Ära ist ein Fortschrittsglaube, der einige bemerkenswerte Zeitzeichen hinterlassen hat.

1 — Die insektoiden Shades erinnern an die Science-Fiction-Visionen eines Paco Rabanne oder André Courrèges. «Outer space» war zwanzig Jahre danach auch Thierry Mugler, der sich auf dem kreativen Höhepunkt von der Haute Couture verabschiedet hat. Das Retro-Future-Modell von Dolce & Gabbana kostet Fr. 304.–. Im ausgewählten Fachhandel.



1

2 — Das zeittypische Lebensgefühl ums Handgelenk stellt sich ein mit der Senator-Sixties-Kollektion von Glashütte Original. Beliebt war die quadratische Kissenform – wie hier beim «Square Chronograph». Das konvex geformte und beidseitig entspiegelte Saphirfrontglas gibt den Blick frei auf das ebenfalls gewölbte Zifferblatt (silber oder schwarz). Fr. 9650.–. Im ausgewählten Fachhandel.



2

3 — Flowerpower wie von der Carnaby Street, der Londoner It-Street der Sixties: Bikerjäckchen in Silberlamé (Fr. 1500.–) über geblümter Schleifenbluse (Fr. 2100.–), knöchellange Ottoman-Hose aus Viskose (Fr. 660.–), Leggings aus Spitze (Fr. 660.–), Turban aus Stretch-Nappa (Fr. 660.–). Alles von Bally.



3

4 — Den Bar Boy von Verner Panton gibt es schwarz oder weiss. Der rollende Klassiker von 1963 ist mobiler Behälter für Flaschen und Gläser sowie Beistelltischchen in einem und kostet um Fr. 3490.–. Bezugsinfos: www.vitra.com/de-ch/dealers/ch



4

5 — Die Liege Soft Pad Chaise ES 106 ist die schönste 68erin! Ihre Eltern sind Charles und Ray Eames. Sechs mit Reissverschlüssen verbundene Kissen sind auf dem Aluminiumrahmen befestigt, zwei lose Kissen sorgen für zusätzliche Bequemlichkeit. Der Preis: etwa Fr. 9640.–, mit Premiumleder etwa Fr. 10 560.–. Bezugsinfos unter www.vitra.com/de-ch/dealers/ch



5



Auto

Mit Angeber-Gen

Die Neuauflage des Dodge Challenger ist ein unökologisches Raubtier. Von Ulf Poschardt

Am Ende der sechziger Jahre hatten Freiheitsträume noch kein ökologisches Gewissen. Das Roadmovie «Fluchtpunkt San Francisco» zeigt den ehemaligen Rennfahrer Kowalski, wie er in nur 15 Stunden einen Dodge Challenger von Denver nach San Francisco überführt. Der grosshubige Achtzylinder schluckt während der Flucht bis zu 30 Liter Super. Wachgehalten durch Amphetamine und berauscht von Songs und Ermunterungen des blinden DJ Supersoul, der für ihn den Polizeifunk abhört, rast Kowalski (gespielt vom späteren TV-Detektiv Petrocelli, Barry Newman)

durch Amerika. Sein Auto, das ihn am Ende in den Tod treibt, besass über 7,2 Liter Hubraum, hatte 380 PS, und sein löwenartiges Raunen und Fauchen hält den Soundtrack zusammen. Da der Film eine Low-Budget-Produktion war, borgten sich die Filmemacher bei Chrysler fünf Challenger. Im dramatischen Finale rast der Challenger auf eine Sperre zu und explodiert. Da die Kasse derart leer war, schob man einen umlackierten abgetakelten Chevy Camaro gegen die Barrikade und liess ihn hochgehen.

Ein Fall für MvH

Seit letztem Jahr gibt es wieder einen Challenger, und der sieht besser aus als der alte. Das grimmige Gesicht hat der neue Challenger von seinem Urahn, und auch die drahtige Silhouette folgt der Familien-DNA.

Die Reifen sind grösser geworden, der neue Challenger steht auf 20-Zoll-Felgen. Wer will, kann ihn wie in der guten, alten, wilden Zeit mit poppigen Rallyestreifen bestellen. Alle Tester sind sich einig: Der giftigste Motor ist der beste – und wer wirklich durchgeschüttelt und von Testosteron aufgeputzt werden

will, muss sich für den infernalisch lauten Achtzylinder entscheiden.

Auf der Berliner Prachtstrasse Ku'damm gibt es immer mehr Challenger. Gefahren wird er in der Regel von mittelalten Herren, die sonst distinguiert auftreten: mit beigen Tweed-Sakkos und schönen Wildlederschuhchen. Nur die etwas vulgären Sonnenbrillen lassen auf das sympathische Angeber-Gen schliessen.

Kaum ein europäisches Auto vereint eine derart ruppige Form der Aggressivität mit einer leicht antiquierten Eleganz. Der Challenger ist ein unökologisches Raubtier: Er ist der pornografischste Muscle-Car der Gegenwart. Dank der Dollarschwäche und wohl auch dank dem schwindenden Zutrauen der Weltökonomie gegenüber Obama ist der Challenger unfassbar günstig zu haben: 42 645 Dollar kostet der SRT – in Franken umgerechnet, sind das rund 40 000 –, und zwar gut ausgestattet mit Fünfgangautomatik, Ledersitzen, Brembo-Bremsen und Xenon-Lichtern.

Natürlich kommen Ausfuhr und Zoll dazu, weil die europäischen Dodge-Händler dafür keinen Markt sehen. Leider. Ein Mark van Huisseling könnte den Challenger für Zürich salonfähig machen.

Ulf Poschardt ist stellvertretender Chefredaktor der Welt am Sonntag in Berlin.

Dodge Challenger SRT-8

Leistung: 431 PS, Hubraum: 6059 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: 42 645 Dollar



Die Königsklasse

Das Soundsystem von Bang & Olufsen im Aston Martin DBS ist das beste seiner Art. *Von David Schnapp*

Unsere Reihe über Highend-Soundsysteme in englischen Luxuswagen schliessen wir mit dem Höhepunkt ab: Das Audiosystem von Bang & Olufsen für den Aston Martin DBS erheben wir nach unseren Hörproben in die Königsklasse der Auto-Soundanlagen. Zugegebenermassen ist es Geschmackssache, ob einem die audiophile Klangcharakteristik von Naim im Bentley oder die elegante Präzision von B&O im Aston Martin besser gefällt. Das Audiosystem von Bowers & Wilkins für Jaguar hingegen hat einen anderen Ansatz.

Das B&O-System überzeugt durch seine Klarheit und Genauigkeit. Der Algorithmus beispielsweise, der den Surround-Effekt berechnet, ist nahezu perfekt. Wir haben Peter Gabriels «Secret World» – eine der besten Pop-Liveaufnahmen überhaupt – gehört. Trotz der engen Platzverhältnisse im DBS bekommt das Konzert eine brillante Räumlichkeit, ohne die Livesituation zu verfälschen: Schlagzeug, Gesang usw. sind vorne klar zuzuordnen, während der Applaus des Publikums einen zu umgeben scheint. Das clevere System erkennt ausserdem über den Sicherheitsgurt-Sensor, welche Plätze belegt sind, und richtet den Sound-Fokus entsprechend aus. Ausserdem analysiert es Fremdgeräusche: Wenn man ein Fenster öffnet oder einen Tunnel passiert, wird die Lautstärke angepasst. Und als wir bei «Magnificent» von U2 besonders laut mitpfif-

fen, wurde die Musik lauter: ein sehr menschlicher Zug irgendwie.

Der Grund, dass die B&O-Anlage uns am meisten überzeugt hat, ist aber ihre Komplexität. Jede Quelle und jede Art von Musik wird perfekt verarbeitet. Ein Streichkonzert von Mendelssohn-Bartholdy ab CD tönt warm und authentisch, unser Härtestest «Shine On You Crazy Diamond» wird dynamisch und detailgetreu wiedergegeben – selbst wenn es von einem iPod kommt. Und wenn es mal etwas lauter sein darf, ist auch das kein Problem. Zwei Tieftöner in den Fussräumen und ein zusätzlicher Subwoofer unter dem linken Rücksitz sorgen bei einem Killers-Stück für überragende, satte Bassleistung ohne auch nur einen Anflug von Wummern.

Fazit: Highend-Systeme für Fahrzeuge sind offensichtlich ein Zukunftsmarkt. Neben Naim, Bang & Olufsen oder Bowers & Wilkins, die wir getestet haben, tritt demnächst auch die deutsche Marke Burmester mit ihrer Anlage für den neuen Porsche Panamera in dieser Kategorie an. Sie wird sich an der Arbeit der B&O-Ingenieure messen lassen müssen.

Bang & Olufsen BeoSound im Aston Martin DBS.

13 Aktivlautsprecher inkl. Subwoofer und 2 Hochtöner mit Acoustic Lens Technology. 2 Verstärker, 13 Kanäle, 1000 Watt. Digital Sound Processing DSP, individuelle Klangabstimmung. Preis Testfahrzeug: Fr. 375 920.–, www.astonmartin.com, www.bang-olufsen.com



Elegante Präzision: Audioanlage von B&O im Aston Martin DBS.

Lob der Loire

Von Peter Rüedi



Der Sancerre ist in den letzten Jahrzehnten ein Modewein geworden. Wurden um die kleine Hügelstadt an der oberen Loire um 1960 gerade noch 600 Hektaren bebaut, war es im Jahr 2000 schon das Vierfache. Und ja: Moden steigern die Nachfrage, und die Nachfrage will befriedigt werden, notfalls mit Massenware. Es gibt viel Mittelmass unter diesen Sauvignons blancs, und mittelmässiger Sauvignonschmeckt schnell entweder krautig oder aufdringlich exotisch. Solches vorausgeschickt, muss nun allerdings ein Lob ausgebracht werden auf die ernsthaften Produzenten aus Sancerre und der benachbarten Appellation Pouilly-Fumé (nicht zu verwechseln mit der des burgundischen Pouilly-Fuissé: Die produziert Chardonnay). Ihnen gelingt so etwas wie die Apotheose des Sauvignon blanc. Von den mal kalk-kieseligen, mal mit mehr oder weniger Flint (Silex) durchmischten Terroirs kommen fabelhaft duftige, feinfruchtige, diskrete, mineralische Weissweine. Wie die von Michel Redde et Fils (welch Letzterer Thierry heisst und den Betrieb von über vierzig Hektaren seit 1997 in der sechsten Generation leitet). Die Reddes haben Reben in Sancerre und in Pouilly-sur-Loire. Die Weine blind zu unterscheiden, verlangt eine differenziertere Nase als meine. Der Sancerre «Les Tuilières» 2007 ist vielleicht etwas schlanker in seiner überwältigenden grünen Frische und Säure, der Pouilly Fumé «La Moynerie» etwas komplexer, mit feiner Bitterkeit am Gaumen. Beide sind sie aber in ihrer wunderbaren Klarheit eigentliche Loire-Offenbarungen. Und keineswegs Weine, mit denen sich nur einen Sommer lang tanzen lässt. Dank ihrer Substanz legen sie im Finish der Mittelstrecken, für die sie gebaut sind, eher noch zu (im Gegensatz zu der genannten Mode- und Massenware). Gelegentlich wird ja auch an der Loire mit Holz experimentiert. Nicht bei Redde et Fils. *Pas de barrique*. Übrigens: In der letzten Ausgabe des britischen *Decanter*, der es als *The World's Best Wine Magazine* ja wissen muss, kündigt Jim Budd für Sancerre eine rote Morgendämmerung an: Pinot noir von burgundischem Format. *The world's smallest wine columnist* verspricht dranzubleiben.

Michel Redde & Fils: Sancerre Les Tuilières 2007. 12,5%. Riegger, Birrhard. Fr. 23.50. Ebd.: Pouilly-Fumé La Moynerie 2007. 13%. Fr. 23.50. www.riegger.ch

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Hugo Loetscher:** War meine Zeit meine Zeit (*Diogenes*)
- 2 (2) **Peter Stamm:** Sieben Jahre (*Fischer*)
- 3 (3) **John Grisham:** Der Anwalt (*Heyne*)
- 4 (4) **William P. Young:** Die Hütte (*Allegria*)
- 5 (7) **Charlotte Link:** Das andere Kind (*Blanvalet*)
- 6 (6) **Sarah Kuttner:** Mängelexemplar (*Fischer*)
- 7 (5) **Urs Widmer:** Herr Adamson (*Diogenes*)
- 8 (8) **Alex Capus:** Der König von Olten (*Knapp*)
- 9 (–) **Henning Mankell:** Daisy Sisters (*Diogenes*)
- 10 (9) **Daniel Glattauer:** Alle sieben Wellen (*Zsolnay*)

Sachbücher

- 1 (6) **Guinness Buch der Rekorde 2010** (F. A. Brockhaus)
- 2 (1) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (F. A. Brockhaus)
- 3 (2) **Teresa Fortis:** Lockruf Saudia (*Woa*)
- 4 (3) **Eckart von Hirschhausen:** Glück kommt selten allein... (*Rowohlt*)
- 5 (5) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung: Duden Korrektor (F. A. Brockhaus)
- 6 (4) **Dalai Lama:** Meine spirituelle Autobiographie (*Diogenes*)
- 7 (9) **Rhonda Byrne:** Das Geheimnis (*Goldmann*)
- 8 (10) **Mikael Krogerus, Roman Tschäppeler:** 50 Erfolgsmodelle (*Kein & Aber*)
- 9 (7) **Ernst J. Schneider:** Zivilgesetzbuch (ZGB), Obligationenrecht (OR) (*Orell Füssli*)
- 10 (8) **Hanspeter Künzler:** Michael Jackson – Black or White (*Hannibal*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Media Control

Apropos: Fab Four

Gerne hätte die *Weltwoche* bereits in der letzten Ausgabe einen Hinweis auf die soeben veröffentlichten «Remastered»-CDs von den Beatles platziert. Doch zu unbedeutend erschien Carlo Pozzi, «Head of Promotion» bei EMI Music Switzerland, der dafür vorgesehene Platz. «Es tut mir leid, es ist aber schon ein bisschen klein», schrieb er, «kriegen wir das nächste Woche nicht grösser hin?» Sonst liesse es sich EMI-intern kaum rechtfertigen, dem Journalisten ein CD-Set zur Verfügung zu stellen. Im Mediamarkt war es dann doch noch möglich, unverbindlich ein Ohr voll zu nehmen. Der Eindruck sei hier vermeldet: Die in vierjähriger Arbeit in den Londoner Abbey Road Studios überarbeiteten Aufnahmen klingen genial und sind ein Muss! (rs)

Beatles: Remastered Stereo Box. 16 CDs/DVD. Fr. 349.–

Sachbuch

Verzauberungsprozess der Literatur

Warum der Franzose Marcel Proust der grösste Schriftsteller des 20. Jahrhunderts ist. Von Michael Maar

Vier Jahre vor seinem Tod liess sich der zurückgezogen lebende Kranke von einem Freund überreden, die berühmte Wahrsagerin Madame de Thèbes aufzusuchen. Die Pariser Pythia, die Fürsten und Comtessen das Schicksal aus der Hand las, warf einen kurzen Blick auf das Gesicht des Besuchers und weigerte sich, mit der Zeremonie zu beginnen: «Was erwarten Sie von mir, Monsieur? Es ist an Ihnen, mir mein Wesen zu enthüllen.»

Die Seherin wusste gar nicht, wie recht sie hatte. Der bleiche Mann, in dem sie ihren Meister erkannte, war der Schöpfer der «Suche nach der verlorenen Zeit». Den Lesern seines Werks geht es wie Madame de Thèbes. Man merkt schon bald: Vor diesem Magier kann man sich die Orakelsprüche sparen. Der Monsieur mit den glühenden Augen ist klüger als wir. Bis wir der «Recherche» auch nur eine Linie deuten, hat er uns schon zehnmal wahrgesagt.

Marcel Proust forschte der inneren Wahrheit bis in die letzte Verästelung nach. Diese Wahrheit war nicht privat. Proust sah sein Werk als Vergrösserungsglas, mit dem jeder Leser die eigene Seele entziffern kann. An anderer Stelle sprach er von einem Teleskop. Ein zweiter Kepler, hat er die Bahnen der inneren Planeten erforscht. Die Gesetze, die er offenlegt, gelten für uns alle – die Mechanik der Trauer, der Liebe, der Eifersucht, des Selbstbetrugs, der Verstellung, der Gewohnheit, des Vergessens, der Lust. Wir alle kennen das Glück der unwillkürlichen Erinnerung, in der die Zeit ihren Charakter als Illusion offenbart.

Wie Nietzsche und Chaplin zugleich

Kein Wahrsager erreicht die Wirkung dieses Buchs. Es gibt kein anderes, das den Leser mit einer so verworrenen Mischung aus Gefühlen entlässt: beglückt, erhoben, sanft zerschmettert, tief resigniert. Wird man so etwas je wieder lesen, selbst wenn man sofort zum zweiten Mal beginnt? Unmöglich, denn genau im langsamen Herunterziehen des Schleiers lag der Trick, der sich nie mehr wiederholen lässt.

Was macht ihn so besonders, den 1871 geborenen Autor, der noch die ersten Vorboten des Weltruhms erlebt und mit 51 im Alter von Balzac stirbt? Er schafft es, auf einem Venedig-Foto im Profil wie Charlie Chaplin und Nietzsche zugleich auszusehen, und von beiden hat er sogar etwas. Proust vereint Seiten, die selten zusammentreffen. Es gibt den poetischen Proust, der in tausend Bildern den blühenden Weissdorn oder die Farbtöne des bewegten normannischen Meers beschreibt. Und es gibt

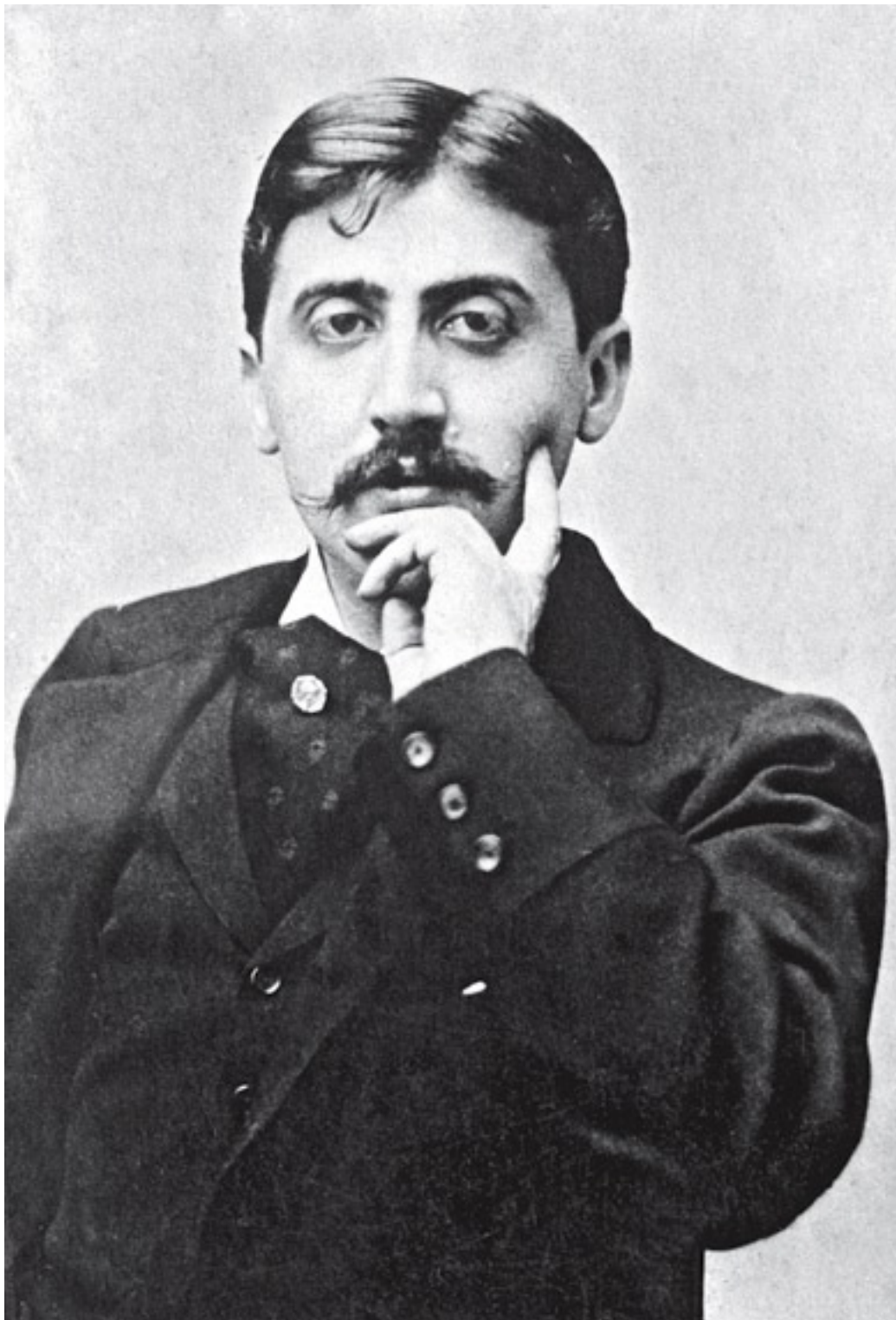
den Gesellschaftskomödianten mit dem absoluten Gehör – den Stimmenimitator, der sich in spöttischen Pastiches, durch die er sich den Stil der Vorbilder austreiben will, den ersten Ruhm erwirbt.

Wer sich den Beschreibungsorgien nicht gewachsen fühlt, überspringe den Kindheitsband «Combray» und beginne gleich mit «Eine Liebe Swanns». Hier prasseln die Pointen, und es herrschen Dialog, Witz, Komödie wie bei den nicht enden wollenden Soiréen, bei denen die erzählte Zeit von der Erzählzeit verschluckt wird wie Jonas vom Wal und bei denen man sich doch nie ans Ufer des nächsten Kapitels wünscht.

Wenn man «Combray» später nachholt, entdeckt man ihn als den schönsten Band. Proust entfaltet darin das erste Prinzip seines Romans. Es ist das Kunstprinzip des Impressionismus: Male, was du siehst, nicht, was du weisst. Wie nehmen wir die Dinge wahr, bevor wir sie durch Begriffe einbinden? Alles, was das Kind erlebt, hat diese begriffslose poetische Kraft. Es staunt über den scheinbaren Ortswechsel von Kirchtürmen, denen es sich auf Serpentinaen nähert, so wie es umgekehrt über den Mond staunen kann, der nicht von der Stelle rücken will und ihm hartnäckig über die Schulter schaut.

Ein anderes Proust-Prinzip ist dieses: Menschen sind nicht, was sie scheinen. Sie bergen verschiedene Ichs in sich. Es gibt kein royales Ich und keinen Herrn im Haus, es gibt konkurrierende Anwärter. Wer sich durchsetzt, ist ungewiss, darum ist man vor Überraschungen nie sicher. Auf wen wäre mehr Verlass als auf die treue Haushälterin Françoise, die den weiten Weg in die Markthallen geht, um die besten Kalbsfüsse und Rinderfilets für ihr *bœuf à la gelée* zu beschaffen, und nach der Marcel zwölf Bände lang klingeln darf? Ohne zu mucken, stiege sie für ihre Herrschaft aufs Schafott. Aber insgeheim wünscht sie ihrem verwöhnten Zögling den Strick.

Der Baron de Charlus, was ist er anderes als ein hochfahrender, narzisstischer Geck? Aber am Schluss, wenn er sich nach einem Schlaganfall mühsam aufrecht hält, wird er zu einer Shakespeare-Figur wie King Lear. Madame Verdurin führt ihren Salon mit eiserner Hand und weint toten Getreuen keine Träne nach. Aber am Ende erfährt man, dass sie dem Versager Saniette, den ihr Kreis immer grausam verspottet hat, unter der Hand eine Pension bezahlt. So schlägt ein Herz auch in dieser Brust.



Verworrene Mischung aus Gefühlen: Schriftsteller Proust (1871–1922).

Als schlugen nicht viele in jeder einzelnen! Sie tun es auch in der Schöpferbrust. Eine Figur ist für dieses Autor-Ich zu eng. Marcel allein genügt ihm nicht, Proust hat sich auf viele verteilt – das ist eines der Geheimnisse der «Recherche».

Schleier der Täuschung

Proust ist überall. Er ist Swann, der die Eifersucht kosten lernt und sich gern unter Stand verliebt. Er ist Tante Léonie, die von ihrem Krankenbett aus die Welt regiert und insgeheim an ihre Unsterblichkeit glaubt. Er ist Charlus, der Jünglingen in die Wange kneift und körperliche Lust nur durch Qual heraus-

kitzeln kann. Er ist Morel, der Aufsteiger und Voyeur, der sich nach zwei Handgriffen als Marcel verrät. Er ist der eitle und geschwätzig Bloch. Er ist Madame Verdurin, die sich den Genuss des morgendlichen Croissants durch Zeitungsmeldungen von U-Boot-Katastrophen nicht trüben lässt. Er ist der Snob Legrandin, der keiner zu sein vorgibt und doch immer nach dem Adel schießt. Und ist er nicht auch Saniette, der linkische Gimpel, auf den die Pfeile des Spotts niedergehen und der bis zum Schluss nicht recht dazugehört?

Und selbst wenn die Union ihn am Ende doch aufgenommen hätte, der noble Pariser Klub,

um den sich Proust als 34-Jähriger vergeblich bemüht, selbst dann hätte er sich nicht mehr darüber gefreut. Denn das ist das dritte Prinzip des Lebens und des Romans: die Enttäuschung. Langsam wird in der «Recherche du temps perdu» der Schleier der Täuschung weggezogen. Wenn etwas Ersehntes eintrifft, hat es seinen Reiz verloren. Nichts ist so, wie es scheint.

Am Ende ist alles viel trivialer, als die aufgeladene Fantasie des Jungen es sich vorgestellt hat. Nicht einmal die Liebe hat Bestand – darum flicht Proust nach dem Tod Albertines die Episode ein, in der sie wiederaufzuerstehen scheint, nur um zu demonstrieren, dass Marcel, der sich einen Band lang vor Schmerz kaum rühren kann, sie inzwischen fast vergessen hat. Alles wird entzaubert – alles bis auf den Verzauberungsprozess der Literatur selbst.

Lebendig begraben in der Räucherhöhle

Es sind keine erfreulichen Wahrheiten, die Proust uns enthüllt. Das Beglückende liegt darin, dass es Wahrheiten sind und dass er uns lange Zeit durch die Fliederalleen führt, bevor er uns ihre verdorrten Dolden zeigt. Um diesen Flieder, den er aus Angst vor Asthmakrisen mied, neu blühen zu lassen, hat er sein Leben geopfert – und das ist ausnahmsweise kein Klischee. Mit dem Tod der Mutter im Jahr 1905, mit dem sein Leben seine einzige Süsse verliert, seine einzige Liebe, seinen einzigen Trost, beginnt das Exil in der Literatur.

Proust zieht sich zurück und lebt nur noch für den Roman. Er weiss, dass ihm die Zeit, die er dort verewigen wird, davonzurennen droht; und wenn er es einmal vergessen sollte, erinnert ihn der nächste Anfall daran. Zum Glück ist der von jeher Kranke zäh wie der von seinem Freund Walter Berry beschworene Fakir, der sich mit verschlossenen Augen und eingekrollter Zunge beerdigen und sieben Monate später geringfügig abgemagert und guter Dinge wieder ausgraben liess. Lebendig begraben in seiner Räucherhöhle, in die das Licht des Tages nicht dringt, erreicht der Asket, der noch in seinen von der Agonie gezeichneten Briefen Witze macht, sein Ziel kurz vor dem Tod.

Im Frühjahr 1922 klingelt Proust nach Céleste und sagt ihr mit strahlendem Lächeln, er habe das Wort «fin» geschrieben; jetzt könne er sterben. Ab jetzt konnte er seinen körperlichen Verfall mit dem Gefühl betrachten, das der leidende Nietzsche mit der maliziösen Freude verglichen hatte, einem Einbrecher dabei zuzusehen, wie er sich an einem Tresor abmüht, den man längst geleert weiss.

Das Beste hatte er in sein Werk gerettet. Dieses Werk steht singular in der Literatur.

Michael Maar: Proust Pharao. Berenberg, 77 S., Fr. 32.90

Im Internet

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Die Zusammenfassung von Marcel Prousts' «Auf der Suche nach der verlorenen Zeit». Kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche

Ein irritierender Blechkosmos

Von Peter Rüedi

Mich fasziniert Musik, die ist wie die Häuser von Adalbert Stifter: klein von aussen, unendlich geräumig innen. Stifters Interieurs, würdeman ihre Grundrisse aufzeichnen, passten niemals in die Gebäude, wie er sie von aussen beschreibt. Die architektonische Unmöglichkeit schafft die Kunst spielend.

Das Quintett, das Dave Douglas in Anlehnung an die Brass Fantasy des 1999 verstorbenen Lester Bowie Brass Ecstasy nennt, funktioniert nach einem ähnlich irritierend wunderbaren Prinzip. Gerade mal vier Blechstimmen, Douglas' Trompete, das Waldhorn von Vincent Chancey, die Posaune von Luis Bonilla und die Tuba von Marcus Rojas, dazu das Schlagzeug von Nasheet Waits ergeben ein transparentes Kammerensemble. Möchte man meinen. In Wahrheit summieren sie sich in den ausgefeilten Arrangements von Douglas zu einem ganzen Blechkosmos: mal von schmetterndem Glanz, mal mit abgedunkelten weichen Klängen, äusserst raffiniert und eingängig in einem.

Diese Quadratur des Kreises hatte schon Bowie beherrscht wie keiner. Aus der Avantgarde von Chicago kommend, kreierte er ab Mitte der achtziger Jahre seinen Avant-Pop, bei dem die Grenze zwischen blanker Trivialität und Parodie nie sicher auszumachen war. Douglas ist ein anderes Naturell als der clowneske Entertainer Bowie, aber auch er streut zwischen seine mal vertrackten, mal unverschämte schönen Eigenerfindungen bekannte Ohrwürmer von Rufus Wainwright, Hank Williams oder Otis Redding ein.

Mal klingt die Truppe wie eine in den Wiener Walzer verirrt New-Orleans-Band, mal wie ein hochkomprimierter Blechsatz von Gil Evans, mal wie ein Zirkusorchester, und in den schönsten Passagen schmeckt Douglas die Blechsounds ab wie einst Duke Ellington. Bonilla bläst die Posaune mal lachend, mal krachend, mal balladesk-elegisch, Chancey sein Horn agil und unromantisch, und Rojas führt auf seiner Tiefenröte die elegantesten Tänzchen auf und hält zusammen mit Waits das Ganze als «Rhythmusgruppe» in Bewegung. Intelligente, vergnügliche, berührende, komplexe Musik.



Dave Douglas:
Spirit Moves. Greenleaf
Music 0186980010106

Ganz weit oben

Mit «Up» aus dem Hause Pixar erreicht die Trickfilmkunst eine neue Stufe der Meisterschaft. Grandios. Von Wolfram Knorr



Philosophisches Kleinod: Trickfilmfigur Carl in «Up».

Ende der zwanziger Jahre soll bei einem Treffen amerikanischer Trickfilmer in New York ihr Mentor Winsor McCay («Little Nemo in Slumberland») der Gruppe die Leviten gelesen und ihr vorgeworfen haben, aus einer Kunstform eine Ware gemacht zu haben. Das war natürlich ungerecht, denn erstens wollten die Trickfilmer mit ihrer Arbeit Geld verdienen, und zweitens reizte die Kleinkunst mit Möglichkeiten und irren Spässen, die dem Realfilm nicht möglich waren. Könnte der gestrenge Winsor McCay die aktuelle Trickfilmzene begutachten, wäre er verblüfft: Der Trickfilm ist zwar eine Ware geblieben, aber zugleich eine Kunstform geworden, der man auf einmal höchste Weihen verleiht. Auf internationalen Festivals eröffnen Trickfilme den Wettbewerb, ihre Macher werden ausgezeichnet und geehrt – wie John Lasseter, Kopf des Pixar-Studios, den die Filmfestspiele Venedig in diesem Jahr für sein Gesamtwerk auszeichnen.

Das Trickhandwerk hat sich kunstvoll in die Beletage gemeldet, und Pixar («Wall-E»), die Schmiede der neuen Animationskunst, wagt die interessantesten Experimente. Jüngstes Produkt ist «Up», Eröffnungsfilm der diesjährigen Filmfestspiele Cannes, ein philosophisches Kleinod über Lebensträume. Für Carl Fredricksen beginnen sie als Knabe im Kino: Ein Abenteurer will er werden, hinaus in eine Welt, die der Wirklichkeit nicht gleicht. Doch

statt das Paradies in der Ferne zu suchen, findet er es in der Nähe: in der Liebe zu Ellie. Aus Carl und Ellie wird ein treues Paar, bis sie im hohen Alter stirbt und er, 78, mürrisch in seinem Häuschen sitzt, das Investoren beanspruchen. Der einstige Ballonverkäufer denkt nicht dran zu verkaufen und verfällt auf eine bessere Idee: Er bündelt Tausende von bunten Ballons im Haus und hebt mit ihnen ab, begleitet von einem naseweisen und nervigen Pfadfinder.

Einer der vielen Höhepunkte ist die grandiose Raffung des Lebens von Carl und Ellie, ihrer Liebe, ihrer Höhen und Tiefen, die alleine einen kompletten Film abgeben würde. Die entspannte Souveränität, mit der ein schlichtes Leben erzählt wird, aus dem der ewige Traum vom Abenteuer herauswächst wie eine wunderbare Blume, das ist dramaturgisch schlichtweg meisterlich. Statt eines Gag-Feuerwerks, das man eigentlich von Animationsfilmen erwartet, wird subtil erzählt, als sei es ein Realfilm.

Darüber hinaus ist «Up» die bislang gelungenste 3-D-Version. Sie verzichtet auf die üblichen Rummelplatzgags mit den Gegenständen, die ins Publikum fliegen, sondern unterwirft die greifbare räumliche Illusion komplett dem Lebenstraum und der Psychologie der Figuren.

Up. Regie: Pete Docter und Bob Peterson.
USA, 2009

Tatort Zürich

Der Journalist und Historiker Willi Wottreng schildert die Kriminalgeschichte einer Grossstadt. Von Peter Holenstein

Wenn es für Fachbücher schreibende Journalisten bezüglich Sorgfalt der Recherchen und Genauigkeit der Quellen eine Messlatte gibt, heisst sie Willi Wottreng. Der 61-jährige Redaktor der *NZZ am Sonntag* und mehrfach preisgekrönte Publizist forscht an seinen Buchthemen mit der Akribie des Historikers und sezziert sie mit der Abgeklärtheit eines Pathologen. Sein neues Buch, das sich mit vierundzwanzig Verbrechen aus der Zürcher Kriminalgeschichte befasst, ist gleichsam ein Gang durch die letzten hundert Jahre dieser Stadt und beleuchtet das Wechselspiel von Kriminalität und gesellschaftlicher Entwicklung.

Wottrengs Zürcher Pitaval, der mit seinen 271 Seiten, 539 nummerierten Anmerkungen und dem 15 Seiten umfassenden Quellenverzeichnis glatt als juristische Dissertation durchgehen könnte, unterscheidet sich von der Fleissarbeit zwecks Erlangung der Doktorwürde jedoch in einem wesentlichen Punkt: Die ausgewählten Beispiele von berühmten wie auch längst vergessenen Kriminalfällen lesen sich spannend wie Kurzkrimis und schälen gerade wegen der emotionslosen Sachlichkeit, mit der Wottreng zu schreiben versteht, jene menschliche und gesellschaftliche Abgründigkeit heraus, die in der Realität bei vielen unfassbaren Verbrechen Pate steht.

Städter sind krimineller

Die Kriminalstatistik belegt, dass die Menschen in der Stadt Zürich seit über hundert Jahren häufiger delinquieren als jene auf dem Land. Weshalb dem bis heute so ist, verdeutlicht Willi Wottreng mit klug in den Text eingewobenen Exkursen in die Sozialgeschichte der Limmatstadt. Während man am Anfang des letzten Jahrhunderts noch den «Sumpf der Stadt» für «Lustmorde», Kindstötungen, Prostitution oder Hochstapelei verantwortlich machte, änderten sich mit dem gesellschaftlichen Wandel auch die Verbrechen.

Während viele Delikte, die einst als kriminell galten, heute nicht mehr existieren, blieben andere zwar strafbar, nahmen aber neue Formen an: Die klassische Kindsmörderin beispielsweise ist mit der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches weitgehend verschwunden, und Gangsterbanden, die es auf Banktresore abgesehen haben, begegnet man heute praktisch nur noch im Kino.

Umgekehrt waren Drogenproduktion und Drogenverkauf bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs legal (Heroin und Kokain gab es als



Mord im Treppenhaus: «Fall Schweizer», 1932.

Hustenmittel rezeptfrei in den Apotheken), heute gehören Betäubungsmitteldelikte zum Alltag der Kripo.

Verzicht auf Moral

Wottreng geht es nicht darum, die seelische Befindlichkeit von Tätern zu ergründen. Indem er die Kriminalfälle aus der Perspektive des Historikers erforscht, ermöglichen sie Einblicke in eine sich ständig verändernde Gesellschaft, die gleichzeitig das Gute wie das Böse produziert. Und weil der Autor keine Moral verkündet und sich an die zunehmend in Vergessenheit geratene Maxime hält, dass Journalismus eigentlich heisst, Bericht über ein Thema zu erstatten, und nicht, seine eigene Weltanschauung zu verkünden, fördert die Lektüre auch das Verständnis dafür, dass Gut und Böse nicht unveränderlich sind.

«Denn die Gesellschaft», so Wottreng, «ringt beständig darum, was sie akzeptieren will und was sie ausschliessen soll.»



Willi Wottreng: Verbrechen in der Grossstadt – Eine Kriminalgeschichte der Stadt Zürich. Orell Füssli, 272 S., Fr. 39.90. Ab 29. September im Buchhandel

Saurer Blues der alten Herren

Von Albert Kuhn

John Fogerty und Calvin Russell – zwei gesetztere Knaben aus der US-Countryrock- und -Blues-Szene. Fogerty war Frontmann von Creedence Clearwater Revival, einer in der Woodstock-Ära erfolgreichen Countryrock-Band, deren Mitglieder sich, obwohl Kalifornier, dem Southern Sound verpflichteten. 1973 ging er solo unter dem Bandnamen The Blue Ridge Rangers. Zehn Alben und 36 Jahre später hat er die Blue Ridge Rangers wieder ausgepackt und zwölf US-Klassiker eingespielt.

Ganz klar bedient hier einer seine Generation, die Reaktionen auf amazon.com sind jubelnd, und die Songauswahl ist auf der todsicheren, *radio-friendly* Seite: Es beginnt mit Kitsch-Country-Kamellen wie «Paradise», «Never Ending Song of Love» und «Garden Party», und erst auf «I Don't Care (Just as Long as You Love Me)» erinnert man sich an die kernige, aufmüpfige Stimme aus den Sixties. Auch auf «Change in the Weather» zeigt Fogerty, dass er den johlenden Blues noch gut draufhat. Und mit «Moody River» ist immerhin ein nicht so heiterer Song dabei. Der Rest ist Träller-Country. Da lösen sich Mandoline, Banjo und Fiedeln im fröhlichen Wettrennen ab, und es könnte fast ebenso gut 1940 sein.

Drum schnell zu «Old Knitterface»: Sein Name ist Calvin Russell – aber mit calvinistischer Moral, so heisst es, hat er überhaupt nichts am Hut. Im Unterschied zum Stetson-Träger John Fogerty sieht man Calvin Russell unter einem schwarzen Abdecker-Göx der üblen Sorte. Sein Gesicht ein Grand Canyon, seine Bourbon-Karriere offensichtlich. Kein Auge schäkert mit christlichen Radiostationen, die Drums krachen, die Gitarren kreischen, die Mundharmonika testet die Hörgrenze, und Calvin singt: «I was born on Halloween.» Und: «I'm too old to grow up now.» Sowie prophetisch: «It smells like a revolution.» *Better believe him.*



Calvin Russell: Dawg Eat Dawg. Musikvertrieb



John Fogerty: The Blue Ridge Rangers Rides Again. Universal

Hochzeitspläne

Die Verlobung von Claudia und Tom Keita war schon ein grosses Fest. Die Hochzeit soll noch viel grösser werden. «Doppelpass», Folge 42. Von Charles Lewinsky

Das Büro mit seinen ebenso stilechten wie unbequemen Designersesseln hätte auch gut zu einem angesagten Architekten gepasst oder zu einem Immobilienmakler mit exklusiver Kundschaft. Aber die Fotos an den Wänden zeigten weder futuristische Museumsbauten noch unbezahlbare Villen mit Seeanstoss. Sie zeigten Hochzeitspaare. Perfekt ausgeleuchtet, posierten sie eines neben dem andern in ihren dezent mattsilbernen Rahmen, lächelten vor malerischen Bergkapellen, küsst sich zwischen geschmackvollen Blumenarrangements oder strahlten als Schlossbesitzer für einen Tag. Lauter Gesichter, die Claudia aus den Klatschspalten ihrer Lieblingszeitschriften kannte. Und alle verdankten sie ihr unbeschwertes Glück den Dienstleistungen von Gugler Dreams, Hochzeitsmanagement für höchste Ansprüche.

Claudia und Tom wurden natürlich von der Chefin persönlich betreut. Sabrina Gugler war eine Frau von unbestimmbarem Alter. Irgendwann einmal war sie beim Blick in den Spiegel mit sich selber zufrieden gewesen und hatte beschlossen, sich nicht mehr zu verändern. Jetzt liess sie einen perfekt manikürten Zeigfinger über die Tastatur ihres Notebooks kreisen wie einen parfümierten Raubvogel und fragte mit einschüchternder Freundlichkeit: «Kutsche oder Rolls-Royce?»

«Wie bitte?»

«Das sind unsere beiden Hauptkategorien. Damit wir schon mal einen ersten Ansatzpunkt für kreative Überlegungen haben.»

Claudia war für gewöhnlich nicht leicht zu beeindrucken, aber wenn man überlegte, wie viele Prominentenhochzeiten Gugler Dreams in den letzten Jahren schon ausgerichtet hatte, dann konnte man schon ein bisschen Gänsehaut bekommen. Hilfesuchend wandte sie sich an ihren Bräutigam. «Was meinst du, Schatz?»

Tom Keita machte ein so unglückliches Gesicht wie sonst nur in Interviews, wenn ihm ein Sportreporter mal wieder eine dieser unbeantwortbaren Fragen gestellt hatte. «Was ist in Ihnen vorgegangen, als Ihr Schuss nur das Aussennetz traf?» und so ähnlich. «Kutsche oder Rolls-Royce?» – das gehörte in dieselbe Kategorie. Und hier konnte man nicht mal antworten: «Das fragen Sie am besten meinen Trainer.» Also sagte er lieber gar nichts und hob nur die Schultern.



«Ich weiss nicht genau, was Sie meinen, Frau Gugler», musste Claudia schliesslich zugeben.

Die Seniorchefin von Gugler Dreams zeigte die demonstrative Geduld eines Oberkellners, dessen Gäste schon viel zu lang unentschlossen in der Speisekarte blättern. «Es geht um die gewünschte Stilrichtung», erklärte sie. «Kutsche steht für Romantik, Kerzen, ein Streichquartett vor dem Fenster, Rosenblätter auf dem Leintuch ...»

«Schön», sagte Claudia hingerissen.

«Rolls-Royce hingegen bedeutet Status, Prominenz, vielleicht ein Starfriseur aus Paris, ein DJ aus New York ...»

«Das wollen wir auf keinen Fall. Paris und New York, meine ich. Schweizerisch soll es werden. Sehr schweizerisch.»

«Soll das heissen: Jodler und so?» Sabrina Gugler war zu höflich und zu oft geliftet, um angeekelt das Gesicht zu verziehen. Aber man merkte ihrem Oberkellnergesicht an: In diesem Michelin-besternten Lokal war man es nicht gewohnt, dass Gäste statt des zwölfgängigen Degustationsmenüs eine Bratwurst mit Rösti bestellen wollten.

«Die Schweiz als Thema natürlich nur», beilte sich Claudia zu präzisieren. «Weil Tom doch eingebürgert wird.»

«Ich habe davon gehört.» Sabrina Gugler, das gehörte zu ihrem Beruf, hatte immer alles gehört. «Herzlichen Glückwunsch, Herr Keita.»

«Was den Stil angeht ...», meinte Claudia, «... mal ganz abgesehen vom Thema ...», sie hatte immer noch das Gefühl, sich rechtferti-

gen zu müssen, «... da denke ich natürlich schon mehr an Rolls-Royce.»

«Hispano-Suiza», korrigierte die Hochzeitsplanerin.

«Wie bitte?»

«Sehr exklusive Oldtimer. Mit einem Schweizerkreuz im Logo. Die Miete ist allerdings nicht ganz billig ...»

«Daran soll's nicht scheitern.»

Sabrina Gugler nickte. Oder genauer gesagt: Sie neigte zustimmend das Haupt. Kunden, die ihr Geld nicht allzu genau zählten, waren ihr immer willkommen. «Damit hätten wir ja schon mal einen ersten Ansatz», sagte sie und tippte eine Notiz in die Tastatur. «High Class Swissness. Mit einem Brautkleid im Trachtenlook.»

«Tracht?» Claudia war erschrocken. «Ist das nicht ein bisschen sehr Gotthelf?»

«Wir gehen dafür ja nicht in den Kostümfundus.» Sabrina Gugler erlaubte sich ein kurzes gehüsteltes Lachen über den eigenen Scherz. «Wir bitten Jean Paul Gaultier oder Christian Lacroix, sich von Schweizer Trachten zu einer individuellen Kreation für Sie inspirieren zu lassen. Was haben Sie übrigens für eine Kleidergrösse?»

«Vierunddreissig», sagte Claudia, obwohl das nicht mehr ganz stimmte. Aber damals, bei der Miss-Swiss-Wahl, hatte sie auch noch im letzten Moment die paar entscheidenden Pfunde abgenommen.

«Und für den Bräutigam ...» Sabrina Gugler stützte ihr Kinn auf die Hand und dachte nach. Vor lauter Konzentration schloss sie sogar die Augen. Niemand hätte es in diesem Moment



gewagt, sie in ihrem Gedankengang zu unterbrechen. Nach ein paar Sekunden schlug sie die Augen wieder auf. «Ich sehe da einen ganz klassischen Smoking.»

«Meinen Sie?» Claudia klang enttäuscht.

«Aber aus einem ungewöhnlichen Material. Weisse Seide, stelle ich mir vor, diskret bedruckt mit Edelweiss. Nur aus der Nähe wirklich zu erkennen.»

«Gibt es denn so ein Material?»

«Noch nicht. Aber ich habe sehr gute Beziehungen zu Fabric Frontline. Alles nur eine Frage vom Stutz.» Wieder lachte Sabrina Gugler, und Claudia lachte mit, obwohl sie das Wortspiel nicht wirklich verstanden hatte.

«Ausserdem, lieber Herr Keita, ist Weiss ein sehr hübscher Kontrast zu Ihrem ... wie soll ich sagen? Teint. – Ja, meine Lieben, damit kommen wir zu einem entscheidenden Punkt. Wünschen Sie sich denn einen bestimmten Ort für Ihren Freudentag?»

«Wir haben gedacht, dass Sie uns vielleicht ein paar Vorschläge ...»

«Schweizerisch ...» Sabrina Gugler drehte nachdenklich einen silbernen Füllfederhalter zwischen den Fingern. «Da denkt man natürlich sofort ans Rütli, aber das würde ich Ihnen nicht empfehlen. Die Assoziationen sind doch seit den letzten Jahren nicht mehr so positiv. Und ausserdem: das Wetterrisiko. Vor allem jetzt, wo es schon langsam auf den Winter zugeht. Hatten Sie denn schon ein bestimmtes Datum ins Auge gefasst?»

«Ich habe mir gedacht: Es wäre schön, wenn es exakt der Tag sein könnte, an dem auch Toms Einbürgerung ...» Was nicht ganz

stimmte. Es war nicht Claudias eigener Einfall gewesen.

Von ihr aus hätte die Verlobungszeit auch ruhig noch ein bisschen länger andauern können. Und Tom hatte sogar regelrecht protestiert. Nicht gegen die Hochzeit an sich, natürlich nicht. Sie liebten sich ja und wussten, dass sie für immer zusammenbleiben wollten. Aber die Verbindung mit seiner Einbürgerung passte ihm nicht. Richtig bockig war er geworden.

Bis Eidenbenz ihn dann überzeugt hatte. Das sei Tom ihm einfach schuldig, hatte der argumentiert. Nachdem er die Sache zu früh ausgeplaudert und ihm damit den ganz grossen Effekt verdorben habe. Da müsse jetzt wenigstens eine medienwirksame Eheschliessung her.

Eigentlich, aber daran dachte Claudia nicht gern, war die ganze Hochzeit Eidenbenz' Vorschlag gewesen. Er hatte sich auch gleich selber als Trauzeugen angeboten. Und Klara Holzer – auch das hatte Eidenbenz schon organisiert – hatte ihnen zu dem Anlass ein Titelblatt garantiert. Mit Claudia, Tom und Eidenbenz. Drei glückliche Schweizer. Nun ja, vielleicht würde man auch noch Mirko Milatovic aufs Bild nehmen müssen, auf dem Tom so stur als zweitem Trauzeugen bestand. Aber wie die sich dann bei der SI das Bild zurechtschnitten, das war ja nicht ihre Sache.

Sabrina Guglers Stimme riss Claudia unsanft aus einem Tagtraum, in dem sie sich an allen Kiosken der Schweiz von den Aushängen lächeln sah, in einer schneeweissen Berner Tracht von Gaultier oder Lacroix.

«Dann stellen wir das Datum also noch ein bisschen zurück. Zur nächsten Frage: Soll es eine grosse Hochzeit werden oder eine kleine?»

«Eine grosse», sagte Claudia.

Und Tom gleichzeitig: «Eine kleine.»

Sabrina Gugler war es gewohnt, dass ihre Brautpaare sich in diesem Punkt nicht einig waren, und wusste: Man löste solche Probleme am elegantesten, indem man beiden Seiten recht gab. «Ich würde auch für einen eher intimen Rahmen plädieren», sagte sie deshalb. «Das liegt sowieso mehr im Trend.»

«Meinen Sie wirklich?»

«Auf keinen Fall mehr als zwei- oder dreihundert Leute», fuhr die Hochzeitsplanerin fort. «Man kommt ja sonst gar nicht dazu, sich um jeden Einzelnen zu kümmern. Einverstanden?»

«Ich ...», setzte Tom zum Widerspruch an, aber Claudia fiel ihm ins Wort. «Natürlich», sagte sie. «Ganz intim. Auf keinen Fall mehr als zweihundertfünfzig Gäste.»

«Und schweizerisch ...» Sabrina Gugler, auf der Spur einer wirklich kreativen Idee, liess den Füller immer schneller kreisen. «Ein Bauernhof oder ein Chalet kommt nicht in Frage. Das ist dann doch mehr Kutsche als Rolls-Royce. Wir können das eidgenössisch Rustikale in Zitaten durchschimmern lassen. Ein Bläserensemble, das auf Alphörnern den Hochzeitsmarsch spielt oder so etwas. Aber wo? Die klassischen Orte gehen alle nicht mehr. In Interlaken sind nur Japaner und in St. Moritz lauter Russen. Man könnte natürlich ein Schloss nehmen, die Lenzburg oder Chillon – aber das ist alles auch schon sehr *déjà vu*. Man müsste ... man müsste ...»

Und dann strahlte sie plötzlich, soweit ihr das mit ihren operationsgestrafften Gesichtszügen möglich war, und sagte: «Ich glaube, jetzt ist mir der ideale Ort eingefallen.»

Und so mieteten Claudia und Tom schliesslich für einen Tag das frisch sanierte Landesmuseum. Die Verwaltung machte zwar zuerst ein paar Schwierigkeiten, aber mit Eidenbenz' diskreter Hilfe hinter den Kulissen liessen die sich rasch beheben. Vom Apéro in der Schatzkammer bis zum Diner inmitten der Waffensammlung sah das Programm einen Höhepunkt nach dem andern vor. Und die neue Ausstellung «Niemand war schon immer da» passte perfekt zur Einbürgerung.

Nein, Gugler Dreams, Hochzeitsmanagement für höchste Ansprüche, konnte wirklich nichts dafür, dass die Hochzeit am Ende gar nicht stattfand.

Folge 43 des Fortsetzungsromans in der nächsten Weltwoche

Im Internet

Alle Folgen auf www.weltwoche.ch/doppelpass

Treu, romantisch, universell

Die Architektin Nina Larcher, 27, und der Account-Manager Rachid Benmakhlouf, 30, haben im Juli geheiratet. Einmal in Marokko, einmal in Frankreich.

Rachid: Ich wuchs die ersten achtzehn Jahre meines Lebens in Marokko auf. Meine Mutter ist Französin. Sie trat bei der Heirat mit meinem Vater zum Islam über. Ich wurde religiös als Muslim erzogen, jedoch im Bewusstsein, dass der Glaube auch von Toleranz und Offenheit getragen werden muss. Meine Kindheit und die frühe Jugend waren wunderbar: Ich lebte in einer Art Märchenwelt, wohlbehütet und glücklich. Später wollte ich wissen, was in der übrigen Welt geschieht, und ging nach Frankreich in die Schule. Ich studierte, reiste viel und lernte Nina an der Hochzeit meiner Schwester in Rabat kennen.

Nina: Wir tanzten zusammen. Der erste Satz, den Rachid sprach, lautete: «Sind wir die Nächsten, die heiraten?» Die Annäherung geschah romantisch, nicht allzu schnell. Seither sind vier Jahre vergangen. Auch ich stamme aus einer religiösen, allerdings katholischen Familie. Wir hatten beide grosses Glück: Unsere Verbindung sorgte weder auf der einen noch auf der anderen Seite für Unfrieden. Natürlich isst und trinkt ein Muslim nicht mit, wenn jemand einen guten Tropfen aus dem Keller holt oder anderswo ein Schweinsbraten auf den Tisch gestellt wird. Aber das wird heute selten als persönliche Zurückweisung interpretiert, sondern als religiöses Verhalten akzeptiert.

Rachid: Ich liebte Nina bald über alles. Sie ist sensibel und ehrlich, überhaupt nicht kompliziert, jedoch eine komplexe Persönlichkeit: Ja, ich empfinde sie als rein in ihrem Wesen. Was uns ebenfalls verbindet, ist ein gewisses Desinteresse an materiellen und oberflächlichen Dingen. Das schätzen wir in der Schweiz überaus: die Diskretion. Man hat hier – anders als in Paris – nicht das Gefühl, automatisch von einer ausser Rand und Band geratenen Konsumgesellschaft absorbiert zu werden.

Nina: Rachid ist ein Mensch, der auf Beurteilungen verzichtet und sich mit negativen Kommentaren über andere Menschen, andere Lebensweisen, andere Wertvorstellungen zurückhält. Leute, die exzessiv negativ denken und urteilen, sind meiner Meinung nach selten im Reinen mit sich selber. So ein Mensch



«Ein Gefühl, als sässen wir im Himmel»: Ehepaar Benmakhlouf-Larcher.

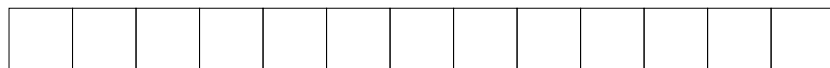
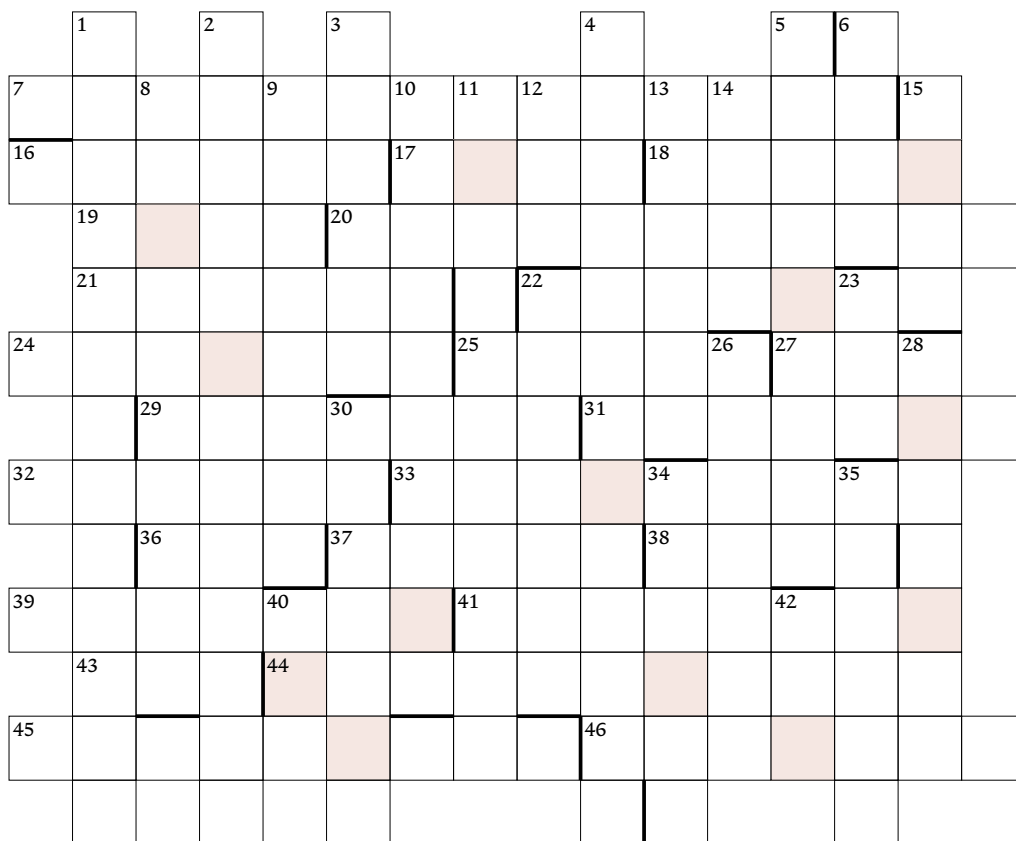
wäre nichts für mich. Was ich an meinem Mann auch bewundere und schätze, ist seine Kontaktfreudigkeit und seine intellektuelle Neugierde. Er interessiert sich für alles, und dies immer sehr genau.

Rachid: Es war klar, dass wir für immer beieinander bleiben wollen. Als interreligiöses Paar muss man sich im Vorfeld über gewisse Dinge klar werden. Wir waren uns von Anfang an einig, dass es nicht darum gehen kann, welcher Gott jetzt besser oder grösser ist. Wir glauben an einen gemeinsamen Gott: Er steht für Werte, die universell sind und sich aus den christlichen und den islamischen Vorstellungen ableiten. Wir hatten auch unzählige Gespräche mit verschiedenen religiösen Vertretern. Die praktischen Fragen standen im Vordergrund, weniger die religiös-philosophischen. Ein Beispiel? Die Treue. Wo beginnt sie? Meiner Meinung nach bereits mit der Art und Weise, wie man eine andere Frau oder einen anderen Mann ansieht. Auch jemand, der nur noch arbeitet und

seine Partnerin vernachlässigt, ist in gewisser Weise untreu. Über solche Dinge sollte man nachdenken, wenn man eine harmonische Partnerschaft führen will.

Nina: Das Hochzeitsfest in Fès dauerte zwei Tage. Es war märchenhaft: Man bemalte mir Hände und Füsse mit Henna, es gab aufwendig inszenierte Reiterspiele, und als wir auf dem geschnitzten Sessel in den Festsaal geführt wurden, war es ein Gefühl, als sässen wir im Himmel. Ich wechselte das Kleid, die Schuhe, den Schmuck mehrmals. Wir assen Datteln und tranken Milch: Es war eine von vielen Zeremonien. Das Schönste war der warmherzige Empfang, den mir Rachids Freunde und seine Familie bereiteten. Zwei Monate später folgte die ökumenische kirchliche Trauung in der Bretagne, und erneut war die ganze Hochzeitsgesellschaft anwesend.

Aufzeichnung: Franziska K. Müller



Lösungswort — Sein zweifelhafter Ruf ist lokal begründet

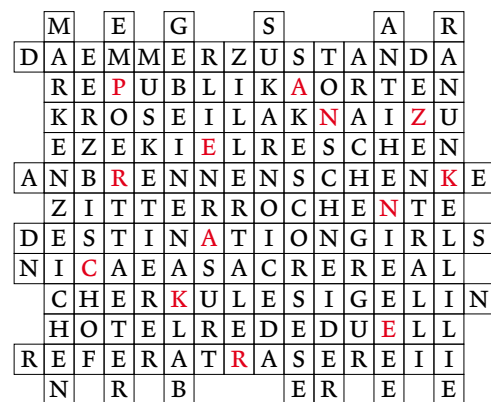
Die eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — (v. h. = von hinten) 7 Er zieht um mit seinem Verlangen nach Nahrung. 16 Ihn zieht es in die Fremde zum Kompostieren. 17 Da hindurch zieht kein Reicher ins Reich. 18 Aber der Wagen tut, was der Rubel. 19 Im übrigen haben Nepalesen nichts mit dem Hexameter gemein. 20 Wie gross soll beim Reimen eine Spitze sein? 21 Bündel, in den man Unaufrichtige stellt. 22 Wenn sie am Gewissen haftet, ist Sorgfalt schmerzvoll. 24 «Mu isamaa, mu õnn ja rõõm» singen die Kicker in der Gruppe 5. 25 Für den Ausserirdischen ist Trompeten eine Stuntnummer. 27 Spiere zum Brassens und Auftoppen. 29 Zu den Punkten in der Mitte führt ein spanischer Buddhismuszug. 31 Memphitische Götterverschmelzung. 32 Il dominio della Mamma. 33 Verzicht erfolgt in dieser Form wohl schriftlich. 36 Kurz liegt es sich hier für länger. 37 Dort fehlt Spaniern nur noch Weib und Gesang (j = i). 38 Zwei Parts à acht Takte. 39 Was Asterix & Obelix waren. 41 Situative Dingstellung. 43 Das Römerlamm hat Grosses in sich. 44 Couragierte Glocken am tiefsten Pass. 45 Legendärer Kuhwanderer. 46 Ursprünglich gar kein Deutscher (v. h.).

Senkrecht — (v. h. = von hinten) 1 Von der Pike auf sind Staatsangehörige etwas bünzlig. 2 Contraenergie pro Zeit dient als Ausgleich. 3 Diese Bäume gehören zum (Grund-) Stock von Ökofüssen. 4 Ventile und Klappen sind Teile amouröser Angelegenheiten. 5 Farblich lässt Milch Kaffee zur Schokolade werden. 6 Kätzchenverholzerin. 8 Selbst Deutsche essen sie nicht auf dem Örtchen. 9 Da ragt die Tülle unten aus der Hülle. 10 Unerhört frech ist herrlich unverfroren. 11 Was Goethe von Schiller war, ist jetzt auch Merz von Gaddafi. 12 In 3 Sekunden von 0 auf 150 und zurück auf 5. 13 Soweit haben wir es wachstumsmässig gebracht. 14 Der nordische Spitzbube lässt Dampf ab. 15 Kunst ist immer seine Frage. 22 Die Häuptlingskarosse ist todgeweiht. 23 Der nichtinitiale Rest des Autors ist Ronald egal. 26 Innere Zufriedenheit des Dirigenten in Spanien. 28 Geier betreiben sie beim Fressen (y = i). 30 Macht Sichtbares quasi unansehnlich. 34 Erfinderin des sinnlosen Eulentragens. 35 Kurzbeinhandlung (v. h.). 40 Sie gehört zu den Alten im Nomadenstamm. 42 Keine Stimme für Neulinge.

© Daniel Krieg - Rätsel Agentur

Lösung zum Denkanstoss Nr. 133



Waagrecht — 7 DAEMMERZUSTAND 13 REPUBLIK (res publica = lat. öffentliche Sache) 16 AORTEN (...klappen; ...bogen) 18 ROSE («Alpe...» vom Album «Giggerig») 19 ILAKNAIZ (Zyankali) 20 ESEKIEL (Ezechiel; Traum v. «verdorrten Gebeynen») 21 RESCHEN (liegt auf der europ. Wasserscheide) 23 ANBRENNEN 24 SCHENKE 25 ZITTERROCHEN (Zither, Instrument von A. Karas) 27 DESTINATION (aus «satten Indio» und «Adonisteint») 31 GIRLS («Weather ...»; «Spice ...») 32 NICAEA (früh. Name von Iznik und Nizza) 33 SACRE (= frz. Königsweihe; sacré = frz. heilig) 34 REAL (Fussballclub ... Madrid) 36 HERKULES («12 ...-Arbeiten»; Detektiv Hercule Poirot) 37 ISELIN («Der Hase und der Igel») 39 HOTEL («... California» von den «Eagles») 40 REDEDU-ELL 41 REFERAT 42 RASEREI

Senkrecht — 1 MARKENZEICHEN (Marken = ital. Region) 2 EMPOERT (in «Tempo ertappt») 3 GEBEINE 4 SUKARNO (Vater v. Megawati Sukarnoputri) 5 ANTI (...dot = Gegengift) 6 RANUNKEL (Hahnenfussgewächs; ranunculus = lat. Fröschen) 8 MUSKETIERE («Einer für alle ...») 9 ZILLERTALER («... Schürzenjäger» Schürze = Haarpinsel am «Spiegel» der Rieke) 10 SAKE (jp. Reiswein; = engl. ums ... willen) 11 TONSCHNEIDER (Cutter) 12 DEZENTRAL 14 ERZBISCHOF (episkopos = Wächter) 15 LIEN (= engl. Pfandrecht; = medizin. Milz) 17 RACHE («... ist süss/Blutwurst») 22 HENIE (Sonja, norweg. Eiskunstläuferin; starb 1969 im Flugzeug) 24 SCORSESE (US-Regisseur; erhielt 2007 einen Oscar nach vielen Nominationen) 26 RASUR (Tonsur) 28 TAETER («äter» in «Verräter») 29 NAKLAB (Balkan; Balken) 30 ICED («... Tea») 31 GRGUR (früh. kroat. Frauengefangnisinsel) 35 LILIE (Symbol der Pfadfinder; Türkenbund) 38 EEEE (in «Menetekel»)

Lösungswort — PANZERKNACKER

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Polymere Werkstoffe,
Feinchemikalien/Engineering

Dior

SHARON STONE: CAPTURE www.dior.com

DIE LEUCHTKRAFT,
MEIN SCHÖNSTER BEWEIS DER JUGENDLICHKEIT

CAPTURE TOTALE

Die Dior-Wissenschaftler haben zum ersten Mal die gemeinsame Ursache zwischen dem Verlust an Leuchtkraft und der Hautalterung entdeckt: die Oxidierung der Hautproteine.

Die Capture Totale Pflegeprodukte mit der **neuen leistungsstarken Anti-Aging Wirkung aus dem Hause Dior** bremsen diesen Oxidierungsprozess*. Wie von einem Schleier befreit, wirkt die Haut wesentlich glatter, fester und gestärkt.

Einstimmige Meinung der Frauen: Sichtbar jugendlichere und leuchtendere Ausstrahlung. Heute definitiv schöner als mit 20.

* Test in vitro



NEUHEIT
Crème Multi-Perfection

NEUHEIT
Soin Finition Lumière